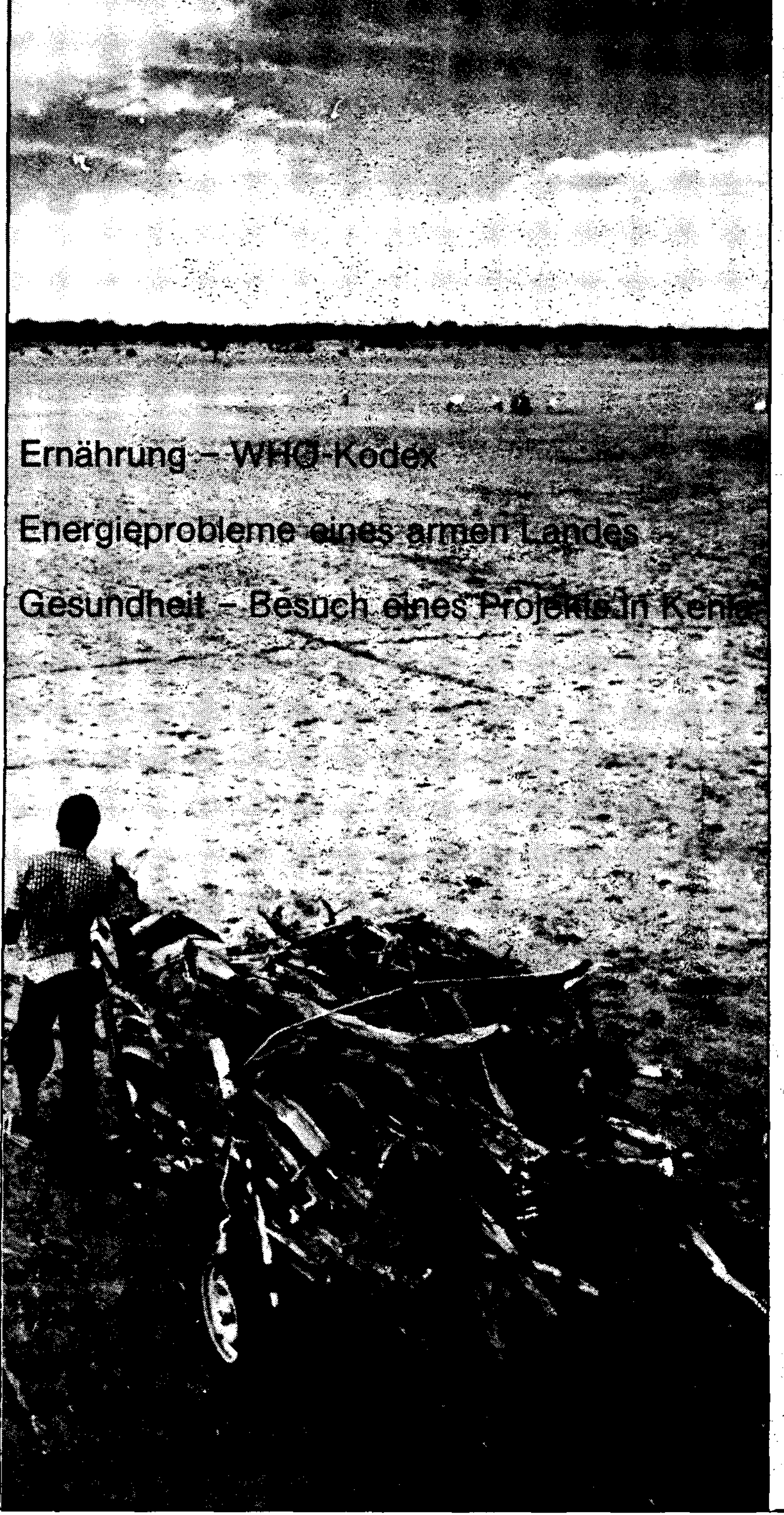
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU

Nr. 94 Juni 1981 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 / 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, Andre Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Uli Kieser, Werner Kobe, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämpfer, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V): **Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.**

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228 / 28 26 19; Freiburg, Bundschuh, Telefon: 53556

Druck:
Soak-Druck, Hannover, Telefon: 17618

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr. 95:
28. Juli

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,–, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

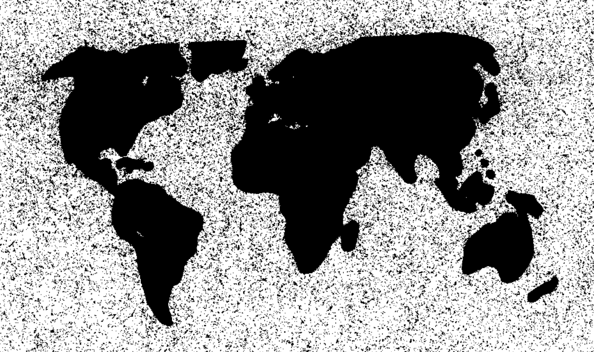
Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–).
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–.



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Israel

Israels Angriff auf den irakischen Atomreaktor

Was zwei amerikanische Wissenschaftler kürzlich im Zuge der gegenwärtigen Diskussion um die atomare Nachrüstung als wissenschaftliches Horror-Planspiel darstellten – den Angriff auf ein Atomkraftwerk im Kriegsfall und seine Auswirkungen (Zeit 5.6.81) – wurde wenig später Wirklichkeit.

Israelische Kampfflugzeuge zerstörten am 7. Juni in einer spektakulären Aktion den noch im Bau befindlichen Atomreaktor „Osirak". Bei dem Angriff auf das fünfzehn Kilometer von Bagdad entfernt liegende Forschungszentrum wurde „nur" ein französischer Techniker getötet, weil die Israelis laut der anschließend herausgegebenen Presseerklärung gütigerweise ihre Bomben am Pfingstsonntag abgeworfen haben „in der Annahme, daß die ausländischen Experten ... an diesem christlichen Feiertag nicht auf der Baustelle anwesend sein würden" (FR 10.6.).

Über weitere eventuelle Opfer und Folgen des Angriffs auf irakischer Seite ist nichts bekannt geworden.

In Israel wurde diese Aktion durch alle politischen Parteien hindurch als „wunderbare Operation" gefeiert, und sie wird ihrem Initiator, Ministerpräsident Begin, bei den bevorstehenden Wahlen einen beträchtlichen Stimmengewinn bringen, denn der Überfall weist ihn bei den israelischen Wählern als Garanten der nationalen Sicherheit aus.

Zionistische Selbstherrlichkeit

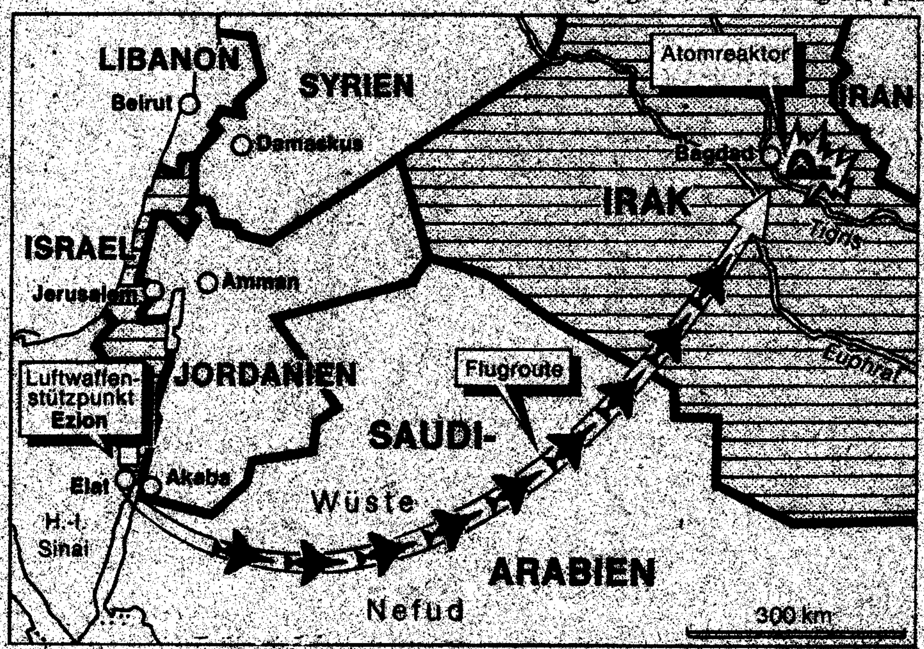
Dieser Überfall – tausend Kilometer von der israelischen Grenze entfernt – der schon seit Jahren geplant und in den letzten Monaten durch Angriffe auf einen dem irakischen Reaktor nachgebauten Modell gründlich eingeübt war (FR 12.6.; Bad.Z. 10.6.), hat erneut die Selbstherrlichkeit des Zionismus, der in Israel herrschenden Staatsideologie, demonstriert und den grenzenlosen Handlungsspielraum aufgezeigt, den seine Repräsentanten für sich beanspruchen.

Angetrieben von dem Zionismus, der mit dem Ziel der Gründung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina, dem biblischen Land der Väter, von vornherein auf kolonialen Landerwerb, d.h. in diesem speziellen Fall von Kolonialismus, auf endgültige Enteignung und Besetzung ausgerichtet war, weitet Israel seit Jahrzehnten seine absichtlich nie festgelegten Grenzen aus, vertreibt und terrorisiert die arabische Bevölkerung in den illegal besetzten Gebieten Westjordanland, Gazastreifen und den Nachbarstaaten wie dem Libanon.

Das allgemeine Erschrecken der Weltöffentlichkeit über die brutale Premiere eines Nuklear-Überfalls durch Israel – bei dem – soweit bekannt – keine atomare Verseuchung stattgefunden hat, weil das Werk noch nicht in Betrieb genommen war – demonstriert nicht nur die allgemeine Sorglosigkeit im Umgang mit der Frage der Sicherheit und des Exports von Kernkraftwerken, sondern zeigt auch die bisherige Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit gegenüber der menschenverachtenden, selbstüberhebenden politischen Praxis, die die israelische Regierung im Namen des Zionismus tagtäglich ausübt.

Bei Betrachtung der zionistischen Besiedlung Palästinas seit Beginn dieses Jahrhunderts und deren bis heute fortgesetzten Begleitumstände erscheint die Zerstörung des irakischen Atomkraftwerkes nur als konsequente Fortführung der bisher praktizierten Politik, die gekennzeichnet ist durch:

- gewaltsame Aneignung von arabischem Grund und Boden;
- Verfolgung und Vertreibung der palä-



Die Route der Jagdbomber: Die saudiarabische Flugabwehr blieb arglos, weil die Piloten sich angeblich als Jordanier ausgaben.

stinensischen Einwohner;
vielfältige, von den Vereinten Nationen und anderen Menschenrechtskommissionen seit Jahren verurteilten Menschenrechtsverletzungen in den illegal besetzten Gebieten;
ständige militärische Einfälle Israels im Libanon, sogenannte Präventivschläge;
Bombardierung von Flüchtlingslagern unter anderem mit flächenstreuenden Splitterbomben;
Sprengung von Häusern angeblicher Sympathisanten der palästinensischen Befreiungsbewegung;
Spielzeug, das mit Sprengstoff gefüllt über Flüchtlingslagern abgeworfen wird.



Politik der vollendeten Tatsachen

Wie bei den militärischen Aktionen der Vergangenheit hat sich die israelische Regierung auch bei der Bombardierung des irakischen Forschungszentrums an die bisher erfolgreich praktizierte Methode gehalten, erst zu handeln, dann zu erklären.

Die jetzt nachgeschobenen Begründungen und Erklärungen erweisen sich bei näherer Betrachtung als hilflose, nicht nachweisbare Beschwichtigungsversuche. So wird der Irak als potentielle Atommacht hochgespielt, obwohl er – im Gegensatz zu Israel, das seit 1964 über einen ebenfalls unter Frankreichs Mitwirkung erbauten Reaktor verfügt und laut Geheimdienstberichten der USA seit 1968 Nuklearwaffen besitzt – den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat. Dadurch hat sich der Irak verpflichtet, seine Kernenergie für friedliche Zwecke zu nutzen und seine nuklearen Anlagen der ständigen Überwachung durch die Internationale Atombehörde (IAEA) zu unterstellen, die die Behauptung Israels, Irak habe kurz vor der Herstellung der Bombe gestanden, auf Grund ihrer Kontrollergebnisse widersprochen hat (FR 27.4. u. 10.6.; NZZ 14./15.6.; Bad.Z. 10.6.).

Selbst für den Fall, daß der Irak – der im Rahmen seiner Großmachtbestrebungen selbst Agressionspolitik betreibt, was sein Überfall auf den Iran zeigt – trotz der IAEA-Kontrollen heimlich und unbemerkt auch von den etwa zweihundert im Werk beschäftigten französischen Technikern und Nuklearexperten in einem Geheimlabor an der Bombe gearbeitet hat, wie Begin unterstellt, ist der Angriff auf den Reaktor ein nicht zu rechtfertigender ‚Präventiv'schlag. Und selbst wenn der Präsident des Irak, Saddam Hussain, Israel mit der Bombe gedroht hat, was Begin behauptet, aber nicht belegen kann, bleibt der israelische Überfall ein Terrorakt. Israel hat sich, wie schon so oft (im Libanon oder z.B. bei der Geiselbefreiungsaktion in Entebbe) unter Berufung auf die Gefährdung seiner Sicherheit mittels einer angeblichen Präventivmaßnahme selbstherrlich über internationales Recht hinweggesetzt.

Die israelische Politik setzt auf das Faustrecht des Stärkeren, das es politischen Lösungen, die von Israel Kompromisse gegenüber den Ansprüchen seiner arabischen Nachbarn und der vertriebenen Palästinenser verlangen würde, vorzieht und das es als Sonderrecht für sich in Anspruch nimmt. Um seinen eigenen militärischen und technologischen Vorsprung vor den arabischen Nachbarn und damit seine Vormachtstellung durch sein atomares Monopol im Nahen Osten zu behaupten, muß Israel, weil es ein auf Gewalt und Repression aufgebauter Staat ist, weiterhin auf Gewalt und Unterdrükkung vertrauen. Mit der Zerstörung des Reaktors wollte Israel neben der vermuteten potentiellen militärischen Stärke des Irak auch seiner vermuteten wirtschaftlichen und technologischen Weiterentwicklung einen Schlag versetzen.

Friedensnobelpreisträger als Nuklear-Attentäter

Israels Politik der Gewalt und die sie tragende Freibrief-Mentalität der israelischen Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Menachim Begin ist auch das Produkt der Politik der israelischen Bündnispartner. Angefangen bei den USA, die sich Israel als Nah-Ost-Polizisten halten und die Flugzeuge für den Angriff lieferten nebst der Tips für die erforderlichen Spezialbomben (Bad.Z. 20./21.6.; FR 12.6.). Fortgesetzt bei der BRD, die sich in ihrer Nah-Ost-Politik (z.B. in ihrer Haltung gegenüber den Rechten der Palästinenser) durch Begins ständig wiederholte Anmahnung der Kollektivschuld des deutschen Volkes immer wieder einschüchtern läßt, bis hin zu der Nobelpreis-Kommission, die Begin 1978 für den Friedensvertrag von Camp-David den Friedensnobelpreis verliehen haben, durch den Israel entgültig freie Rückendeckung von Ägypten für seine agressive Politik gegenüber Syrien, im Libanon und jetzt im Irak erhalten hat.

Diese jahrelange, kritiklose Unterstützung hat zur Ermunterung Israels beigetragen und dazu geführt, daß Israel heute keine Grenzen mehr kennt, was sein Territorium, genausowenig was seine Aktionen betrifft.

Kennzeichnend für die politische Haltung Israels sind die Äußerungen Begins wenige Tage vor der Zerstörung des Reaktors gegenüber dem US-Gesandten Habib und seine nach dem Überfall ausgesprochene Drohung gegen Syrien. Habib, der in der sogenannten Raketenkrise zwischen Syrien und Israel zu vermitteln versucht, wurde erklärt, daß Israel für Präventivschläge keine US-Genehmigung brauche (DWMD 4.6.). Dem Präsidenten von Syrien, das in den letzten Monaten seine militärische Präsenz im Libanon über seinen bisherigen Status als panarabische Ordnungstruppe seit dem Bürgerkrieg von 1975/76 hinaus erweitert hat, drohte Begin: „Al Assad, sei vorsichtig, Al Assad. Sei vorsichtig. Yanosh und Raful (Spitznamen für den Befehlshaber des nördlichen Kommandos und für den Stabschef) sind bereit" (DWMD 16. 6.; FAZ 16. 6.).

hst

Namibia

Keine Verhandlungslösung in Sicht

Wie vorauszusehen scheiterte die Anfang dieses Jahres in Genf abgehaltene Namibia-Konferenz, auf der es um die Durchführung der UNO-Sicherheitsresolution 435 ging (Einstellung der Kämpfe zwischen den Guerilla-Organisationen und den südafrikanischen Truppen, Schaffung eines militärischen und zivilen Überwachungsapparates der UNO und Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen), am Begriff der „Unparteilichkeit". Sowohl Südafrika als auch die DTA (Demokratische Turnhallen-Allianz, die mit Südafrika verbündete Partei, die in Namibia praktisch als Regierungspartei funktioniert ohne international anerkannt zu sein) verlangten auf der Konferenz, daß die DTA und die nationale Befreiungsbewegung SWAPO, die von den Vereinten Nationen seit 1973 als authentische und einzig legitime Vertretung des namibischen Volkes anerkannt wird, jetzt von der UNO gleich behandelt werden sollten. Neben dem Verlust des Status „alleiniger, echter Vertreter der Namibier" hätte das zur Folge, daß die UNO die finanzielle Hilfe an die SWAPO (1980 ca. 15 Millionen US-Dollar, laut NZZ vom 14. 5. 81) eingestellt hätte.

Selbst wenn sich die UNO auf eine Formel für „Unparteilichkeit" geeinigt und so der Forderung nachgegeben hätte, wären dann die Forderungen der DTA nur noch weiter über den Verhandlungsrahmen, die Sicherheitsresolution 435, hinaus ausgedehnt worden. Man hätte beispielsweise über die UN-Überwachungsgruppe diskutieren müssen, deren Neutralität die DTA nicht anerkennt und die sie als Unterstützungsgruppe der SWAPO bezeichnet.

Südafrika und die DTA, die sich bei den Wahlen im Dezember 1978 nur durch Wahlmanipulationen die heutige Position sichern konnte (s. dazu „Informationsdienst Südliches Afrika" 7/8, 1978), haben in Genf ganz zu ihrem Vorteil eine Verhandlungslösung verhindert. Jetzt hat die DTA genügend Zeit, „sich gegenüber den mehrheitlich schwarzen Wählern attraktiver zu machen" (The Star, 30. 5. 81). Das bedeutet vor allem, „sich von speziell weißen Interessen in Namibia zu distanzieren" (The Star, 30. 5. 81).

Diese neue Haltung scheint aus Gesprächen zwischen dem Regierungschef der Republik Südafrika, P.W. Botha, und dem DTA-Führer Dirk Mudge am 5. 5. 81 in Pretoria hervorgegangen zu sein. Während also Dirk Mudge nach innen potentielle SWAPO-Wählerstimmen zu gewinnen versucht, kämpft die südafrikanische Regierung nach außen mit militärischen Mitteln gegen die SWAPO. 1980 wurden nach Meldungen südafrikanischer Militärs allein an der Grenze zu Angola 1467 SWAPO-Leute getötet. Die weißen Südafrikaner sind fast davon überzeugt, daß an der „Front", der namibischen Nordgrenze, auch das eigene Gebiet verteidigt wird. Die SWAPO stellt dabei aus ihrer Sicht nicht irgendeine Befreiungsbewegung für Namibia dar, sondern verkörpert die totale Mobilmachung des Weltkommunismus gegenüber dem südlichen Afrika.

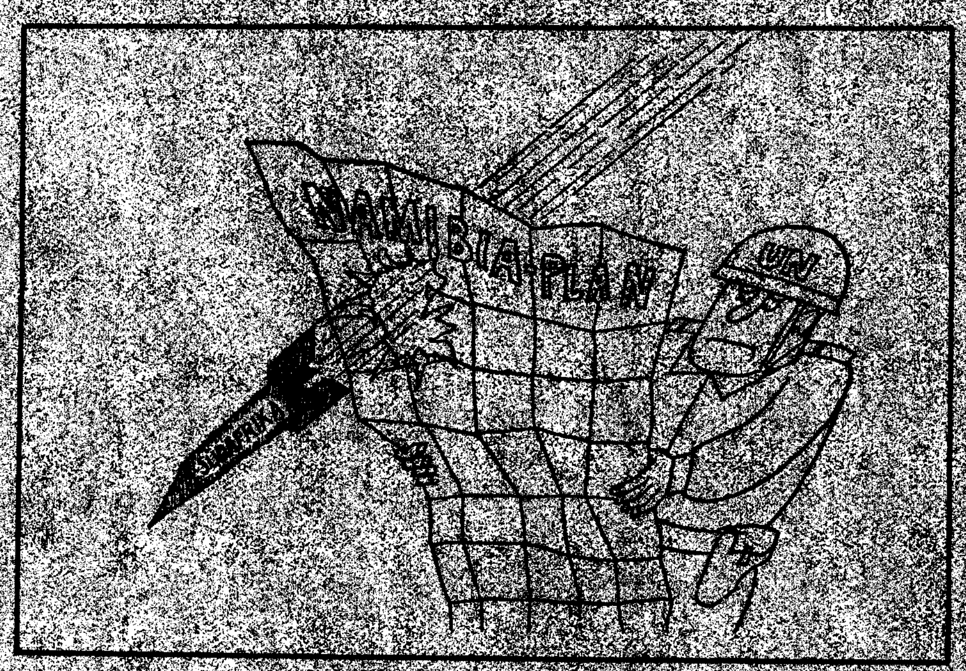
Die US-Politik im südlichen Afrika unter Reagan

Der Hinhaltetaktik Südafrikas bei den Namibia-Verhandlungen und seinem dezidierten Antikommunismus kommt die neue US-Außenpolitik sehr entgegen. In der weltweiten Auseinandersetzung zwischen der USA und der UdSSR bildet laut Haig das Anwachsen der sowjetischen Militärmacht die größte Gefahr. Das Eindämmen (containment) der sowjetischen Expansion hat demzufolge gerade im strategisch wichtigen und rohstoffreichen südlichen Afrika große Bedeutung. Deshalb hat Washington auch kein Interesse daran, einen Konfliktkurs gegen Südafrika zu steuern. Stattdessen betreiben die USA eine Politik des „constructive engagement". Das Wort „engagement" (Verpflichtung) ist zwiespältig, wurde es doch auch zur positiven Umschreibung der US-Interventionspolitik in Vietnam verwendet.
Zum Ausdruck kam die neue US-Südafrikapolitik durch den Besuch des südafrikanischen Außenministers Pik Botha Mitte Mai in Washington. Bedenkt man, daß Südafrika politisch sehr isoliert dasteht (bisher mußte es sich mit Ländern wie Taiwan und Israel begnügen), dann war allein schon die Tatsache des Besuchs eine wichtige politische Aufwertung. Jetzt werden die Beziehungen der USA zu Südafrika mit „collusion" (heimliches Einverständnis) gekennzeichnet. Inhaltlich ging es bei diesem Besuch hauptsächlich um Namibia. Die UN-Resolution 435 von 1978 sieht vor, daß nach dem Waffenstillstand und dem Rückzug südafrikanischer Truppen eine UN-Friedenstruppe die freien Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung kontrolliert. Nun ergab sich (FR, 18. 5. 81) aber zwischen Haig und Pik Botha „prinzipielle Einigung" darüber, daß bereits vor den Wahlen und vor dem Abzug südafrikanischer Truppen ein Ausschuß aller namibischen Parteien (einschließlich SWAPO) eine Verfassung ausarbeiten soll. Diese soll – ähnlich wie das Lancasterhouseabkommen in Simbabwe – Garantien für die rund 100 000 Weißen beinhalten („Minoritätenrechte").

Lassen USA Namibia fallen?

WASHINGTON, 19. Juni (Reuter). Die US-Regierung erwägt, die Bemühungen um eine Unabhängigkeit Namibias fallen zu lassen, dafür aber mit Südafrika militärisch enger zusammenzuarbeiten. Vor dem Afrika-Unterausschuß des Repräsentantenhauses sagte der Abteilungsleiter im Außenministerium, Chester Crocker, die USA würden sich nicht länger für Namibias Unabhängigkeit engagieren, wenn sich dies als aussichtslos und als Vergeudung von „Energien, Zeit und Glaubwürdigkeit" erweise. Eine engere Zusammenarbeit mit Südafrika auf militärischem Gebiet wäre laut Crocker durch den Austausch einer größeren Anzahl von Militärattachés und die Ausbildung der südafrikanischen Küstenwache denkbar.

(FR, 20. 6. 81)



Ohne eine Gegenleistung abzuverlangen, sind die USA damit den Interessen Südafrikas und der DTA weit entgegengekommen, hatte doch die DTA bereits am 26. 6. 80 ihre grundsätzliche Zustimmung zur UN-Sicherheitsresolution 435 wegen eines Vertrauensverlustes gegenüber Waldheim aufgekündigt (die Frage der „Unparteilichkeit" der UNO).

Auch auf anderen Gebieten findet die südafrika-freundliche Politik der Reagan-Administration deutlichen Niederschlag:

- Der Nationale Sicherheitsrat denkt — nach einiger Zeit wieder einmal — darüber nach, einen Südatlantik-Verteidigungspakt (South Atlantic Treaty Organisation) zu errichten. In ihm würde Südafrika neben lateinamerikanischen Militärdiktaturen wie Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay eine führende Rolle spielen.
- Der Druck der neuen Regierung, das Moratorium für die Ausfuhr angereicherten Urans nach Südafrika aufzuheben, nimmt zu, obwohl Südafrika den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat.
- Die USA wollen das über 20 Jahre alte Waffenembargo gegenüber Südafrika einstellen (alle Einzelpunkte nach „Africa", 5/1981).

Die OAE fordert UNO-Sondersitzung

Nairobi (dpa). Der Ministerrat der Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) hat am Wochenende die Einberufung einer Sondersitzung der UNO-Vollversammlung für Anfang September gefordert. Dabei sollen verbindliche Sanktionen gegen Südafrika beschlossen werden, um die Unabhängigkeit Namibias zu beschleunigen. Der außenpolitische Sprecher der südwestafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung SWAPO, Mweshihange, sagte am Sonntag in Nairobi, der Vollversammlung solle das gesamte Bündel der vor kurzem vom UNO-Sicherheitsrat abgelehnten Sanktionen erneut vorgelegt werden. Die USA, Frankreich und Großbritannien hatten die Sanktionen mit ihrem Veto blockiert.

(BZ, 22. 6. 81)

Im afrikanischen Kontext haben sich die USA durch diese Politik von den 50 Staaten der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) weit entfernt. Gerade die Befreiung der letzten beiden von Weißen beherrschten Staaten hat bei der sonst so in sich gegensätzlichen OAU eine wichtige Funktion inne. Der Befreiungskampf im südlichen Afrika gilt als ein über alle Gegensätze hinweg einigendes Band. Aus Berichten von intensiven Gesprächen des stellvertretenden US-Außenministers Clark in Südafrika, Namibia und Zimbabwe folgert die „taz" (15.6.81), „daß die UN-Resolution in ihrer Substanz ad acta gelegt werden soll".

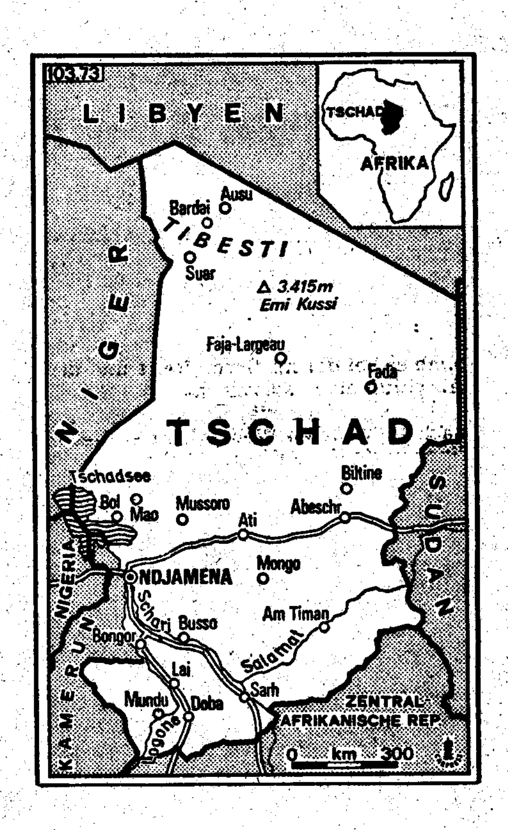
In einer äußerst weit gespannten Verhandlungssituation gilt als Hinweis für die nahe Zukunft Namibias das, was OAU-Sprecher Peter Onu auf der oben erwähnten OAU-Ministerratssitzung aussprach (Basler Zeitung, 18.6.81): „Beim Ausbleiben von Fortschritten auf eine friedliche Regelung bleibt der bewaffnete Kampf die wirksamste Art und Weise, um Namibia aus der Gewalt des Apartheid-Regimes zu befreien."

Südafrika-Gruppe

Tschad

Der Krieg geht weiter

Auch nach dem Ausscheiden einer der wichtigsten Bürgerkriegsparteien, Hissen Habres FAN (Forces Armées du Nord) ist die Lage im Tschad nach wie vor verworren und ein Ende des Bürgerkriegs, bzw. der Kämpfe der verschiedenen politischen Fraktionen um die Macht im Staat, ist noch nicht abzusehen. Dies umso weniger, als mit dem Einmarsch der Libyer Ende 1980 ein zusätzlicher innenpolitischer Machtfaktor entstanden ist. Versuche, den Tschad-Konflikt durch die Einschaltung der OAU (Organization for African Unity) auf einer interafrikanischen Ebene zu lösen, erscheinen derzeit nicht sonderlich vielversprechend. Frankreich, das von der Unabhängigkeit 1960 an bis 1980 durch Truppeneinsätze massiv in die Innenpolitik des Tschad eingegriffen hatte, spielt inzwischen dort keine Rolle mehr, sondern scheint vielmehr - um seiner Ölinteressen willen - das Feld Libyen überlassen zu haben.



Ende vergangenen Jahres sah es fast so aus, als sei durch das Eingreifen libyscher Truppen auf der Seite der sog. „Mehrheitskoalition" um den derzeitigen Staatspräsidenten Gokouni endlich eine Entscheidung herbeigeführt worden in jenem Machtkampf der politischen Fraktionen, unter dessen Folgen der Tschad nun schon seit Jahren zu leiden hat (vgl. „blätter des iz3w", Nr. 85, 1980). Einem Machtkampf, der sich im Verlaufe des letzten Jahres immer mehr zu einem Vernichtungskrieg zugespitzt hatte zwischen den Anhängern der beiden Hauptkontrahenten Goukouni und Habre, beide ehemals Führer der im Norden des Tschad gegen die damaligen Zentralregierung operierenden Guerillaorganisation FROLINAT (Front National pour la Liberation du Tschad), später dann, nach dem Sieg der FROLINAT im Jahre 1979, Präsident bzw. Verteidigungsminister der daraufhin gebildeten Übergangsregierung GUNT (Gouvernement d' Union de Transition).

Zwar hatte das Eingreifen der hochgerüsteten Libyer, das nach einem monatelangen Stellungs- und Abnutzungskrieg Ende 1980 auf Ersuchen Goukounis zustande gekommen war, dann innerhalb weniger Wochen dazu geführt, daß Habres FAN vollständig aufgerieben wurde und das Land fluchtartig verlassen musste, aber der so dringend erhoffte und benötigte innere Frieden wurde im Tschad dadurch noch längst nicht wiederhergestellt. Im Gegenteil, jetzt, da Habre, der bis zum Erscheinen der Libyer unter all den miteinander verfeindeten politischen Gruppierungen und Fraktionen des Tschad über die schlagkräftigste Organisation verfügt hatte, von der politischen Bühne verschwunden ist, beginnen — wie zu erwarten war — die alten Gegensätze zwischen den übrigen, bisdahin in der sog. „Mehrheitskoalition"

gegen ihn zusammengefaßten Gruppen wieder voll aufzubrechen, war Habre doch der alleinige Kitt, der ihr brüchiges Bündnis bis dahin zusammengehalten hatte.

Diese Gegensätze vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Interessen analysieren zu wollen, wäre allerdings schwierig, wenn nicht so gut wie unmöglich. Denn von dem, was einmal begonnen hatte als Kampf der FROLINAT um die Autonomie des Nordens, ist inzwischen nicht mehr übriggeblieben als rein politische Gegensätze, das heißt solche, die resultieren aus einem Kampf um die politische Macht im Staat, ausgetragen von Gruppen, die sich in ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer sozialen Basis so gut wie gar nicht voneinander unterscheiden.

Diese Situation, d.h. die verwirrende Vielfalt der gegeneinander und miteinander um die Beherrschung des Staatsapparates kämpfenden politischen Gruppen und Fraktionen ist allerdings kaum zu verstehen ohne einen kurzen Rückblick auf die bisherige Geschichte des Tschad. Denn Ausgangspunkt des hier seit Jahren wütenden Bürgerkriegs war letztlich, wie meist in Afrika, der Kolonialismus.

Die koloniale Vorgeschichte

Mit der Errichtung der Kolonie Tschad, aus der der spätere unabhängige Staat hervorging, hatte die damalige Kolonialmacht Frankreich ein künstliches Gebilde geschaffen, dessen innerer Zusammenhalt von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, umfaßt der Tschad doch zwei wirtschaftliche-kulturelle Regionen, wie sie gegensätzlicher kaum denkbar sind. Auf der einen Seite der trockene, unfruchtbare Norden mit seiner nomadischen Bevölkerung, die eher dem islamisch-berberischen Kulturkreis angehört, auf der anderen Seite der fruchtbare und daher vergleichsweise reiche Süden, besiedelt von einer bäuerlichen, „schwarzafrikanischen" Bevölkerung, die mehrheitlich christlichen, bzw. animistischen Glaubens ist. Investitionen in Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungswesen wurden daher fast nur im Süden, dem „Tchad utile" vorgenommen, wohingegen der Norden weitgehend vernachlässigt wurde. Es war daher kein Wunder, daß im Süden sich das ökonomische und nach der Unabhängigkeit auch das politische Zentrum des Landes herausbildete: die Mehrzahl der Beamten und Politiker der jungen Republik kam aus dem Süden und nicht anders als die ehemalige Kolonialmacht versuchte auch diese neue „Elite" ihre Vorstellung des (von ihnen dominierten) Einheitsstaates auch dem Norden aufzuzwingen. Die Rebellion des Nordens, erst mit dem Ziel größerer Autonomie, dann der völligen Unabhängigkeit, war die unausbleibliche Folge, eine Rebellion, die hauptsächlich von der bald gegründeten FROLINAT getragen wurde und nahezu ununterbrochen von 1960 bis 1979 andauerte.



La président Goukouni Oueddei

Der Konflikt Goukouni – Habre

Diese Periode der Rebellion war gekennzeichnet von einem ständigen, kaum noch durchschaubaren Hin und Her von Spaltungen, Wiedervereinigungen und verschiedenen Koalitionsbildungen innerhalb der FROLINAT und der allmählichen Herauskristallisierung von Goukouni und Habre als den beiden hauptsächlichen, wenn auch nicht und nicht verfeindeten Akteuren. Wichtig ist noch festzuhalten, daß an diesem innertschadischen Konflikt von Anfang an auch externe politische Kräfte beteiligt waren, Frankreich auf der einen Seite, das die Zentralregierung mit massivem direktem Militäreinsatz unterstützte und später dann Libyen auf der anderen Seite, das den Aufständischen zu Hilfe kam, vor allem mit Waffen- und Geldlieferungen.

1979 brach die Zentralregierung – nachdem es zuvor noch das kurze Zwischenspiel einer Koalition mit Habre gegeben hatte – schließlich zusammen und die verschiedenen, in der FROLINAT nur noch lose zusammengefaßten Gruppen der Aufständischen zogen in der Hauptstadt Ndjamena ein, während die Reste der Armee und die aus dem Süden stammenden Beamten und Politiker sich in ihre Heimatregion zurückzogen, um sich dort unter der Führung des Obersten Kamougone neu zu gruppieren.

Ende 1979 kam es dann, vor allem auf Veranlassung des um Stabilität in seiner Region besorgten Nigeria in Lagos zu einer Konferenz aller politischen Gruppierungen, einschließlich der „Südisten" um Kamougone sowie sämtlicher Nachbarstaaten des Tschad. Das insofern als gelungen anzusehende Ergebnis sah schließlich eine provisorische Regierung vor – die schon erwähnte GUNT – unter Beteiligung aller elf sog. „Tendenzen", also sämtlicher Parteien und Gruppierungen, mit Goukouni als Präsidenten, Habre als Verteidigungsminister und Kamougone als Vizepräsidenten. Diese Regierung trat dann allerdings kaum in Aktion, da die Streitigkeiten und das Mißtrauen der elf „Tendenzen" untereinander, vor allem zwischen Goukouni und Habre, jedes konsistente Regieren praktisch unmöglich machten. Ebensowenig kam es auch zu der im Lagos-Abkommen vereinbarten Entmilitarisierung der Hauptstadt, noch zum Einsatz der ebenfalls vorgesehenen interafrikanischen Friedenstruppe, ganz zu schweigen von irgendwelchen Vorbereitungsschritten für die langfristig angesetzten allgemeinen Wahlen, die das Mandat der provisorischen GUNT beenden sollten.

Statt dessen verschärfte sich die Gegnerschaft zwischen Goukouni und Habre so sehr, daß es im März 1980 schließlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ihren Anhängern kam. Wer zuerst losgeschlagen hatte ist nicht bekannt, spielt letztlich aber auch keine Rolle, denn allen Beobachtern war klar, daß es hier um den endgültigen Entscheidungskampf zwischen den beiden Rivalen ging, der nur mit der vollständigen Vernichtung eines von ihnen enden konnte. Entsprechend hart waren dann auch die Kämpfe. Obwohl sich alle „Tendenzen" hinter Goukouni stellten – weil sie in Habre die im Augenblick größte Gefährdung ihrer eigenen Machtchancen sahen – zogen sich die vor allem in Ndjamena ausgefochtenen Kämpfe bis zum Ende des Jahres unentschieden hin.

Das Ergebnis dieses Machtkampfes: eine nahezu vollständig zerstörte Hauptstadt, Hunderttausende von Flüchtlingen, eine Verwaltung, die weder über die allernotwendigsten Sachmittel verfügt, noch ihre Beamten bezahlen kann, ein Bildungssystem ohne Lehrer und mit ausgebrannten Schulen und eine Bevölkerung schließlich, für die im Verlauf dieser Wirren Begriffe wie „Staat" oder „Nation" wohl den letzten Rest an Bedeutung verloren haben.

Wer geglaubt haben mochte, daß nun, nach dem mit so vielen Opfern der Zivilbevölkerung erkauften Sieg Goukounis wenigstens klare Verhältnisse geschaffen worden seien und man jetzt endlich mit dem Wiederaufbau beginnen würde, sollte sich getäuscht haben. Denn die „Tendenzen" hatten sich ja schließlich nicht hinter Goukouni gestellt, um ihn zur Alleinherrschaft zu verhelfen, sondern um Habre als die im Augenblick für ihre eigenen Machtinteressen größere Bedrohung zu verhindern. Von daher war es von Anfang an klar, daß die Streitigkeiten innerhalb der GUNT auch nach Habres Abtritt weitergehen würden, nur jetzt mit Goukouni als Mittelpunkt.

Die politische Instabilität ist im Tschad daher zur Zeit nicht geringer, als sie es seit Jahren schon gewesen ist. Im Gegenteil, die Situation wird nun noch zusätzlich verschärft durch die Präsenz der Libyer und ihre offenkundige Absicht, sich auf unabsehbare Zeit im Lande zu installieren, eine Absicht, die durch die spektakuläre, von Ghadafi und Gou-

kouni am 6.1.81 verkündete „Fusion" beider Länder ihren bisher deutlichsten Ausdruck fand.

Die politischen Lager

Vereinfacht dargestellt bewegen sich die politischen Divergenzen im Tschad zur Zeit auf folgenden Ebenen:
Da ist zum einen die alte Kluft zwischen Nord und Süd. Der durch die Gruppe um Oberst Kamougoue repräsentierte Süden der jahrelang die Zentralregierung und damit auch den Norden dominiert hatte, fühlt sich nun seinerseits vom Norden an die Wand gedrückt. Zwar ist Kamougoue als Vizepräsident immer noch die offizielle „Nummer zwei" in der GUNT, faktisch bedeutet das aber nur wenig, zumal Kamougoue außer sporadischen Besuchen in der Hauptstadt den sicheren Süden kaum noch verläßt. Vor allem durch das neue Übergewicht des Nordens verbittert ist die große Zahl der aus dem Süden stammenden Beamten, die sich, seitdem die früheren Rebellenverbände aus dem Norden die Hauptstadt Ndjamena kontrollieren, um ihre einst so lukrativen Staatspfründen geprellt sehen. Hinzu kommt die Befürchtung, durch die von Goukouni ins Land geholten Libyer nicht nur politisch vollends ins Abseits zu geraten, sondern auch kulturell innerhalb einer islamisch geprägten Föderation Libyen - Tschad zur Minderheit zu werden.

Dieser fast schon „klassisch" zu nennende Nord-Süd-Gegesatz wird aber mehr und mehr überlagert und zurückgedrängt von Streitigkeiten und Spaltungen innerhalb der beiden großen Lager, mit der Folge, daß jedes der beiden inzwischen auch schon wieder in mindestens drei Fraktionen zerfallen ist. (Es versteht sich natürlich von selbst daß, wenn hier von „dem" Norden und „dem" Süden die Rede ist, in erster Linie nur die jeweilige politische „Elite" gemeint sein kann - was die breiten Massen betrifft, so sind sie in diesen Auseinandersetzungen weniger Akteur als vielmehr der breite Rücken, auf dem diese ausgetragen werden) So sieht sich im Süden Oberst Kamougoue zwei Oppositionsgruppen gegenüber. Auf der einen Seite wird er von Landwirtschaftsminister Mambaye Lossinian angegriffen, der, obwohl er noch vor einigen Monaten für französische Hilfe plädiert hatte, immer offener die libysche Karte spieltund dem es auch zunehmend zu gelingen scheint,die im Süden vorhandenen Ressentiments gegen Libyen durch ständigen Hinweis auf dessen Petro-Millionen zu zerstreuen - ein Argument, das vor allem beim frustrierten, weil seit ewig nicht bezahlten Beamtenapparat mehr und mehr Gehör findet.

Auf der anderen Seite hat sich die Mehrheit der Offiziere der ehemaligen, in den Süden geflüchteten regulären Armee von Kamougoue abgewandt, angeblich weil sie es nicht verwinden kann, unter das Kommando eines „Gendarmen" geraten zu sein (Oberst Kamougoue kommt ursprünglich aus dem von der Armee als minderwertig angesehenen Gendarmeriekorps). Welches die wahren Motive auch immer sein mögen, auf jeden Fall haben sich diese Offiziere mit ihren Männern in der Nähe der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik um ihren ehemaligen Generalstabschef Djogo gruppiert und Kamougoue praktisch den Gehorsam aufgekündigt, so daß dieser außer seiner Hochburg Sarh kaum noch über irgendeinen nennenswerten Rückhalt im Süden verfügt.

Isoliert wie Kamougoue auch sein mag, bleibt ihm wenigestens der Trost, daß es Goukouni im Norden inzwischen auch nicht besser geht: da ist zum einen wieder (bzw. immer noch) Habre, der, wenn auch geschlagen und aus dem Land vertrieben, den Kampf noch nicht aufgegeben hat. Er hat die Restlichen seiner Getreuen neu um sich gesammelt und vom Sudan aus begonnen, wieder militärische Aktionen im Osten des Tschad durchzuführen, unterstützt vor allem von Ägypten, dem jeder als Bundesgenosse gelegen kommt, wenn er nur gegen Ghadaffi ist.

Aber auch im eigenen Lager entsteht Goukouni eine wachsende Opposition, wobei hier ebenfalls das Verhältnis zu Libyen der entscheidende Streitpunkt ist. Die anti-libysche Fraktion und hier vor allem der jetzt im sudanesischen Exil lebende ehemalige Gesundheitsminister Moussa Medela Seid, wirft Goukouni vor, die Libyer im Alleingang, ohne vorherige Konsultation mit dem Rest der GUNT ins Land geholt und die Souveränität des Tschad verraten zu haben.

Gefährlicher für Goukouni, weil besser organisiert und mit mehr Mitteln ausgestattet ist allerdings die pro-libysche Fraktion, angeführt von Außenminister Acyl Ahmat. Acyl Ahmat, der schon seit den Anfängen der FROLINAT ein unbedingter Parteigänger Ghadaffis ist, wird massiv von Libyen unterstützt und scheint deshalb auch immer mehr die Oberhand über Goukouni zu gewinnen. Wie massiv dabei die Unterstützung Acyl Ahmats durch Libyen ist, zeigte sich im April dieses Jahres in Abeche, im Osten des Landes. Als hier bewaffnete Verbändes Acyl Ahmats und Goukounis aneinandergeraten waren, versuchten die anwesenden libyschen Truppen nicht etwa zu vermitteln oder wenigstens neutral zu bleiben, sondern griffen selbst zugunsten von Acyl Ahmats Leuten in die Kämpfe ein!

Goukouni gerät von Tag zu Tag mehr ins politische Abseits und die libyschen Geister die er rief, wird er jetzt nicht mehr los, ja schlimmer noch, diese scheinen umgekehrt sich jetzt seiner entledigen zu wollen, nachdem sie ihn weidlich zu ihrem Vorteil benutzt hatten. Das einzige, was Ghadaffi im Au-



Außenminister Acyl Ahmat im Kreise seiner lybischen Freunde

genblick wohl noch von der endgültigen Entmachtung Goukounis abhält, ist dessen immer noch relativ großes Ansehen bei Teilen der Bevölkerung und die Tatsache, daß in wenigen Monaten der nächste Gipfel der OAU stattfinden soll.

Der politische Gehalt des Konflikts

Ihren ursprünglichen Ausgangspunkt Anfang der sechziger Jahre hatten die heutigen Auseinandersetzungen zweifellos in der faktischen Spaltung des Landes in zwei ökonomisch und kulturell grundsätzlich verschiedene Regionen. Heute spielt dieser Gegensatz allerdings nur noch eine untergeordnete Rolle, denn sowohl das nördliche wie das südliche Lager sind ja völlig in sich zerfallen und wie die Koalition gegen Habre zeigte, können politische Zweckbündnisse durchaus auch Gruppen aus beiden „Lagern" einbeziehen.

Es läßt sich auch nicht erkennen, daß die rivalisierenden Parteien im Namen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen antreten würden, wie ja von politischen Programmen ohnehin nichts zu hören ist, sieht man einmal von solchen Allerweltsformeln wie „Einheit der Nation" oder „Kampf für die Unabhängigkeit" ab.

Selbst am Verhältnis zu Libyen lassen sich die Gegensätze inzwischen nicht mehr festmachen, da auch hier, außer der Gruppe um Acyl Ahmat keine durchgängigen Linien zu sehen sind: im Grunde hatte ja jeder schon mal mit und mal gegen Libyen gekämpft und selbst Kamougoue, der heute der schärfste Kritiker Ghadaffis ist, hatte sich früher von ihm mit Waffen und Geld unterstützen lassen.

Die Auseinandersetzungen, die ursprünglich ein Kampf des benachteiligten Nordens um die Autonomie gewesen waren, sind längst degeneriert zu einem Kampf um die politische Macht im Staat, ausgetragen von den verschiedenen politischen Führern und ihren bewaffneten Anhängern, ähnlich den Kämpfen der Condottieri im Italien der Renaissance. Entsprechend unterscheiden sich auch die jeweiligen Anhänger kaum in ihren Motiven, für viele ist der Kampf schon zu einer Lebensform geworden, kennen sie seit Jahren doch nichts anderes als den Bürgerkrieg.

Worum es im Tschad heute geht, sind also weder Stammes- noch Religions- noch Klassenauseinandersetzungen, sondern es geht allein um die Machtfrage. Und in einem armen Nomaden- und Bauernstaat wie dem Tschad, dessen moderner ökonomischer Bereich nur schwach entwickelt ist und der klassenmäßig so gut wie gar nicht differenziert ist, bedeutet Macht letztlich eben die Kontrolle über den Staatsapparat. Denn nur wer diesen in der Hand hält, erlangt Zugang zu den einzig entscheidenden materiellen Ressourcen, die eine Gesellschaft wie der Tschad bietet: Steuergelder, ausländische Entwicklungs- und Bestechungsgelder und Ämter und politische Pfründe für die Anhänger. Je ärmer das Land aber ist, desto weniger Möglichkeiten bieten sich außerhalb des Staatsapparates und desto heftiger tobt der Kampf um dessen Kontrolle!



Internationalisierung des Konflikts?

Goukouni scheint seine einzige Rettung jetzt in der politischen Öffnung nach außen zu sehen, d.h. in der Unterstützung durch diejenigen afrikanischen Staaten, die sich durch den Expansionsdrang Libyens allmählich selbst bedroht fühlen. Diese Bedrohung verspüren vor allem die Sahel-Staaten, von denen die meisten im Ernstfall kaum in der Lage sein dürften, mit ihren schwachen Armeen ihre großflächigen und dünnbesiedelten Territorien gegen eine offene oder versteckte Invasion der Libyer zu verteidigen. Daß eine solche Invasionsangst nicht ganz aus der Luft gegriffen ist, wurde im letzten Oktober deutlich, als Ghadaffi die Tuareg in Mali und Niger immerhin öffentlich zum Aufstand aufgerufen und ihnen jede mögliche Hilfe angeboten hatte. Aber auch die anderen, nicht direkt bedrohten Staaten wie Kamerun, Nigeria oder Senegal, deren Bevölkerungen zu einem großen Teil oder sogar mehrheitlich islamisch sind, haben kein Interesse daran, das politische Gleichgewicht in der Region durch ein streng islamisches Groß-Libyen oder auch nur durch eine von Libyen dominierte Shell-Föderation gestört zu sehen.

Aus diesen Überlegungen heraus hatten sich am 15.1.81 in Lome vierzehn der am meisten betroffenen Staaten zu einem „kleinen" OAU-Gipfeltreffen zusammengefunden, um über die Lage im Tschad zu beraten. Im Abschlußkommunique wurde einstimmig festgestellt, daß das Lagos-Abkommen von 1979, demzufolge die GUNT bis zur Abhaltung allgemeiner Wahlen nur als provisorisch zu betrachten sei, nach wie vor Geltung habe und daher die geplante Fusion mit Libyen einen Bruch dieses Abkommens bedeute. Als sich aus dieser Feststellung zwingend ergebende Folgerung forderte das Kommunique daher weiter den unverzüglichen Abzug der Libyer, die Demilitarisierung der Hauptstadt Ndjamena, die Aufstellung einer interafrikanischen Friedenstruppe und die von der UNO zu kontrollierende Abhaltung von Wahlen innerhalb von drei Monaten.

In dieser Plattform, d.h. letztlich der begrenzten Internationalisierung des Tschad-Konflikts, sieht Goukouni, der sich inzwischen auch von dem Fusions-Projekt distanziert hat, jetzt seinen letzten Rettungsanker. Bei einem Treffen am 8.5.81 mit dem Staatschef Kameruns, Ahidjo, stellte sich Goukouni jedenfalls vorbehaltlos hinter die Forderungen der Lome-Konferenz, wobei er besonders die Notwendigkeit freier Wahlen im Tschad und den Einsatz einer interafrikanischen Friedenstruppe betonte.

Ob Goukouni diese Flucht nach außen allerdings noch viel nutzen wird, ist äußerst fraglich. Denn die Aufstellung einer solchen Friedenstruppe ist zur Zeit sehr unwahrscheinlich, schon allein aus Mangel an Geld- und Sachmitteln, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die es mit sich bringen würde, angesichts der politischen Divergenzen, die zwischen den einzelnen OAU-Mitgliedern bestehen, auf der Ebene des *praktischen* Handelns zu einer gemeinsamen Linie zu finden. Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten überwunden werden könnten, dürfte diese Friedenstruppe nur wenig Chancen haben, sich gegenüber den gut organisierten und bestens ausgerüsteten Libyern durchzusetzen. Wenn das aber nicht geschehen kann, würden auch Wahlen – wenn sie überhaupt in absehbarer Zeit zustande kämen, was ja angesichts der allgemeinen

desolaten Lage schon allein aus organisatorischen Gründen fraglich ist – weitgehend bedeutungslos werden. Denn wie „frei" können Wahlen in einem Land sein, das faktisch besetzt ist?

Die Rolle Libyens

Im Augenblick sieht es jedenfalls nicht so aus, als würde Libyen die Positionen, die es sich im Tschad erobert hat, ohne weiteres wieder aufgeben wollen. Das Kommunique von Lome wurde von Ghadaffi selbst als ein „Fetzen Papier" bezeichnet und das, obwohl es nicht nur einstimmig beschlossen, sondern auch von Staaten mitgetragen wurde, die sonst allgemein als „progressiv" gelten, wie Guinea, die VR Benin und die VR Congo, oder sogar Militärabkommen mit Libyen geschlossen haben, wie Togo, Guinea und die VR Benin.

Einen gewissen Eindruck scheinen die Proteste der OAU allerdings doch bei Ghadaffi hinterlassen zu haben. So haben es seine Truppen bisher sorgfältig vermieden, die Grenze zum Süden des Landes zu überschreiten und inzwischen ist auch nicht mehr von einer „Fusion" zwischen dem Tschad und Libyen die Rede, sondern nur noch von einer „Schaffung gemeinsamer Institutionen". Schließlich wurde Mitte Mai in einer Verlautbarung der GUNT bekanntgegeben, daß die libyschen Truppen fortan allein ihrem Kommando unterstünden und wenige Tage später kündigte Ghadaffi in Tripolis grundsätzlich den baldigen Truppenabzug an.

Bis jetzt sind Anzeichen eines solchen Abzuges der etwa 13 - 15000 im Tschad stationierten Libyer allerdings nicht zu erkennen, statt dessen wurde die libysche Militärbasis Douguia 60 km nördlich von Ndjamena weiter ausgebaut. Überdies sprach Ghadaffi äußerst zweideutig auch nur von einem Abzug „sobald die tschadischen Truppen in der Lage wären, die Aufgaben der Libyer zu übernehmen", eine Frist also, die an Unbestimmtheit kaum noch zu übertreffen ist. Und was die Unterstellung der Libyer unter das Kommando der GUNT betrifft, so dürfte das angesichts deren innerer Uneinigkeit nur wenig praktische Bedeutung haben. Die Präsenz libyscher Truppen im Tschad scheint die nächste Zeit eben doch eine unumstößliche Tatsache zu bleiben und wenn Bericht zutreffen, denen zufolge libysche Soldaten im Osten des Landes islamische Geistliche erschossen haben sollen, die gegen Libyen protestiert hätten und daß in der Hauptstadt anti-libysche Kundgebungen von der GUNT verboten worden sein sollen, dann kann das nur heißen, daß Libyen schon zum jetzigen Zeitpunkt keinen Widerspruch mehr gegen seine Politik duldet.

Welche Ziele Libyen im Tschad nun eigentlich verfolgt, ist letztlich noch nicht ganz klar. Die offizielle Begründung ist der „Hilferuf einer von Rebellen bedrohten befreundeten Regierung", dem Libyen Folge geleistet hätte. Die Uneingennützigkeit dieses Motives wird allerdings dadurch geschmälert, daß von diesem Hilferuf nur ein Teil der Regierung etwas wußte und das darüber hinaus die demokratische Legitimation der gesamten Regierung auch nicht viel größer ist als die der sog. „Rebellen"

Um was es Libyen in Wirklichkeit geht, sind zum einen wohl die potentiellen Bodenschätze des Tschad – immerhin hat Libyen ja schon Anfang der siebziger Jahre stillschweigend einen etwa hunderttausend qkm großen, uranverdächtigen Landstreifen im äußersten Norden des Tschad annektiert – mehr aber noch die Tatsache, daß der Tschad eine strategisch günstige ausgangsbasis bildet für die Verwirklichung von Libyens großem Ziel, der unter seiner Führung stehenden „Sahel-Förderation".

Frankreichs Rolle

Frankreich, das ja fast ununterbrochen seit der Unabhängigkeit bis Anfang 1980 auf der SEite der ehemaligen Zentralregierungen militärisch interveniert hatte und das auch sonst als Schutzmacht im gesamten frankophonen Afrika auftritt, spielt bei der ganzen Angelegenheit eine recht zwielichtige Rolle. Zwar hat die französische Regierung gegen den libyschen Einmarsch heftigen Protest eingelegt und angeblich auch seine Mittelmeerflotte auslaufbereit gemacht, aber mehr als ein pflichtschuldiges Säbelrasseln zur Beruhigung Frankreichs afrikanischer Klientel-Staaten wie Elfenbeinküste oder Senegal scheint dahinter nicht zu stehen. Denn zu groß sind Frankreichs ökonomische Interessen in Libyen, als daß es hier einen Bruch riskieren würde. Libyen ist nicht nur einer der besten Kunden bei Frankreichs Rüstungsindustrie, sondern auch seinerseits ein wichtiger Erdöllieferant: noch am 1.12.80, also schon längst nach dem libyschen Eingreifen im Tschad, wurde zwischen der staatlichen französischen Ölgesellschaft Elf Aquitaine und Libyen ein Abkommen – das zur Zeit allerdings in der Schwebe ist – über eine gemeinsame Ölsuche geschlossen und gegen Ende des gleichen Monats wurden von Frankreich noch Waffen an Libyen ausgeliefert.

Teilung des Tschad?

Es sieht daher fast so aus, als hätten sich Frankreich und Libyen bereits stillschweigend über eine Teilung des Tschad geeinigt. Der Norden könnte dann vielleicht in Form einer Föderation an Libyen fallen, während der Süden sich abspalten und als neuer unabhängiger Staat in Frankreichs Einflußzone verbleiben würde. Ob Ghadaffi mit der Einverleibung des nördlichen Tschad in seinen Herrschaftsbereich allerdings langfristig glücklich werden würde, ist durchaus fraglich, da er damit ja nicht nur die potentiellen Bodenschätze des Landes (Uran!), sondern auch automatisch dessen innere Probleme mit übernehmen würde.

Im Falle einer Förderation Libyen-Tschad würde Ghadaffi dadurch im Süden zwangsläufig ein konkurrierendes Machtzentrum erwachsen, das angesichts seiner notorischen Zerstrittenheit nicht nur äußerst unberechenbar wäre, sondern auch einen latenten Unruheherd bilden würde, der sich vielleicht sogar auf das libysche Kerngebiet ausbreiten könnte.

Mit starker Hand aber den nördlichen Tschad Libyen einfach anzugliedern, wäre jedoch noch problematischer, hieße das doch für die Politiker-Kaste des Tschad, daß sie dann aller ihrer politischen Pfründen verlustig gehen würde, eine Situation, mit der sie sich kaum abfinden dürfte. In einem solchen Falle wäre eine Einheitsfront gegen Libyen, zu der dann auch Habre wieder stoßen könnte, durchaus denkbar. Ägypten würde einer solchen anti-libyischen Front sicher nur zu gerne beistehen, wohingegen Libyen nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich nicht mehr ohne weiteres mit französischen Waffenlieferungen rechnen könnte.

Schließlich wäre es im Falle einer Teilung des Tschad nicht auszuschließen, daß die OAU sich diesmal doch noch zu konkreten Schritten durchringt und eine interafrikanische Friedenstruppe in den Tschad entsendet. Denn eine Teilung des Tschad würde bedeuten, daß damit zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Afrika eine Staatsgrenze verändert werden würde. Das einzige, worüber die OAU sich bisher aber je einig gewesen ist, ist eben der Grundsatz, daß alle aus der Kolonialzeit stammenden Grenzen, wie willkürlich sie auch seien, unbedingt erhalten bleiben müßten und daß kein Staat in seinem territorialen



Soldatinnen der Regierungstruppe

Bestand je verändert werden dürfte. Denn, so die dahinter stehende Befürchtung, würde überhaupt erst einmal irgendwo damit begonnen, eine Grenze zu verändern, hätte ein solcher Präzedenzfall möglicherweise eine Kettenreaktion zur Folge, in deren Verlauf die meisten der afrikanischen Staaten, die ja mehr oder weniger alle künstliche Gebilde sind, wie Kartenhäuser zusammenfallen würden.

Dieses Grundprinzip, das für die afrikanische Staatschefs gleichsam eine Art von Versicherung gegen Sezession und Invasion darstellt und das Ghadaffi jetzt offen zu verletzen droht, könnte die OAU daher tatsächlich zu einem Eingreifen im Tschad veranlassen. Wenn eine OAU-Truppe, wie schon angedeutet, auch militärisch nicht viel Chancen gegenüber den libyschen Interventionstruppen hätte, so wäre aber ihre symbolische Bedeutung nicht zu unterschätzen, den sie als Ausdruck des Willens hätte, den Tschad-Konflikt in einem innerafrikanischen Rahmen zu lösen.

So unsicher es im Augenblick auch ist, welche der hier skizzierten Entwicklungsmöglichkeiten eintreten wird, so sicher ist nur eins, nämlich daß der Tschad in absehbarer Zukunft nicht zur Ruhe kommen wird.

Frank Ballot

Quellen:
Le monde: 23.4.81, 30.4.81, 2.5.81, 6.5.81, 7.5.81, 8.5.81, 19.5.81, 11.5.81, 14.5.81, 21.5.81, 22.5.81, 28.5.81,
Afrique-Asie: 19.1.81, 16.2.81,
Jeune Afrique: 6.5.81,
Die Zeit: 16.1.81,
Süddeutsche Zeitung: 16.1.81, 20.1.81, 23.1.81, 19.3.81,
Frankfurter Rundschau: 16.1.81,
Neue Züricher Zeitung: 17.1.81, 17.2.81, 6.2.81,
Tages-Anzeiger: 26.1.81,
The Guardian: 16.5.81

6.2.81,
Neue Züricher Zeitung: 17.1.81, 17.2.81, 6.2.81,
Tages-Anzeiger: 26.1.81,
The Guardian: 16.5.81

Belize

Auf dem Weg zur Unabhängigkeit



Am 11. März wurde in London zwischen Grossbritannien und Guatemala ein Rahmenabkommen unterzeichnet, das den über 100 Jahre alten Disput über Belize (ehemals Britisch-Honduras) beenden und die Vorbedingungen für die im September 1981 vorgesehene volle Unabhängigkeit dieser britischen Kolonie schaffen soll.
Der Grund für die bis heute nicht vollzogene Unabhängigkeit Belizes, das erst 1862 britische Kolonie wurde und 1964 Selbstregierung nach innen erhielt, liegt an den ständigen Annektionsdrohungen durch Guatemala, dessen Invasionsabsichten bisher vermutlich nur durch die 1700 Mann starke und technologisch hoch gerüstete britische Armee verhindert wurden. Guatemala rechtfertigt seine Annektionsforderungen mit dem Verstoss gegen den Vertrag von 1859, worin sich England verpflichtete, eine Strasse zwischen Guatemala Stadt und dem nächstgelegenen Atlantikhafen zu bauen und Guatemala im Austausch dafür versprach, die Grenzen mit Belize anzuerkennen und seine territorialen Ansprüche auf Belize aufzugeben. England hat die Strasse nie gebaut. Die daraus abgeleiteten Ansprüche Guatemalas auf das Territorium von Belize, das weder vom kolonialen Spanien noch vom unabhängigen Guatemala je kolonialisiert worden war, werden vom Volk von Belize mit Recht als Ungeheuerlichkeit empfunden (LAN 93).

Da Informationen über Belize nur selten in die BRD dringen, und es uns wichtig erscheint, auf die Gefahr eines neuen Krisenherdes in Mittelamerika hinzuweisen, wenn durch den Abzug der britischen Truppen aus Belize die Expansionsgelüste des hochgerüsteten Unterdrückerregimes Guatemalas ein neues Betätigungsfeld erhalten, drucken wir hier leicht gekürzt einen Artikel aus den Lateinamerika-Nachrichten 93 zu diesem Problem ab. Allerdings meinen wir, dass in dem Artikel die Gefahr einer guatemaltekischen Intervention in Belize nicht deutlich genug herausgearbeitet wird.

In dem nun geschlossenen Abkommen wird zwar dem zukünftigen Staat Belize Souveränität und territoriale Einheit in den bestehenden und traditionellen Grenzen zugestanden, doch hat Guatemala sich so viele Vorrechte sichern können, dass eine zukünftige Vorherrschaft schon jetzt klar zu erkennen ist. Das unabhängige Belize soll Guatemala einen Streifen seines Hoheitsgewässers abtreten, wodurch Guatemala einen Zugang zum offenen Meer erhält, und freie Benutzung der Hafeneinrichtungen in Belize Stadt und Punta Gorda. Ausserdem wird Belize den Bau von Ölpipelines nach Guatemala ermöglichen, Mineral- und Erdölvorkommen Belizes sollen gemeinsam erforscht und ausgebeutet werden, die Strassen zwischen Belize Stadt und Guatemala sollen auf britische Kosten verbessert werden und Guatemala wird die freie Nutzung dieser Strassen gewährt. Beide Länder werden einen Vertrag zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit unterzeichnen, der keinem der beiden Staaten erlaubt, dass sein Gebiet genutzt wird, um die „Subversion" gegen den anderen zu unterstützen. Es zeigt sich, dass das guatemaltekische Militärregime die Möglichkeit erhält, Belize wirtschaftlich auszubeuten und, falls nötig, unter dem Vorwand der „Subversion" oder ähnlichem auch jederzeit militärisch die wichtigen Hafenanlagen einzunehmen, wenn Belize einmal nicht mehr mitspielen sollte (ila-info 46/1981).



Premier George Price

Belize ist mit 23.000 qkm etwas grösser als Hessen, hat aber nur ca. 150.000 Einwohner (Zum Vergleich: El Salvador hat 4,5 Millionen Einwohner auf einer etwas kleineren Fläche). Wegen der extrem ungleichen Verteilung des Landbesitzes und der Orientierung auf Land- und forstwirtschaftliche Exportproduktion (früher fast ausschließlich Edelhölzer, heute vor allem Zucker und Zitrusfrüchte) ist das Land dennoch nicht in der Lage sich selbst zu ernähren.
Ein Drittel der Einwohner lebt in der Hafenstadt Belize City. Die Hauptstadt Belmopan, 1970 im Urwald aus dem Boden gestampft, hat nur etwa 4.000 Einwohner (Beamtenfamilien).

red.

Während die als gemäßigte geltende Regierungspartei Peoples United Party, angeführt von Premierminister George Price, und ein großer Teil der Bevölkerung das Abkommen als die gegenwärtig bestmögliche Lösung feierten, zeigten Demonstrationen in Belize in den Tagen nach der Unterzeichnung, daß es auch Unzufriedene gibt. Diese sehen vor allem die Abtretung eines Streifens Hoheitsgewässers und die Nutzung einiger Koral-

leninseln – Cays genannt – als zu weitgehende Konzession an. Die gewaltsamen Demonstrationen, die von einem inzwischen durch massiven Druck seitens der Regierung beendeten Streik im öffentlichen Dienst begleitet waren, haben bereits sechs Todesopfer gefordert und zu zahlreichen Verhaftungen und zur Ausrufung des Notstandes geführt. Diese heftigen Reaktionen sind nur zum Teil auf provokative Aktivitäten der oppositionellen konservativen United Democratic Party zurückzuführen, diedas Londoner Abkommen als „Ausverkauf" bezeichnet, sondern gründen auf einem traditionellen Mißtrauen gegenüber Guatemala und auf der Furcht vor dessen repressivem Regime.

Der größte Erfolg des Londoner Abkommens wird von Price und seinen Anhängern darin gesehen, daß es keinerlei Landabtretung geben wird, wie sie etwa in dem Teilungsplan des ehemaligen Labour-Außenministers Owen, der eine 20 %ige Landabtretung an Guatemala vorsah, enthalten war.

Die in dem Abkommen vorgesehene Nutzung der zu Belize gehörigen und weiterhin unter dessen Landeshoheit verbleibenden Inseln Ranguana und Sapodilla durch Guatemala dürfte wohl der umstrittenste Punkt sein, da die Bevölkerung von Belize eine starke emotionale Bindung an ihre Cays hat, die nicht zuletzt auf die siegreiche „Schlacht von St. George's Cay" im Jahre 1798 zurückgeht, durch die eine übermächtige spanische Invasionsflotte abgewehrt wurde. Guatemala erhält die Nutzungsrechte („the use and enjoyment of") an diesen beiden unbewohnten Inseln und die Hoheitsrechte über die daran angrenzenden Gewässer, wodurch die Rechte von Belize in diesem Gebiet auf die Dreimeilenzone beschränkt werden.

Der plötzliche Verzicht Guatemalas auf das bisher beanspruchte belizianische Territorium erklärt sich durch die wachsende Verunsicherung der Militärregierung. Somozas Sturz und die zunehmenden Kriegs- und Guerillaaktivitäten in El Salvador, Honduras und Guatemala selbst haben vermutlich mehr zum Einlenken beigetragen als alle bisherigen zum Belize-Problem verabschiedeten UN Resolutionen.

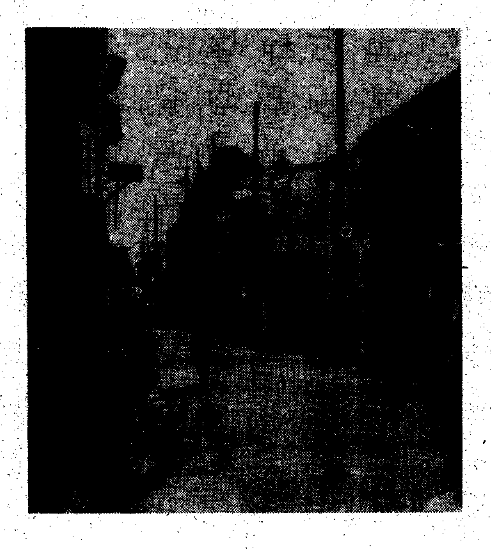
Nachdem auch Mexiko, Panama und Venezuela die guatemaltekischen Forderungen gegenüber Belize ausdrücklich ablehnten, blieben Guatemala als einzige Sympatisanten noch die Regierungen von Honduras und Paraguay. Washington scheint das Feld im guatemaltekisch-belizianischen Konflikt den Briten zu überlassen. Jedenfalls fühlt sich, wie guatemaltekischen Zeitungen zu entnehmen ist, die Junta von Guatemala in diesem Punkt von Präsident Reagan verraten. Dieser hatte anläßlich des kürzlichen Besuchs von Premierministerin Thatcher der britischen Politik in Belize volle Unterstützung zugesagt, während sich Frau Thatcher mit der US-Politik in El Salvador einverstanden erklärte.

Wie die militärische Sicherheit von Belize nach der Unabhängigkeit garantiert werden soll, wird wohl erst in dem endgültigen Abkommen festgelegt werden, das in den am 20. Mai beginnenden erneuten Verhandlungen ausgearbeitet wrden soll. Es ist die Rede von einer internationalen Truppe aus verschiedenen britischen Commonwealthländern, aber auch von der weiteren Präsenz britischer Truppen. Die Price-Regierung ließ durchblicken, daß sie es begrüßen würde, wenn eine solche Truppe auch Mitglieder aus lateinamerikanischen Ländern umfassen würde wegen der größeren Vertrautheit mit der repressiven und agressiven Politik Guatemalas. Diese dürfte besonders bei Nicaraguensern vorhanden sein. Es ist aber das oberste Anliegen Englands jegliche militärische Unterstützung durch Kuba und Nicaragua, zu denen Belize freundschaftliche Beziehungen pflegt, auszuschließen und ein Überwechseln Belizes ins sozialistische Lager zu vermeiden. Dies dürfte jedoch zumindest unter der von Price geführten Regierung ziemlich unwahrscheinlich sein. Price bezeichnet sich selbst als christlicher Demokrat, wenn auch nicht mit der christdemokratischen Weltunion verbunden, wird allerdings von der rechten Opposition im Lande und von der guatemaltekischen Regierung zu den Kommunisten gerechnet. Dieses Image dürfte sich Price nicht zuletzt durch sein unkonventionelles Verhalten eingehandelt haben, dessentwegen er sich allerdings in der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut. Immerhin hat er das Amt des Premierministers seit 30 Jahren inne. Er wird beschrieben als ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, der sich im Wahlregister als „Arbeiter" eingeschrieben hat; er legt wenig Wert auf Protokoll, trägt einfache Kleidung, lebt allein in einem baufälligen von Termiten befallenen Holzhaus, haßt Telefone, sammelt Müll auf seinem Weg zum Büro und hört sich an einem Tag in der Woche die Klagen von normalen Bürgern an. Aber von diesem Charisma einmal abgesehen, verfolgt Price eine eindeutig westlich orientierte Politik. Die transnationalen Gesellschaften Nestle und Hershey sind in der belizianischen Landwirtschaft engagiert, Tate und Lyle kontrollieren die Hauptexportindustrie Zucker und die Ölschürfrechte liegen in Händen US-amerikanischer Gesellschaften.


Flußhafen der Hauptstadt Belize

Soziale und ökonomische Probleme werden sichtbar in zunehmender Armut, Kriminalität und Drogensucht. Die steigenden Importpreise, besonders für Öl, können durch die gegenwärtigen Exportprodukte Zucker, Holz, Zitrusfrüchte, Bananen und Meeresfrüchte immer weniger ausgeglichen werden. Wegen der unterentwickelten und wenig diversifizierten Landwirtschaft sind 22 % aller Importe alltägliche Nahrungsmittel. Aber Belize hat im Gegensatz zu anderen karibischen Ländern ein großes Entwicklungspotential, besonders in der Landwirtschaft und im Forstbereich, denn gegenwärtig werden nur 15 % des kultivierbaren Landes genutzt. Belize hat auch ein nicht unbedeutendes hydro-elektrisches Potential und zumindest eine Ölexploration hat bisher positive Ergebnisse erbracht.

Quellen: Caribbean Contact,
The Guardian
Central America Report



Guatemala

Einheit des Widerstandes

Der Armee und Regierung des Generals Lucas Garcia ist es trotz intensivster Mobilisierung ihrer Truppen, trotz einer Taktik der mobilen Kriegsführung und einer Taktik der mobilen Kriegsführung und einer Gebenoffensive unterhörten Ausmasses im letzten Halbjahr 1980 nicht gelungen, die vier bewaffneten Organisationen EGP, FAR, PGT und OPRA zu schlagen. Im Gegenteil, die politischen und militärischen Erfolge der Guerilla sind nicht zu übersehen.

Das findet besonders in der Vereinigung der vier Organisationen in der „cuatripartida" unter gemeinsamen militärischen Oberbefehl seinen Ausdruck. In 17 von 22 Provinzen ist die Guerilla präsent, das Kriegsgebiet hat sich von der Provinz Quich'e auf das Hochland ausgebreitet und die militärischen Besetzungen von Ortschaften und Großgrundbesitzen nehmen zu. Die am 27.1.81 öffentlich deklarierte Vereinigung der vier bewaffneten Organisationen bildet die Basis für die Schaffung einer breiten Oppositionsfront.

Die „Demokratische Front gegen die Repression" (FDCR) die sich im Februar 1979 aus der 150 Volksorganisationen und den beiden sozialdemokratischen Parteien FUR und PSD gebildet hatte, hat in einer am 10.2.81 in Nicaragua verbreiteten Pressemitteilung erklärt, daß sich die FDCR in eine „politische Front" verwandeln wird, die die Grundlage für die Bildung einer demokratischen und revolutionären Volksregierung sein wird. Weiterhin gaben in Guatemala die konsequentesten der in der FDCR zusammengeschlossenen Organisationen die Gründung der „Volksfront 31. Januar" (FP – 31) bekannt, der folgende Organisationen angehören: Komitee der Einheit der Bauern CUC, die Organisation der Elendsviertelbewohner CDP, die Revolutionären Arbeiter, die Studentenorganisatione FERG und die Revolutionären Christen CR.

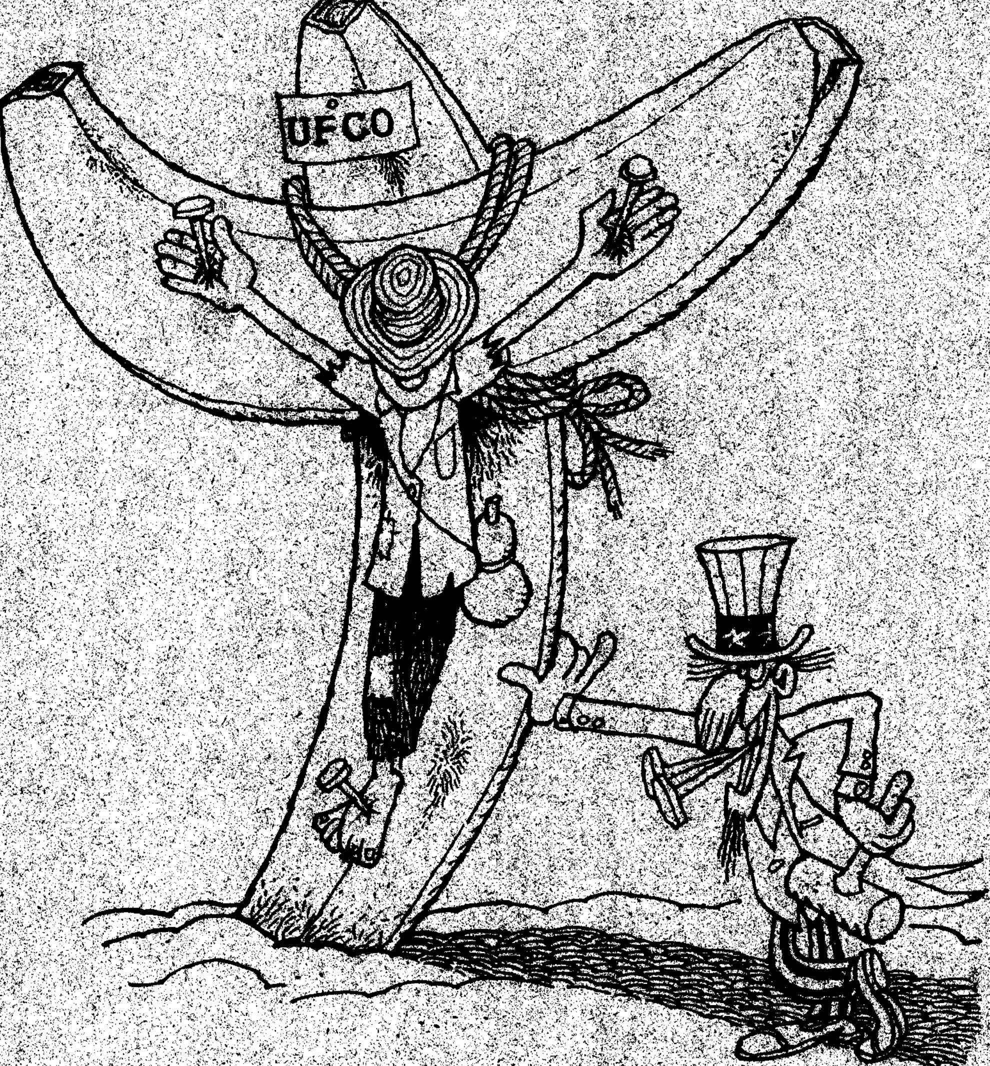
Unvorstellbare Repression

Seitdem der CIA im Jahre 1954 durch bewaffnete Intervention die Reformregierung Arbenz gestürzt hat, wird Guatemala ununterbrochen von Militärdiktatoren regiert. (Arbenz hatte damals gewagt, brachliegendes Land der United Fruit Co. zu verstaatlichen, während ausgerechnet ein Verwandter des Außenministers Dulles Aktionär des Unternehmens war.) Nach Angaben von amnesty international hat der Terror der Militärs und Todesschwadronen seither über 30.000 Opfer gefordert. Priester, Gewerkschafter, jeder, der irgendwie versucht, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, wird Opfer des Terrors. Die Leichen, die dann irgendwo gefunden werden, weisen Spuren grausamster Folter auf. In dem Maße, in dem der Widerstand der bäuerlichen und indianischen Bevölkerung zunimmt, schrekken die Militärs auch immer weniger davor zurück, ganze Dörfer zu massakrieren. Zwei junge Indianerinnen, die nach Mexiko fliehen konnten, berichteten Ende letzten Jahres über den Überfall auf das Dorf San Juan Cotzal: „Es kamen welche auf Lastwagen und warfen Handgranaten und die in den Hubschraubern passten auf. Als sich die Soldaten wieder zurückzogen, warfen auch die Hubschrauber noch Bomben. Nur zwei Campesinos überlebten. Sie wurden von den Soldaten gefangen und nach Chajul geschleppt, was etwa eine Stunde zu laufen ist. Dort wurden sie zur Abschrekkung der Bevölkerung mit der Machete geköpft und gevierteilt, und die einzelnen Stücke ihrer Leiber wurden in die Bäume gehängt."

Amnesty International hat in einer dieses Jahr erschienen Broschüre den Nachweis erbracht, daß sich die Zentrale der Folter und politischen Morde in einem Seitenflügel des Präsidentenpalastes in Guatemala-Stadt befindet.

Die Indianische Bevölkerung im Widerstand

Mehr als die Hälfte der guatemaltekischen Bevölkerung ist indianisch. Sie sind Nachfahren der Mayas, deren berühmte Ruinen jedes Jahr zahlreiche Touristen anlocken, während sie selbst im eigenen Land wie Fremde leben müssen. Vom Grossgrundbesitz (vor allem Kaffeeplantagen) wurde die indianische Bevölkerung aus den fruchtbaren Tälern immer mehr in die Berge verdrängt. Dort ist sie gezwungen, durch Brandrodung an steilen Abhängen die letzten Waldreserven zu zerstören, um ihre Maisfelder anzulegen, wobei der Boden früher oder später der Erosion anheimfällt (sodaß das ökologische Gleichgewicht immer mehr zerstört wird). Mit diesen kargen Parzellen müssen sie die Lebensmittelversorgung des ganzen Volkes gewährleisten. Gleichzeitig sind sie gezwungen, als Wanderarbeiter sich für einen Hungerlohn von 2 bis 5 DM bei der Kaffee-, Zucker- oder Baumwollernte kaputtzuarbeiten. In den indianischen Gemeinden sterben 65 von 100 Kindern, bevor sie das 15. Lebensjahr erreicht haben.



Ein Jahr nach dem Massaker in der spanischen Botschaft am 31. Januar 1980 ist deutlich, daß die indianische Bevölkerung Guatemalas den Kampf gegen diese unmenschlichen Verhältnisse aufgenommen hat. Seit Mitte Januar 1980 hielten sich ca. 400 indianische Bauern aus der Region Quiché in der Hauptstadt auf. Sie wollten durch verschiedene Aktionen Öffentlichkeit über die ständigen Übergriffe durch das Militär herstellen, denn seit 1976 mehren sich Morde, Entführungen, Diebstähle und Vergewaltigungen an der Zivilbevölkerung. Die demonstrierenden Bauern entsandten eine 21-köpfige Delegation in die spanischeBotschaft mit der Forderung, eine Kommission zu bilden, die die Vorgänge im Quiché untersuchen und publizieren sollte. Die Bauern wurden von vier Studenten, einem Arbeiter und einem Bewohner der Elendsviertel begleitet und wollten solange in der Botschaft bleiben, bis ihre Forderung erfüllt sei. Der spanische Botschafter war bereit, in einen Dialog mit den friedlichen Besetzern zu treten. Aber dann passierte das Unglaubliche. Gegen den Willen des Botschafters drangen die guatemaltekischen „Sicherheitskräfte" ungeachtet internationalen Rechts in das exterritoriale Gelände der Botschaft ein. Mit der Delegation starben das Botschaftspersonal und einige Angehörige der guatemaltekischen Regierung, die zu einer Besprechung anwesend waren. Es überlebten nur zwei Menschen: ein Guatemalteke, der schwer verletzt worden war, wurde wenige Stunden später ermordet, der zweite war der spanische Botschafter Maximo Cajal. Das Massaker in der spanischen Botschaft war dann auch Untersuchungsgegenstand des IV.Russel-Tribunals vom 24. bis 30. November 1980 in Rotterdam, das sich mit der Unterdrückung der Indianer befaßte. (blätter des iz3w, Nr. 88). Im abschliessenden Urteil der Jury wurde die Regierung Guatemalas als „des Völkermordes schuldig" verurteilt.

In dem Jahr, das seit dem Massaker vergangen ist, ist die indianische Bevölkerung endgültig aus ihrer traditionellen „Apathie" herausgetreten und hat den Kampf gegen die Unterdrückung aufgenommen. Zum ersten Mal in der Geschichte der amerikanischen Guerilla haben die Guerillabewegungen die direkte Unterstützung der Indianer. Mehr noch: Tausende von Indios sind heute Teil der Guerilla, was umso beachtlicher ist, als die Guerilla stets mehr ein Phänomen städtischen Ursprungs war, gebildet von Weissen und Mestizen. So erklärte ein Mitglied der ORPA, daß mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder Indianer seien, und daß einige von ihnen, „obwohl sie weder lesen noch schreiben können, kaum Spanisch beherrschen, in unserer und in anderen Guerillaorganisationen hohe militärische Posten" bekleiden.

Solidarität mit dem Volk in El Salvador

In einer Sendung ihres Senders „Radio Liberación" am 3. 2. 1981 haben die vier guatemaltekischen Guerillagruppen ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem sie ihren Kampf gegen die Diktatur in Guatemala verstehen als beste Form der Solidarität mit dem Kampf der FMLN in El Salvador. Gleichzeitig führt die ORPA militärische und politische Aktionen durch, die den Rückzug guatemaltekischer Truppen von salvadorianischen Gelände erzwingen sollen, wo die Truppen Lucas Garcias zugunsten der Junta in El Salvador intervenieren.



Quellen:
– Informationsstelle Guatemala, München
–druck und papier 4/81
–FR
–Die Neue
–Monitordienst

amnesty international, Politischer Mord als Regierungsprogramm, amnesty Länderreihe Guatemala, Bonn 1981

chk



Costa Rica

Suiza Centroamericana



Im demokratischen Musterlande Mittelamerikas („Die Schweiz Mittelamerikas", [illegible] Volksmund) ist in den letzten Monaten eine deutliche Verschärfung von Repression, gezielten Polizeieinsätzen, Streiks, Verfolgung mittelamerikanischer Flüchtlinge und eine zunehmende militärische Aufrüstung der Polizeikräfte (Costa Rica hat keine Armee) zu beobachten. Regierung und sozialdemokratische Opposition sind sich dabei einig in ihrer immer stärker werdenden Parteinahme gegen das sandinistische Nicaragua (Costa Rica hatte den Sandinisten beim Sturz Somozas Unterstützung gewährt) und für die Junta Napoleón Duartes in El Salvador.

Demokratische Tradition

Das Fehlen von Bodenschätzen und die geringe Zahl der indianischen Bevölkerung führten dazu, daß Costa Rica für die Spanier von wenig Interesse war. Die wenigen Siedler, die nach Costa Rica kamen, mußten ihr Land selbst bebauen. Das relativ späte Auftreten des Großgrundbesitzes führte mit dazu, daß sich so eine demokratische Tradition bewahren konnte, in einer Gesellschaft mit — im Vergleich zu seinen Nachbarn — geringen Klassenunterschieden. Nach einer „Revolution" 1948 unter Führung des Sozialdemokraten José Figueres wurde in Costa Rica die Armee abgeschafft. [illegible] Tradition.

IWF-Kredit-Bedingungen

[illegible]

Streiks und Gewerkschaftsbewegung

[illegible]

Nach Klagen der Standard Fruit Co. wurde der Streik von dem zuständigen Gericht für illegal erklärt, was der Regierung als Vorwand diente, 200 Polizisten in die Region zu schicken, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Das Ergebnis waren 47 Schwerverletzte und 150 vorläufige Festnahmen. Am 7. April 1980 legten in der Hafenstadt Limón 114 Arbeiter die Arbeit [illegible] nieder, [illegible] ganze Land ausweitete. [illegible] der United Brands Co. [illegible] Fruit Co.) legten am 10. Juli 1980 5 200 Ar-

[illegible]

Costa Rica
Bedingungen und Auswirkungen des IWF-Kredites

Instrumente (ökonomische Mittel)	Auswirkungen
Strukturmaßnahmen:	
1. Entwicklung von Exportprojekten und Erhöhung der Exporte.	Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits und Anreiz für das interne ökonomische Wachstum
Konjunkturelle Maßnahmen:	
2. Freigabe des Wechselkurses für den Dollar mit einem Ausgangspunkt von 15 Colon für 1 Dollar	Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Inflationsantrieb
3. Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor um 1,5 Mill. C.	Verringerung der öffentlichen Dienstleistungen wie Erziehung etc., Verteuerung der Strompreise, Telefons und Wassers. Herabsetzung der Löhne im öffentlichen Dienst
4. Permanente Angleichung der Preise	Einfrieren der Gehälter, aber Beschleunigung der Inflation
Höchststand der Auslandsverschuldung für 1981 von 300 Mill. C. [illegible]	Verringerung der Importe, betroffen: der Handel und der industrielle [illegible]
6. Verringerung von Steuervorteilen für bestimmte Importe	Reduzierung von protektionistischen Maßnahmen, Verringerung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrie, Anstieg der Arbeitslosigkeit
7. Steuerzuschläge für den Export von Fleisch und Vergünstigungen für andere Produkte (Gemüse, Kaffee, Kakao). [illegible] Anreize für ihre Produktion	[illegible]
8. Steuerreform: Erhöhung der Einkommensteuern, der Landbesitzsteuer, der [illegible]	Verringerung des Einkommens von (Groß)grundbesitzern und der Mittelklasse. Erhöhung der Preise. Die Gewinne des Großkapitals werden nicht berührt.

Aus: Lateinamerika-Nachrichten Nr. 97

zwei Polizisten kam, wurde bei deren Befreiung ein Arbeiter getötet. Eine gezielt einsetzende Öffentlichkeitsarbeit über die Medien versuchte die Streikenden zu isolieren und zu diffamieren. Aufgrund der fehlenden materiellen Voraussetzungen waren die Gewerkschaften zum Einlenken gezwungen, wobei bis auf eine Vorauszahlung von 700 Colones (ca. 30 DM) keine der Forderungen erfüllt wurde.
Umstritten ist die Gründung einer neuen Dachorganisation der Gewerkschaften „Central Unitaria de Trabajadores" auf einer Konferenz mehrerer Gewerkschaftsverbände am 23.11.1980 in San José. Die CUT organisiert etwa 50000 Arbeiter und Bauern und damit die Mehrzahl der organisierten Werktätigen des Landes. Zu den Gründerverbänden zählen der Nationale Verband der Bediensteten der Regierung (FENATRAP), der Nationale Verband der Land- und Plantagenarbeiter (FENTRAP), der Nationale Bauernverband und der Nationale Verband der Industriearbeiter. Mit der Gründung der CUT wurde der Allgemeine Gewerkschaftsverband, bisher wichtigster Gewerkschaftsverband des Landes, aufgelöst. Die Gründung der CUT ist — wie erwähnt — nicht unumstritten. Während die kommunistische Partei ihre Gründung uneingeschränkt begrüßt, wurde ihre Gründung in bürgerlichen Medien als Teil der expansionistischen Strategie Moskaus dargestellt und selbst die mit den Kommunisten im Wahlbündnis stehende Revolutionäre Volksbewegung MRP bezeichnete ihre Gründung als „verfrüht".

auf das Betreibsgebäude abgeworfen, der aber keinen größeren Schaden anrichtete. Offiziellen Anlaß für die *Schließung* des Senders waren „Waffenfunde" im Sender selbst.
Aufsehen erregten am 17. März dieses Jahres zwei Bombenanschläge auf ein Auto der USA-Botschaft und das honduranische Konsulat. Die Verantwortung für die Anschläge übernahm ein Kommando „Carlos Agüero Echeveria", das als Grund die Komplizenschaft der beiden Regierungen mit der Junta in El Salvador angab. Daraufhin organisierten rechte Kreise eine Demonstration „gegen den Terror", in deren Verlauf es zu Schlägereien mit der Polizei kam, als Rufe gegen den Staatspräsidenten Carazo laut wurden.

Einen Tag zuvor hatte sich in San José ein politischer Skandal abgespielt, der internationales Aufsehen erregte. Am hellichten Tag wurden sechs bekannte guatemaltekische Mitglieder der FRENE DEMOCRATICO CONTRA LA REPRESSION (FDCR) mit mehreren anderen Personen mitten in der Stadt festgenommen. Nur die schnelle Bekanntmachung dieses Vorgangs und die internationale Solidarität verhinderten die Auslieferung nach Guatemala, was einem Todesurteil gleichgekommen wäre: sie wurden nach Nikaragua abgeschoben. Dieser ungeheuerliche Vorgang zeigt deutlich, daß Costa Rica (nach Mexiko und Kuba Zufluchtsort für Asylanten des ganzen Kontinents) die freie politische Betätigung entscheidend einzuengen sucht.



Polizeieinheiten, die die verfassungsgemäß vor 30 Jahren abgeschaffte Armee ersetzen

Gewalt, Verfolgung, Repression

Der Verleumdungsfeldzug gegen die streikenden Bananenarbeiter steht im Zusammenhang mit der Aufrüstung der Zivilgarde, deren Mannschaftsstärke von 7000 auf 11000 erhöht wurde. Der sozialistische Parlamentsabgeordnete Marcelo Prieto brachte an die Öffentlichkeit, daß „Ohne das Parlament zu fragen Maschinengewehre gekauft und Schnellfeuerkanonen in Polizeihubschrauber eingebaut" wurden. Andere Abgeordnete wiesen darauf hin, daß 25 Prozent der Ausrüstungen in den Waffenarsenälen des Innenministeriums nicht gerade „für den normalen Polizeieinsatz" geeignet seien.
Ein weiterer Höhepunkt bei der schleichenden Einschränkung von elementaren Grundrechten stellen die Auseinandersetzungen um den Sender RADIO NOTICIAS DEL CONTINENTE dar, der sich als Sprachrohr der revolutionären und patriotischen Befreiungsbewegungen des Kontinents versteht. Der Sender wurde mehrmals von den zivilen Terrortrupps unbekannter Herkunft überfallen. Im Februar dieses Jahres wurde von einem „nicht identifizierbaren" Flugzeug ein Behälter mit 25 Gallonen Benzin

Fähnchen im Reagan-Wind

Am 11. Mai 1981 brach Costa Rica die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Als Begründung wurde der „offensive Ton" der Kubaner in einer Auseinandersetzung um politische Gefangene in Kuba angegeben.

Die Parteinahme der sich den Christdemokraten nahe fühlenden Regierungspartei Carazos für die Junta in El Salvador und gegen das sandinistische Nicaragua ist offensichtlich. Aber auch die sozialdemokratische Oppositionspartei Liberación Nacinal (PLN), der für die Wahlen 82 die besten Chancen eingeräumt werden, sieht in der Nachbarschasft Costa Ricas zu Nicaragua eine „gemeinsame Grenze mit dem kommunistischen Block." Auch wenn die Sozialistische Internationale, deren Vollmitglied die PLN ist, die Opposition in El Salvador unterstützt, werden costarikanische Sozialdemokraten zur Junta stehen. Ja, man erwägt sogar bei Beibehaltung ihrer Politik in Mittelamerika aus der S.I. auszutreten.

(Quellen: Lateinamerika Nachrichten 93, taz Die Neue, FR, NZZ, Monitordienst)

Paraguay

Deutsche Subventionierung des Verkaufs von Indianerland

Seit einem Jahrzehnt erreichen Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an indianischen Gruppen in Paraguay die internationale Öffentlichkeit. Besonders bekannt geworden ist die Vernichtung des Aché-Volkes im Department Alto Paraná zwischen 1971 und 1977. Am 3. Januar 1981 wurden fast 1000 Toba Maskoy Indianer aus ihrer angestammten Heimat mit Militärlastwagen in ein unfruchtbares und unwirtliches Gebiet im Chaco deportiert. Die Situation dieser Menschengruppe ist inzwischen höchst kritisch. Das Vieh der Toba Maskoy ging auf dem Transport zu Grunde. Die Menschen sind inzwischen akut vom Hungertod bedroht — die ersten Kinder sollen bereits gestorben sein.

Hintergrund dieser erneuten Vertreibung von Indianern in Paraguay von ihrem angestammten Land ist eine seit 5 Jahren auf Eis gelegte Gesetzinitiative, die den Indianern erlauben soll, Landtitel zu erwerben. Dieses Gesetz wird auf dem Instanzenweg zwischen Parlament, Präsident der Republik und der staatlichen Indianerschutzbehörde INDI endlos verzögert.

Zwar ist die Regierung Paraguays bisher keineswegs gewillt, den Indianern, wie allen anderen Bürgern Paraguays, die Möglichkeit zum Landerwerb einzuräumen, doch angesichts einer Reihe kirchlicher und journalistischer Interventionen in der internationalen Öffentlichkeit wagte sie bisher nicht, diese proindianische Gesetzesinitiative ganz abzuweisen.

Während in Paraguay die Ureinwohner aus ihren Heimatregionen in entlegene und unbewohnbare Gebiete vertrieben werden, wird durch die bisherige Steuerpraxis der Bundesrepublik der Ausverkauf des Landes in Paraguay begünstigt. Große Landverkaufsfirmen, z.B. die Treubesitz Südamerika GmbH Mainz, die Projekte im Department Alto Paraná durchführt, oder die Paraguayan Estates Company Bamberg werben in der Bundesrepublik offen mit bis zu 240 %igen Verlustzuweisungen für Landkäufe in Paraguay. Diese Verlustzuweisungen beinhalten, daß ein deutscher Käufer die hohen Anfangsinvestitionen (Kauf von landwirtschaftlichem Gerät, Löhne für Arbeitskräfte etc.), die er in Paraguay tätigt, in Deutschland als Verlust von der Steuer absetzen kann – zu einer Zeit, in der alle öffentlichen Körperschaften in der Bundesrepublik zu Sparmaßnahmen auffordern.

Anhand dieser Fakten erscheint es berechtigt, von einer regierungsoffiziellen Förderung des Ausverkaufs von Indianerland in Paraguay zu sprechen. Die Vernichtung von Indianergruppen ist die Folge dieses Landausverkaufs.

Um diese unerfreuliche Praxis zu beenden, hat die Gesellschaft für bedrohte Völker eine Petition an Finanzminister Hans Matthöfer gerichtet mit folgendem Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Matthöfer
immer wieder werben deutsche Firmen in großen Tageszeitungen für den Kauf von Land in Südamerika, insbesondere in Paraguay (z.B. SZ 8./9.11.1980). Dabei heben sie die extrem hohen Verlustzuweisungen (bis 240 %) von den deutschen Steuerbehörden hervor.
Das Land, das diese Firmen anbieten, ist oft Land, auf dem die Ureinwohner leben, denen Landtitel häufig verwehrt werden. So bietet z.B. die Treubesitz Südamerika GmbH. (Sitz in Mainz) Land an, das im Osten Paraguays, im Department Alto Paraná liegt. In diesem Gebiet werden seit einem Jahrzehnt die dort seit Jahrhunderten ansässigen Aché-Indianer ermordet, vertrieben oder in KZ-ähnliche Lager eingesperrt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat das Schicksal der Aché-Indianer in drei Ausgaben ihrer Zeitschrift "pogrom" dokumentiert und sich dabei auf Veröffentlichungen der paraguayanischen Bischofskonferenz, des Erzbischofs von Asunción, zwei US-Senatoren, der Organisation Amerikanischer Staaten, der Internationalen Liga für Menschenrechte u.v.a. gestützt.
Durch die Praxis der Verlustzuweisungen für deutsche Landkäufe in solchen Ländern wird die Ausrottung und Vertreibung kleinerer Völker durch deutsche Steuergelder gefördert und begünstigt. Wir appellieren darum an Sie, sehr geehrter Herr Matthöfer, diese Praxis zu überprüfen und eine Regelung zu finden, die die Anerkennung von Verlusten in bestimmten Fällen ausschließt.

Innerhalb von 3 Monaten wurde diese Petition von 6.490 Personen unterzeichnet, u.a. von Klaus Thüsing, MdB Bonn, Carola Bloch, Tübingen, Ingeborg Drewitz, Berlin, Prof. Helmut Gollwitzer, Berlin, Prof. Andreas Buro, Bielefeld, Prof. Walter Bechert, Bremen, Prof. Richard Hauser, „Centre for Human Rights and Responsibility London, Mitarbeitern des bischöflichen Hilfswerks Adveniat, Aachen, sowie einer Reihe von Kirchengemeinden. Die Gesellschaft für bedrohte Völker erwartet von der Bundesregierung, diese Praxis der Verlustzuweisungen für Landkäufe in Paraguay zu beenden. Diese Praxis widerspricht zudem Geist und Buchstaben des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das das Recht auf Leben für alle Menschen anerkennt.

Pressemitteilung der Gesellschaft
für bedrohte Völker,
Postfach 159,
3400 Göttingen

SPENDENAUFRUF FÜR DIE INDIANER IN PARAGUAY

Die Ausrottung der Indianer in Paraguay, die zu Beginn der siebziger Jahre mit der Vernichtung des ACHE-Volkes einen Höhepunkt und internationales Aufsehen erreichte, ist weiterhin bittere Wirklichkeit, wie das Schicksal der Toba Maskoy zeigt.

Am 3. Januar 1981 wurden knapp 1.000 Menschen dieses Volkes von Militärs gezwungen, auf bereitstehende Lastwagen zu steigen, um in einem völlig unwirtlichen Gebiet im Chaco wieder abgeladen zu werden. Die mitgenommenen Tiere sind mangels Wasser gestorben; nun sterben die Menschen.

Nur unbürokratische Soforthilfe kann ihnen das Überleben sichern. Dafür erbitten wir Ihre Spenden auf das Konto Nr. 7400 Postscheckkonto Hamburg der Gesellschaft für bedrohte Völker, Stichwort 'Toba-Maskoy'.

Weitere Informationen erhalten Sie bei Paraguay Arbeitsgruppe, c/o Helmut Hackfort Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach, Paraguay Rundbrief, c/o Inge Gräfe Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt oder Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen.

Malaysia

Malaysia auf dem Weg in die Diktatur?

Malaysia — ehemals britische Kolonie, heute Vielvölkerstaat und investitionsbereites Schwellenland in Südostasien, zwischen Thailand und Indonesien gelegen, nur eine Düsenjägerstunde von Vietnam entfernt, erweckt immer mehr Interesse bei der bundesdeutschen Tagespresse. Zunehmende wirtschaftliche Interessen der BRD an diesem rohstoffreichen Land sowie seine wachsende wirtschaftliche und politische Bedeutung in der Region selbst sind die Gründe.

Gerühmt wird das günstige Investitionsklima, die politisch „stabile" Situation oder die relativ gute Infrastruktur.

Allerdings nur selten wird über die politische Geschichte oder die gegenwärtige Repression inMalaysia berichtet — über die Wehrdörfer gegen Kommunisten, über die Emergency-(Notstands-)Zeit, die sich ständig verschärfende Unterdrückung aller Oppositionsbewegungen in diesem Land.

Im folgenden Artikel wird dargestellt, wie die zunehmende Repression durch parlamentarische Initiative legalisiert wird und — derart „recht"-mäßig geworden — sich in alle Bereiche des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens schleicht.

Ein Gesetz, mit dem die Arbeit von Verbänden, Organisationen und Bürgerinitiativen beschnitten wird, hat in Malaysia zu öffentlichem Protest von ungewöhnlichem Ausmaß geführt.

Am 9. April verabschiedete das Parlament eine Novelle zum 'societies Act', mit dem sich die Arbeitsmöglichkeiten von Organisationen nahezu vollständig kontrollieren lassen.

Diese weitere Beschneidung der politischen und sozialen Betätigung von Verbänden wird von Beobachtern als Reaktion auf den immer stärker anwachsenden Protest gegen eine Wachstumspolitik auf Kosten der armen Bevölkerung gesehen. Selbst regierungsoffizielle Untersuchungen zeigen, daß sich die ländliche Armut seit der Unabhängigkeit von 1957 bis heute verschlimmert hat. Dagegen stiegen die Einkommen der städtischen Mittelschichten, der Plantagen- und Minenbesitzer. Proteste richten sich gegen die Politik der konservativen Barisan Nasional, jene Partei, die die Interessen der ländlichen Industrie, des Minen- und Handelskapitals vertritt und die seit der Unabhängigkeit das Parlament kontrolliert.

Im Verlauf ihrer zweiundzwanzig-jährigen Herrschaft hat die Regierung mit Hilfe des von der britischen Kolonialmacht übernommen 'Gesetzes zur inneren Sicherheit' die Bildung einer ernstzunehmenden Opposition zu verhindern gewußt.

Eine kommunistische Partei ist seit dem Aufstand von 1948 verboten. Der Führer der legalen sozialistischen Partei sitzt seit fünf Jahren aufgrund dieses Gesetzes im Gefängnis. Ein Gerichtsverfahren hat es nicht gegeben.

1975 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, mit dem die politische Betätigung an Schulen und Universitäten verboten wurde. Erst letztes Jahr sind die Rechte der Gewerkschaften drastisch eingeschränkt worden. Mit der Gesetzesnovelle zum 'societies Act' soll die staatliche Kontrolle nun auch auf Interessenverbände, soziale und kulturelle Organisationen sowie Bürgerinitiativen ausgeweitet werden.

Organisationen werden zukünftig in drei Kategorien eingeteilt: die politischen Parteien, politische Verbände und nichtpolitische Vereinigungen. Letzteren wird ausdrücklich das Recht aberkannt, sich in irgendeiner Weise politisch zu äußern. Dies wird dabei definiert als Versuch, „die Politik und Arbeit der Regierung von Malaysia, oder der Regierungen der Bundesländer, oder jeglicher Gemeindeverwaltung oder staatlicher Einrichtung" zu beeinflußen. Sollte einer nicht-politischen Vereinigung jetzt eine Einmischung in die politischen Angelegenheiten nachgewiesen werden, so kann dies zu dem sofortigen Verbot dieser Organisation führen.

Für die tausende von Verbänden und Interessenvereinigungen im Land, Umweltschutzinitiativen, Berufsverbände, Jugendgruppen usw. bedeutet die Pflicht zur Klassifizierung die Wahl zwischen zwei Übeln. Denn was die Erklärung politischer Ziele in einem Land bedeutet, in dem mit Mitteln wie dem Gesetz zur inneren Sicherheit die politische Betätigung offen unterdrückt wird, macht der Führer einer der betroffenen Organisationen deutlich:

„Wenn wir uns als politischen Verband deklarieren, werden wir viele Mitglieder verlieren, für die dieses Thema bei dem gegenwärtigen politischen Klima im Land tabu ist. Lassen wir uns hingegen als nicht-politische Gesellschaft einteilen, so bedeutet dies, daß wir keine Positionen beziehen und keine Äußerungen machen dürfen, die als Beeinflussung der Regierungspolitik interpretiert werden kann. In diesem Fall können die meisten Organisatonen ihre Arbeit einstellen, denn in der einen oder anderen Weise beeinflussen wir sicher die Regierungspolitik."

Welche Verbraucherorganisation, die sich für eine bessere Lebensmittelkontrolle einsetzt, oder welche Umweltschutzinitiative, die sich gegen Abholzung wendet, versucht denn nicht, politischen Einfluß auszuüben, und sei es nur auf lokaler Ebene?

Darüberhinaus legt das neue Gesetz allen Organisationen weitere Restriktionen auf. So kann die Registrierungsbehörde eine Organisation aus dem Register streichen, ihre Funktionsträger der Ämter entheben, ihre Satzung verändern.

Gegen solche Entscheidungen der Registrierungsbehörde können in Zukunft keine gerichtlichen Entscheidungen



Nationalfeiertag in Kuala Lumpur – die Göttin der Gerechtigkeit

mehr beantragt werden. Ohne behördliche Erlaubnis ist auch die Mitgliedschaft in internationalen Zusammenschlüssen und die Verwendung von Geld aus ausländischen Quellen verboten.

Am Tag der Gesetzesverabschiedung [illegible] der Führer der Opposition im Parlament „den schwärzesten Tag in der Geschichte des Landes". Er fügte hinzu: „Diese Gesetzesnovelle führt Malaysia näher an eine institutionalisierte Diktatur, während die äußere Form einer parlamentarischen Demokratie gewahrt bleibt."

Alle drei großen Oppositionsparteien im Land, die Gewerkschaften, die Berufsverbände und die nationale Journalistenvereinigung haben die Gesetzesänderung scharf kritisiert. Der Generalsekretär des nationalen Gewerkschaftszusammenschlusses, V. David, erklärte, die Gesetzesnovelle würde die Demokratie unterminieren und die Freiheit des Individuums gefährden.

Die nationale Juristenvereinigung warnte in einer öffentlichen Erklärung davor, daß die Regierung eine Macht bekommen könne, die es ermögliche, einen Polizeistaat zu errichten. In der Erklärung heißt es weiter, „man dürfe nicht vergessen, daß es mehrere Wege gibt, eine Demokratie zu zerstören."

Auch 15 Verbände und Organisationen taten sich zusammen, um einen Protest an die Regierung zu richten. Sie forderten in einer öffentlichen Erklärung, daß sich auch weiterhin Organisationen, die nicht politische Parteien sind, zu Themen von öffentlichem Interesse äußern dürfen.

Ungeachtet aller Proteste wurde die Gesetzesänderung nach fünfstündiger Debatte im Parlament verabschiedet.

Dritte Welt Haus
Bielefeld

Sri Lanka

Gelingt den USA ein neuer Zugriff?

Nach Diego Garcia nun Sri Lanka?

[illegible] Es sieht aus wie ein gut eingefädeltes Schachspiel der [illegible] – der König ist nahezu schachmatt. Sri Lanka hat das Spiel verloren. Nur kann uns das kaum wundern, wenn ein Land der Dritten Welt sich eines [illegible] nicht erwehren kann. Wundern sollten wir uns aber und nicht nur das! Während in der westdeutschen Presse [illegible] Afghanistan und Polen, allenfalls Nicaragua und El Salvador als [illegible] par excellence [illegible] werden, sieht es so aus, als würde den USA ein neuer coup gelingen. Nur folgt in der Regel [illegible] Art von Landübernahme kein internationales Geschrei.

Es gibt zahlreiche Anzeichen, daß Sri Lanka den von Diego Garcia kommenden US-Marinesoldaten als neuer Stützpunkt im Indischen Ozean dienen soll. Damit würde die derzeitige UNP-Regierung den Prinzipien der Blockfreien auf das schärfste untreu werden.

Die Lage auf Diego Garcia

Einer der Gründe, obwohl bestimmt nicht der ausschlaggebende, weshalb die USA mit Sri Lanka liebäugeln, ist die [illegible] Lage auf Diego Garcia. Britische Soldaten und [illegible] über Drogenmißbrauch, Rassenkonflikte, Gewalt und [illegible] auf dem wichtigsten US-amerikanischen Militärstützpunkt im Indischen Ozean. Das Drogenproblem ist [illegible] geraten, an die Gesetze [illegible] jemand. Der Öffentlichkeit [illegible] keine Einzelheiten über [illegible] Situation [illegible]. Die Insel ist als Basis für die USA [illegible] Einsatz im Kolli[illegible]. Die USA benutzen Diego Garcia nach einem Abkommen mit den Briten aus dem Jahre 1976. Rund 1100 Einwohner wurden damals nach Mauritius umgesiedelt (Vgl. Diego Garcia, Drug Ridden by Barry Jones, in: [illegible], Vol. [illegible], No. 22, April 1, 1981, S. 9).

Ähnliche Probleme könnten auch auf Sri Lanka zukommen, wenn sich die bisherigen Informationen bewahrheiten. Nach Angaben der BBC im [illegible] Programm „Perhaps" vom 13.3.1981 hat die Regierung Sri Lankas die Erlaubnis gegeben, [illegible] aus [illegible] Häfen zu [illegible] Dies war [illegible], daß [illegible] seit Ende des Indo-Pakistanischen Krieges diese Erlaub-

[illegible] gegeben wurde. Schon Ende Februar, Anfang Mai „besuchten" zwei US-Marinezerstörer und kürzlich zwei australische Marine-Zerstörer den Hafen von Colombo. Auswirkungen dieses Besuches von US-Marinesoldaten konnten wir Frauen in den Tagen gleich am eigenen Leib [illegible]. Wir wurden [illegible] angemacht und bedroht, wie es uns in Sri Lanka bis dahin und später nicht wieder passiert ist.)

Die Rolle Sri Lankas für die amerikanische Strategie im Indischen Ozean

Die oppositionellen Parteien nehmen an, daß mit der Duldung [illegible] Kriegsschiffe in Trincomalee ein [illegible] Schritt in Hinsicht auf eine neue [illegible] Strategie getan ist. Anzeichen [illegible] sie auch in der Tatsache, daß bei der letzten Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten in Indien Sri Lanka dafür votierte, die Streitfrage Diego Garcia in der zu unterzeichnenden Resolution auszulassen. Dabei muß erwähnt werden, daß Sri Lanka den Vorsitz in dem Adhoc-Komitee der UN für den Indischen Ozean als „Zone des Friedens" hat. Schon [illegible] sich auch die indische Seite vor der Rolle, die die UNP-Regierung [illegible] einnehmen wird. Nach einer Mitteilung der New Delhi „Weekly [illegible]" vom 14. März 1981 [illegible] daß die USA mehr und mehr [illegible] Einheiten [illegible], die im Falle einer Bedrohung der US-Interessen diese rasch verteidigen können. Im Klartext heißt das, daß die

USA glauben, ein natürliches Recht auf das Öl der Länder in dieser Region zu haben, und dieses Recht muß dann auch – egal wie – geschützt werden. Die letzten Meldungen aus Washington zeigen, daß die „Rapid Deployment Force" unter einem besonderen militärischen Kommando im Indischen Ozean stehen wird. Die ersten Kontingente sind bereits in Oman eingetroffen.

Werden gesucht: 2000 Prostituierte für Marinesoldaten

Obgleich die Regierung bisher geleugnet hat, einem US-Marinestützpunkt in der Hafenstadt Trincomalee zugestimmt zu haben, trifft sie dennoch alle Vorbereitungen für die „Rest and Recreation"-Möglichkeiten.

Dabei sei an die Folgen erinnert, die solche „Rest and Recreation"-Möglichkeiten während des Vietnam-Krieges in Bangkok und Hongkong verursacht haben. Trincomalee ist heute noch eine eher ruhige, intakte Hafenstadt mit schönen sauberen Stränden, wenn auch hier der Tourismus seine Spuren hinterlassen hat, so haben sich damit bis jetzt [illegible] noch keine fatalen, einschneidenden Veränderungen für die Bevölkerung ergeben, bis auf zeitweilige [illegible] und ganz abgesehen, wenn einige Schiffe ihr Öl ablassen oder ähnliches. In Sachen Öl wird es denn auch in Zukunft weitergehen! In absehbarer Zeit wollen amerikanische Ölkompanien eine große Raffinerie errichten. Ein [illegible] Sinn ist nicht schwer zu erraten. Ein Geschäft also, eines, das der US-Marine und -Luftwaffe dienen wird, von dort aus diese mit Öl zu versorgen, um alle [illegible] Regionen zu erreichen. [illegible] wird zunächst die Anfangs[illegible] von Nachbarstaaten wie Saudi-Arabien durchgeführt.

Die 7. Flotte, momentan im Indischen Ozean, legte am 4. Mai in Sri Lanka an und die USA haben die Regierung gebeten, für entsprechende „Rest and Re-

creation"-Möglichkeiten für die 2500 Matrosen, die in der Stadt waren, zu sorgen. Als Ort dieses ersten Aufenthaltes wählte man Colombo, für spätere Fälle ist jedoch nicht klar, ob Colombo oder Trinco vorgesehen ist. Klar ist jedoch, was das für die Frauen bedeutet, die schon beim letzten Mal vor zwei Monaten einen „Vorgeschmack bekommen konnten", was es heißt, wenn 2500 „sexhungrige" Marinesoldaten in eine Stadt einfallen.

Die wirtschaftliche Situation Sri Lankas heute

Die akute Finanzkrise des Landes hat die United National Party-Regierung wohl veranlaßt, den verlockenden Versprechungen Reagans Gehör zu schenken, als Gegenwert für die „Rest and Recreation"-Möglichkeiten der US-Mariners könnte Sri Lanka auf die gleiche „Hilfe" hoffen wie Ägypten, Kenia, Somalia und Oman, nämlich mit dem Ausbau der Häfen im Wert von 500 Millionen Dollar.

In der Tat hat die Partei an der Regierung unter Präsident J. R. Jayawardene und einflußreiche Berater des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der im internationalen Hilfskonsortium zusammengeschlossenen Industrieländer das Land Sri Lanka in den letzten Jahren in eine verheerende wirtschaftliche Situation hineinmanövriert. Die Inflationsrate ist in den ersten Monaten dieses Jahres bei 40% gewesen. Gleichzeitig sind die Löhne gleich geblieben. Die Arbeitslosigkeit beträgt 800000 für eine Bevölkerung von insgesamt 14 Millionen Menschen. Defizite der Handelsbilanz und des Staatshaushaltes im letzten Jahre werden dieses Jahr weiter steigen.

Der Staat muß sich weiter verschulden

Heute weigern sich der IWF und andere internationale Organisationen, der srilankaischen Regierung weitere Unterstützung in Form von Investitionskrediten und -zuschüssen zu leisten, solange diese den Willen zu einer Sanierung der wirtschaftlichen Situation nicht zeigt. Schon Mitte letzten Jahres zeigten IWF-Berater ihre Verärgerung gegenüber der ausgabenfreudigen Politik der Regierung Sri Lankas. Sie suspendierten die in Höhe von 350 Millionen Dollar vorgesehenen Kredite, um die Regierung zu einer Kürzung ihres Investitionsprogramms zu zwingen. Diese hat es auch getan, und zwar sollen 25% der für 1981 geplanten Investitionen ausfallen. Die Regierung hat sich jedoch bei dieser Entscheidung keineswegs von der weiteren Durchführung der drei Mammut-Projekte distanziert, die in den letzten Jahren unternommen worden sind (Siehe Blätter des iz3w, Nr. 90, S. 6). Ihre Realisierung soll sich nur auf eine längere Periode hinstrecken. Die Projektkosten werden in dieser Zeit allerdings um so mehr steigen. Sie sind aber eine der Hauptursachen der immens gestiegenen Staatsausgaben in den letzten Jahren gewesen.

Das Mahaweli-Projekt, das den Mahaweli-Fluß zur Stromerzeugung und Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen nützen soll, sollte gemäß Schätzungen von 1978 rund 8 Milliarden Rupees (ca. 1 Milliarde DM) kosten, wird mittlerweile auf rund 25 Milliarden Rupees veranschlagt. Zur Durchführung dieses Projektes erhielt Sri Lanka Unterstützung vom IWF und der Weltbank unter der Bedingung, daß es mindestens 30 bis 40% der Kosten selbst aufbringt. So zögerte die Regierung nicht und gab das Subventionswesen für Nahrungsmittel und Transport auf. Die Nahrungsmittelsubventionen haben allein 3 Milliarden Rupees (450 Millionen DM) unter der Regierung von Frau Bandaranaike ausgemacht!

Heute kann die Regierung nicht mehr auf den Sozialetat zurückgreifen, um ihr Investitionsprogramm zu finanzieren. Von höheren Steuereinnahmen kann sie nur träumen, da kaum neue Einkommen seit ihrer Amtszeit geschaffen worden sind, die besteuert werden könnten. Die einzige Möglichkeit ist, Kredite auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen, wofür Zinssätze bis zu 15% gezahlt werden müssen. Noch steckt Sri Lanka nicht in größeren Verschuldungsproblemen: Über ein Drittel der in den drei Jahren bis Juni 1980 insgesamt zugeflossenen ausländischen Mitteln von umgerechnet rund 2,3 Milliarden DM besteht aus reinen Zuschüssen. Der Schuldendienst macht deshalb gegenwärtig 10% der Deviseneinkünfte aus dem Export aus (NZZ, 9. Januar 1981). Eine massive Verschuldung wird aber nicht lange auf sich warten lassen.

Infrastrukturen für ausländische Investoren sollen weiter gefördert werden

Die Finanzkrise streckt sich auf den Außenhandel aus. Im Jahre 1980 soll nach Schätzungen ein Defizit der Handelsbilanz von 2 Milliarden DM entstanden sein. Für dies Jahr wird mit einem Defizit von 3 bis 4 Milliarden DM gerechnet. Dieses Defizit ist auf die enorme Steigerung der Importe im Zuge der Liberalisierung der Zollbestimmungen und der Niederlassung von ausländischen Investoren zurückzuführen, die jedoch von keinem gleichen Anstieg der Exporte begleitet wurde. Die drei Hauptexportprodukte Tee, Kokosnüsse und Kautschuk sind in den letzten Jahren starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt unterworfen worden und haben eine harte Konkurrenz mit dem Angebot anderer Länder erfahren (Siehe Tabelle).

Luxusgüter wie elektrische Haushaltsgeräte, Radios, Fernsehgeräte, Autos, Mineralstoffe und Maschinen für die Freihandelszone sowie Grundnahrungsmittel machen den Hauptanteil der Importe aus (Siehe Tabelle).

So stiegen die Importe von Kraftfahrzeugen seit der Lockerung der Einfuhrpolitik kräftig. Die Einfuhr an Kfz und -Teilen belief sich 1976 auf 183 Millionen Rupees und erhöhte sich auf 2586 Millionen im Jahre 1979, womit sie rund 12% des Gesamtimports erreichte. Nach Berechnungen der Central Bank of Ceylon sind die Ausgaben für den Privattransport von 26342 Millionen Rupees im Jahre 1977 auf 40461 Millionen

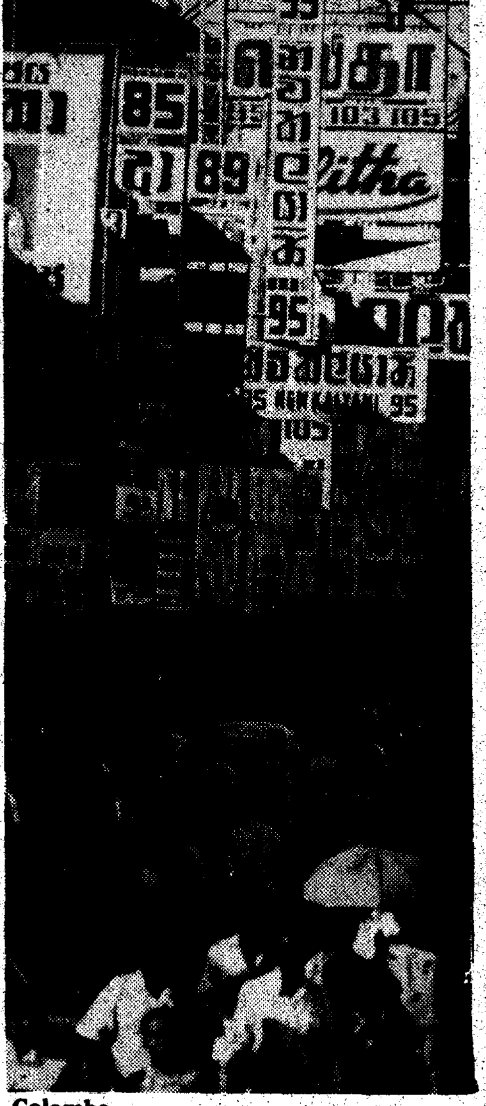
Ausgewählte Einfuhrprodukte
(in Mio. SLR)

Produktgruppe	Januar—September 1977	1978	1979
Einfuhr insgesamt	4 553	10 610	16 939
davon:			
Erdöl	1 025	1 837	3 066
Getreide	820	650	876
Mehl	797	1 811	1 436
Zucker	144	446	659
Baumwolle	284	499	628
Düngemittel	11	149	482
Pharmazeutika	49	108	187
Kesselanlagen, Maschinen, Geräte	227	870	1 549
Eisen, Stahl	137	392	902
Kfz/-teile	171	1 047	1 535

Quelle: Dept. of Commerce

Export nach Warengruppen
(Wert in Mio. SLR; Anteil am Gesamtexport in %)

Warengruppe	1978 Wert	Anteil	1979 Januar—Juni Wert	Anteil
Traditionelle Agrarprodukte	4 552	73,6	4 208	62,6
Tee	3 036	49,1	2 751	40,9
Kautschuk	1 150	18,6	1 019	15,2
Kokosnüsse	365	5,9	438	6,5
Nicht-traditionelle Waren	1 296	20,9	1 962	29,3
Edelsteine	184	3,0	225	3,4
Kokosnebenprodukte	145	2,3	127	2,6
Sonstige Agrarprodukte	327	5,3	415	6,2
Waren d. verarb. Ind.	517	8,3	972	14,5
Meereserzeugnisse	122	2,0	174	2,6
Sonstiges	337	5,5	548	8,2


Colombo

1979 gestiegen (BfAI / Nachrichten für den Außenhandel, 27. 3. 81).

Gleichzeitig macht die Rechnung für Erdöl heute 30% der gesamten Importe aus und stellt damit den größten Importposten dar. Darüberhinaus werden allerlei Maschinen für den Aufbau der Freihandelszone eingeführt.

Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen und andere Körner stellen 10% der Gesamteinfuhren dar. Sie sind anteilmäßig zurückgegangen. Wie eine deutsche Wirtschaftszeitung lapidar erklärt: „Die Einfuhr an Reis und Mehl konnte infolge der Kürzungen beim Subventionsprogramm verringert werden, obwohl die cif-Preise (Preise für Transportkosten) stiegen." (BfAI / Nachrichten für den Außenhandel, 17. 4. 80).

Um die Importrechnung zu reduzieren, hat die Regierung eine Zollerhöhung auf gewisse elektrische Geräte für den privaten Gebrauch vor, die bei der seit Monaten andauernden Energiekrise wahrscheinlich sowieso keinen großen Absatz gefunden hätten. Weiterhin sollen Produkte höher verzollt werden, die auch im Lande hergestellt werden. An den Einfuhren von Maschinen und Baumaterial, insbesondere Zement, sollen dagegen keine Restriktionen vorgenommen werden. Sie dienen der Fertigstellung von Infrastrukturen für ausländische Investoren in der Freihandelszone, wofür Finanzminister Ronnie de Mel bei seiner „sieben-Länder-Tour" anfang dieses Jahres eifrig geworben hat. Besonders stolz in Colombo sind die Herren des Investitionsbüros der Freihandelszone, daß es kürzlich gelang, den US-Konzern Motorola zum Bau eines Halbleiterwerkes zu gewinnen. 2600 Arbeitnehmer sollen in diesem Werk beschäftigt werden. Sie hoffen, daß von dem Engagement eines US-Konzerns eine Signalwirkung ausgeht (Handelsblatt, s. 8).

Auf die Suche nach Geldern

Finanzminister Ronnie de Mel sprach unter anderem in Bonn vor, in der Erwartung, eine Finanzhilfe zu bekommen. Doch die Bonner Finanzexperten sind angesichts ihrer eigenen Probleme nicht mehr gewillt, ihr Budget weiter zu belasten (Bonn hatte bis zu 400 Millionen DM Hilfe für das Randenigala-Projekt – Staudamm innerhalb des Mahaweli-Bewässerungsprojekts – bewilligt. Der Investitionsförderungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Sri Lanka bleibt ferner bestehen) (Handelsblatt, 17.3.81).

Eine Möglichkeit hatte Minister de Mel noch in Aussicht, und zwar Anleihen bei ausländischen Banken. Doch auch dies scheiterte in London offensichtlich an der Politik des IWF; einmal dort in „Ungnade" gefallen, hat ein Land, in diesem Fall Sri Lanka, viel an Kreditwürdigkeit verloren.

Nicht alles sah so triste aus auf seiner mehrwöchigen Reise durch Europa. Beim Entwicklungsfonds der OPEC in Wien zu Gast, konnte er sich 20 Millionen DM als Zahlungsbilanzhilfe zusichern lassen. Außerdem unterstützt der OPEC-Fonds die Insel auch bei der Modernisierung der Teeplantagen (Handelsblatt, 17. 3. 81). Im Hinblick auf ein Investitionsseminar in Zürich, woran Ronnie de Mel teilnahm, wurden die Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen zwischen Sri Lanka und der Schweiz intensiviert und kurz davor erfolgreich abgeschlossen. Zu diesem Schutz der Schweizer Investoren in Sri Lanka gehört unter anderem das Prinzip des freien Transfers der Erlöse und der Entschädigung im Falle einer Verstaatlichung, die sofort aus dem Land ausgeführt werden kann (NZZ, 24. 1. 81).



Trotz riesigen Fischreichtums muß Sri Lanka, das ehemalig britische Ceylon, Fisch einführen. Es fehlen Fangschiffe, da sie zu teuer sind. So bleibt den meisten Singalesen nur das Strand-Fischen

Auch zeigt sich der amerikanische Präsident verständnisvoll für die Situation Sri Lankas. Laut SUN vom 25. 3. 81 hat Reagan einen Zuschuß von 51 Millionen US-Dollar für das Jahr 1982 bewilligt. Voraussetzung zur Zustimmung war allerdings das Versprechen der UNP-Regierung, Sri Lanka auf dem eingeschlagenen „demokratischen" Kurs zu halten und als ein Modell für andere Entwicklungsländer zu dienen. So hieß es in einem offiziellen Dokument in Washington, daß Sri Lanka ein wichtiges und gemäßigtes Mitglied der Blockfreien ist und von daher gute Beziehungen hergestellt und beibehalten werden müssen. Wörtlich heißt es weiter: „We appreciate the recent agreement it (Sri Lanka, Verf.) negotiated with us permitting the expansion of USA facilities ..." „We welcome its willingness to receive foreign naval vessels in its ports." („Referendum – Before R/R. in: Tribune, Vol 25, No. 38, 11. 3. 1981, S. 2). Na, wer sagts denn? Interessant ist auch die Tatsache, daß Washington dem Hilfsprogramm für Sri Lanka just zu dem Zeitpunkt zustimmte, als insgesamt die Ausgaben für „Auslandshilfen" gekürzt wurden. Die Intention ist nur zu offensichtlich, es wird von seiten der USA zugegeben, daß nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan Unruhe im Iran und der Anwachsenden Präsenz der Sowjetunion im Indischen Ozean tiefere Beziehungen zu den Ländern Südasiens geknüpft werden müssen.

Ruth Neuwirth

Wer Informationen über die politische Bewegung in Sri Lanka haben will oder die Arbeit linker Organisationen unterstützen will, wende sich an: „Movement for the Defence of Democratic Rights", 167 Castle Street, Colombo 8, Sri Lanka.

BRD

Schmidts dubiose Spende

Pressemitteilung der Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes

Die Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes e.V. fordert Bundeskanzler Helmut Schmidt auf, Stellung zu nehmen zu Rundfunkmeldungen, wonach er die Geschmacklosigkeit begangen hat, in Washington dem Vertreter des US-amerikanischen Truppenbetreuungsorganisation, Bob Hope, 900.000,– DM zu schenken.

Bob HOpe hat als Militär-Clown amerikanische Soldaten erheitert, als sie in Vietnam ein korruptes Regime brutal gegen das Volk unterstützten. Die Bundesregierung hat sich seinerzeit vornehm zurückgehalten und letztlich stillschweigend das amerikanische Vorgehen gebilligt.

Soll jetzt Bob Hope mit der Spende des Kanzlers – mit deutschen Steuergeldern also – nach Salvador reisen können, um dort US-amerikanische Militärberater mit dümmlichen Witzen aufzumuntern, wenn sie die Schergen eines Unterdrükkungsregimes im Erschießen von Befreiungskämpfern, im Vertreiben von Bauern im Mord am Volke unterweisen? Soll die Spende signalisieren, daß die Bundesrepublik den USA das Recht zubilligt, in Mittelamerika militärisch abgesicherte Hinterhofpolitik zu betreiben? Hat der Kanzler gar Interessengleichheit zwischen USA und Bundesrepublik in macht- und militärpolitischen Fragen suggerieren wollen?

Deutsche Entwicklungshelfer im Salvador benachbarten Nicaragua hätten sagen können, wie 900.000,– DM dort sinnvoll für den Wiederaufbau eines Landes verwendet werden können, das von den USA massiv in seiner Entwicklung behindert wurde und wird. Daß der Bundeskanzler sie nicht fragt, können wir verstehen, denn er hat sicher kompetentere Berater. Aber haben die ihm nicht vorrechnen können, daß man mit diesem Geld mindestens zwanzig Gesundheitsstationen in einem Land der Dritten Welt bauen könnte? Daß sich damit der Hungertod von Tausenden von Flüchtlingen z.B. in Somalia und Uganda oder in Südostasien verhindern ließe? Oder hat den Kanzler all dies nicht interessiert?

Bei der amerikanischen Führungsmacht sind friedenstiftende Maßnahmen weniger populär als kriegsfördernde Investitionen in Irrsinnausmaße annehmende Raketenrüstungen. Mit seinem Gastgeschenk hat der Kanzler auf makabre Weise Sympathie für diese Haltung bezeugt. Es muß ihm entgangen sein, daß er damit die Bundesrepublik eher als unterwürfigen Vasallen denn als selbständigen Bündnispartner darstellt, der aus eigener Interessensicht sowohl in der Militärpolitik als auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern eine andere Position einnehmen und vertreten muß als die USA dies tun.

So lange der Bundeskanzler hierzu keine befriedigende Erklärung abgibt, müssen wir von widerlicher Geschmacklosigkeit sprechen.

Der Vereinigung gehören ehemalige und aktive Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes an.

Frericastr. 11 1000 Berlin-West 19
c/oJennerjahn

Zeitschriften-Übersicht

FORUM 42 **(Juni 81)**
Diskussion: Kaffee-Aktion zu El Salvador, Guatemala-Kaffee der GEPA, Lebensstil ● *Magazin:* Ökologie contra Sozialismus, Kolumbien, Indio-Organisation MITKA im Kreuzfeuer ● *Koordination:* Pharma-Brief, Frauen in der Dritten Welt, Kampuchea. Zeitschriften, Buchneuerscheinungen, Rezensionen, Kleinanzeigen.
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1. Monatlich 3,– DM, Abo 36,– / 50,– DM

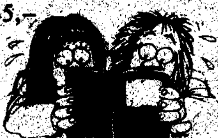
NICARAGUA AKTUELL 12 **(10. Juni 81)**
Militärische Aggression gegen Nicaragua ● Somoza-Söldner in den USA ● Interview mit Philipp Age ● Auch Costa Rica braucht seine Revolution ● 20 Jahre Aggression gegen Cuba ● Solidaritätsarbeit ● Buch- und Filmbesprechungen ● Kurzmeldungen ● Zeitschriften
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1. Monatlich 2,– DM, Abo 12,– / 20,– DM

---

ila-info Nr. 46 **(Juni 1981)**
Haiti: Ein Volk befreit sich und kann sich doch nicht erheben ● Belize, ein Land am Rande der Welt ● Argentinien: Zwei bittere Anklagen ● VW do Brasil: Weitere 5000 Entlassungen zu erwarten ● Chile: Kann das noch lange so weitergehen? ● Mexiko: Seine verschiedenen Gesichter ● Ländernachrichten: Berichte und aktuelle Ereignisse der letzten Zeit zu: Bolivien, El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Peru ● Berichte aus der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Einzelpreis 2,50 DM

Paraguay-Rundbrief Nr. 30 **(Juni 1981)**
Umsiedlung der Randbevölkerung von Asunción ● Presse-Echo: Schadensersatzansprüche von Campesinos sind nicht durchzusetzen ○ Treuhandgesellschaft Transatlantica Alemana SRL weiht eine neue Estancia ein ○ Die kritische Situation der Toba-Maskoy wird angeprangert ● Zur Situation der Frauen in Paraguay (Schwerpunktthema der Nr. 30) ● wer kann was — Veranstaltungen
Bezug: Inge Gräfe, Sandbergstraße 45, 6100 Darmstadt.
Erscheint zweimonatlich, Einzelpreis 2,50 incl. Portokosten, Abo-Preis (6 Hefte im Jahr): 15,– DM, Förderabo: 25,– DM, zahlbar auf Konto: Inge Gräfe, Sonderkonto, BLZ 500 100 60 Postscheckamt 6000 Frankfurt, Kto.-Nr. 3888 49-602

Lateinamerika-Nachrichten 94 **(Juni 1981)**
Brasilien: Rechtsputsch ● Chile: 1. Mai und Bergarbeiterstreik ○ Laura Allende ● Argentinien: Grenzkonflikt ○ Atomare Zusammenarbeit mit Peru ● Bolivien: Militärs in Schwierigkeiten ● Guayana: Grenzkonflikt ● Guatemala: Guerilla-Kommuniqué ○ Argentinische Militärberater ● Mexiko: Außenpolitik
Bezug: Lateinamerika-Nachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel.: 030 / 313 50 65.
Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über: CON Medien- und Vertriebsgesellschaft, Postfach 10 65 45, Westerdeich 38, 2800 Bremen.
Solidaritätspreis DM 3,–, Abo DM 35,–



ERNÄHRUNG

WHO-Kodex gegen Milchkonzerne

„GIB DEINEM KIND DIE BRUST" anstatt „LAKTOGEN GIBT DEM BABY KRAFT"

Mindestens seit 1974 befaßt sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf ihren Vollversammlungen regelmäßig mit dem Rückgang der Brustnahrung in der Dritten Welt und dem Verhalten der Milchpulverhersteller und ihren aggressiven Werbemethoden. Dieses Jahr nun wurde mit 118 gegen eine Stimme (USA) bei drei Enthaltungen (Argentinien, Süd-Korea, Japan) eine Resolution der WHO angenommen, die einen Kodex enthält, der den Herstellern von Säuglingsnahrung bei der Vermarktung Beschränkungen auferlegen soll.

„Nestlé tötet Babys"

Seit mehr als 10 Jahren weisen Kinderärzte, Fachleute aus der Dritten Welt darauf hin, daß künstliche Babynahrung, das meist von Multis wie Nestlé verkaufte Milchpulver, verantwortlich ist für die erhöhte Säuglingssterblichkeit in den Entwicklungsländern. Dieses an die Weltöffentlichkeit gebracht zu haben, ist das Verdienst der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern, die 1974 die Broschüre „The Babykiller" übersetzt und unter dem provozierenden Titel veröffentlicht hat: „Nestlé tötet Babys". Nestlé verklagte daraufhin die Mitglieder der Arbeitsgruppe wegen Ehrverletzung. Im Prozeß 1976 zog der Konzern allerdings die wichtigsten Anklagepunkte gegen die Arbeitsgruppe wieder zurück; das vorgelegte Beweismaterial war für den Konzern so belastend, daß dieser einen Freispruch der Arbeitsgruppe befürchtete. So darf weiterhin behauptet werden: 1. Die Tätigkeit Nestlés und anderer Konzerne ist unethisch und unmoralisch. 2. Nestlé ist durch seine Verkaufspraktiken für den Tod und die bleibende Schädigung tausender Kinder verantwortlich. 3. Die Verkäuferinnen von Kindernahrung werden in den Entwicklungsländern als Krankenschwestern getarnt. Als unzulässig wurde vom Gericht lediglich angesehen, diese Zusammenhänge durch die Formel „Nestlé tötet Babys" auf den Begriff zu bringen.

Die künstliche Säuglingsnahrung hat schon tausenden, wenn nicht millionen Kindern das Leben gekostet oder sie krank gemacht. Mehrere Faktoren spielen hierbei eine Rolle: 1. Die meisten Familien haben zu wenig Geld, um genügend Milchpulver zu kaufen. So verschlingt z.B. die Babynahrung für ein 6 Monate altes Baby in Ibadan (Nigeria) 47 % des Minimallohns. Die Folge ist, daß die Mütter die Milch zu sehr verdünnen und das Kind an schwerer Unterernährung leidet. Diese wiederum macht es sehr anfällig für Magen-Darm-Erkrankungen. 2. Die hygienischen Voraussetzungen, die für die Zubereitung der Flaschennahrung nötig sind (Sterilisieren von Flasche und Sauger) sind bei den meisten Familien nicht gegeben. 3. Vorteile der Brusternährung können nicht genutzt werden: Schutz gegen Infektionen, reicher Gehalt an Nährstoffen, Senkung der Empfängnisfähigkeit.

Die Muttermilch ist eindeutig die angepassteste und beste Ernährung für jeden Säugling. Die Konzerne schaffen es durch ihre aggressive Werbung, viele Mütter in den Entwicklungsländern vom Stillen abzubringen, um ihnen ihre Produkte verkaufen zu können. Den Frauen wird vermittelt, die künstliche Milch gäbe ihren Kindern Kraft und Gesundheit. Die Saugflasche wird zum Symbol des Fortschritts. Die Werbekampagnen bedienen sich des Radios und erreichen so auch die Unterschicht. „Milchschwestern", d.h. von Nestlé gekaufte Krankenschwestern, überreden die Mütter zur Flaschennahrung, verteilen Gratisproben, anstatt sie zum Stillen zu ermutigen.

Obwohl diese Werbemethoden der Multis schon lange angeprangert werden und einige nationale Regierungen den Milchpulverherstellern bereits Beschränkungen auferlegt haben (z.B. Guinea-Bissau: Rezeptpflicht für Milchpulver und Saugflaschen, Niger: Verbot der Werbung für Flaschenernährung in Mutter-Kind-Zentren), behalten die Multis ihre aggressiven Werbemethoden weitgehend bei. Nach den ersten Angriffen führte ICIFI (International Council of Infant Food Industry), der Dachverband der Milchpulverhersteller, einen freiwilligen Kodex ein, in dem sich die Firmen zu einer maßvolleren Werbung verpflichteten. Dessen Hauptfunktion lag allerdings – wie sich bald herausstellte – darin, Sand in die Augen der Öffentlichkeit zu streuen. IBFAN (International Babyfood Network), ein Zusammenschluß von 48 Aktionsgruppen in 35 Ländern zum Thema künstliche Säuglingsnahrung, registrierte seit Oktober 1979, als eine Konferenz von WHO und UNICEF erste Richtlinien zur Vermarktung von Brustmilchersatznahrung aufstellte, über 1000 Verstöße. Zwei Beispiele:

Indonesien: Nestlévertreter besuchen Krankenhäuser und hinterlassen Gratisproben von Eledon, Lactogen und Dancow



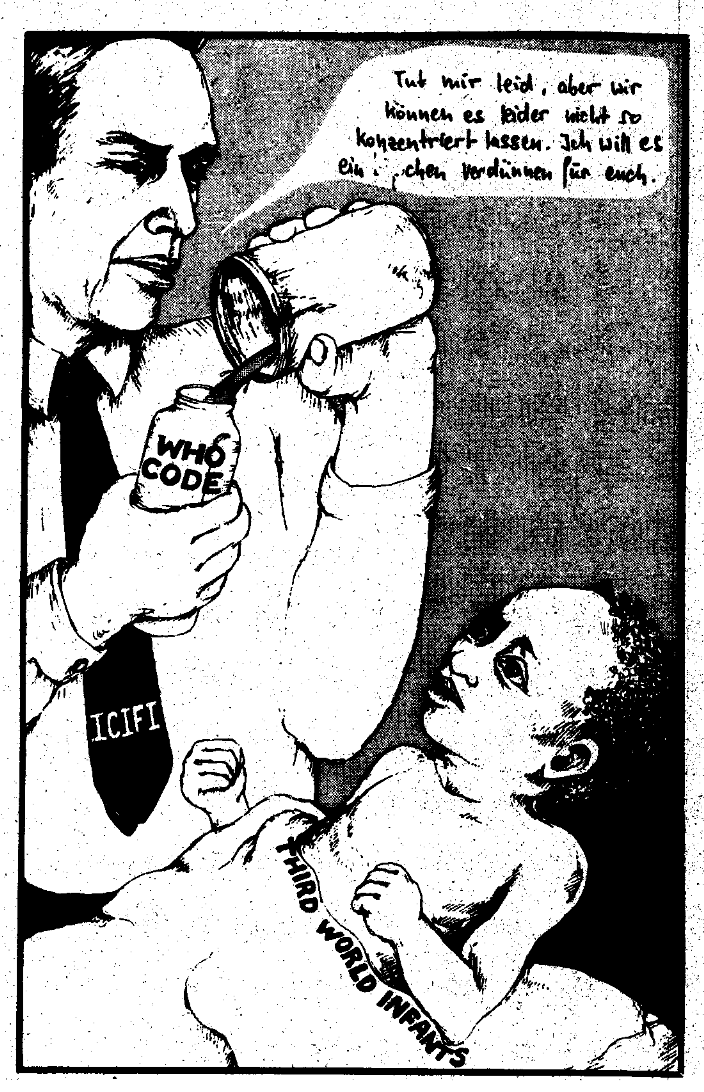
„Wirklich schade, daß die nicht lange genug leben, um unseren „Sofort-Kaffee" genießen zu können!"

zur Verteilung an die Mütter (Mai 1980).
Malaysia: Nestlé inseriert für Milchschwestern, die Kontakt zu Ärzten und Krankenschwestern aufnehmen sollen (Juni 1980).

Der jetzt verabschiedete WHO-Kodex: Das Ende der Marktwirtschaft oder ein kleiner Schritt nach vorn für tausende von Babys.

Der WHO-Kodex enthält folgende Empfehlungen:
- direkte Verbraucherwerbung für Säuglingsnahrung und Verteilung von Gratisproben soll verboten werden,
- auf jeder Packung soll ein Aufdruck auf die Überlegenheit von Muttermilch und auf Gesundheitsrisiken hinweisen, die durch unsachgemäße Zubereitung der künstlichen Nahrung entstehen können,
- die Herstellerfirmen sollen davon absehen, Personalrabatte und Umsatzprovisionen für den Verkauf von Säuglingsnahrung zu gewähren,
- keine Werbung mit Babybildern auf den Verpackungen,
- Schulungsmaterial für Ärzte, Hebammen und Krankenschwestern soll nicht die Markenbezeichnung bestimmter Firmen tragen.

Aufgrund des Marktrückgangs für Babymilchprodukte in den Industrieländern, deren Ursache im Sinken der Geburtenrate, aber auch in einer Einstellungsänderung zum Stillen zu suchen ist, haben die Multis großes Interesse, ihren Markt in den Entwicklungsländern auszuweiten. So ist es nicht verwunderlich, daß die im ICIFI zusammengeschlossenen Milchpulverhersteller versuchten, starken Einfluß auf die Formulierung des im Mai 1981 verabschiedeten Kodex zu nehmen. Ein Vertreter von ICIFI erklärte



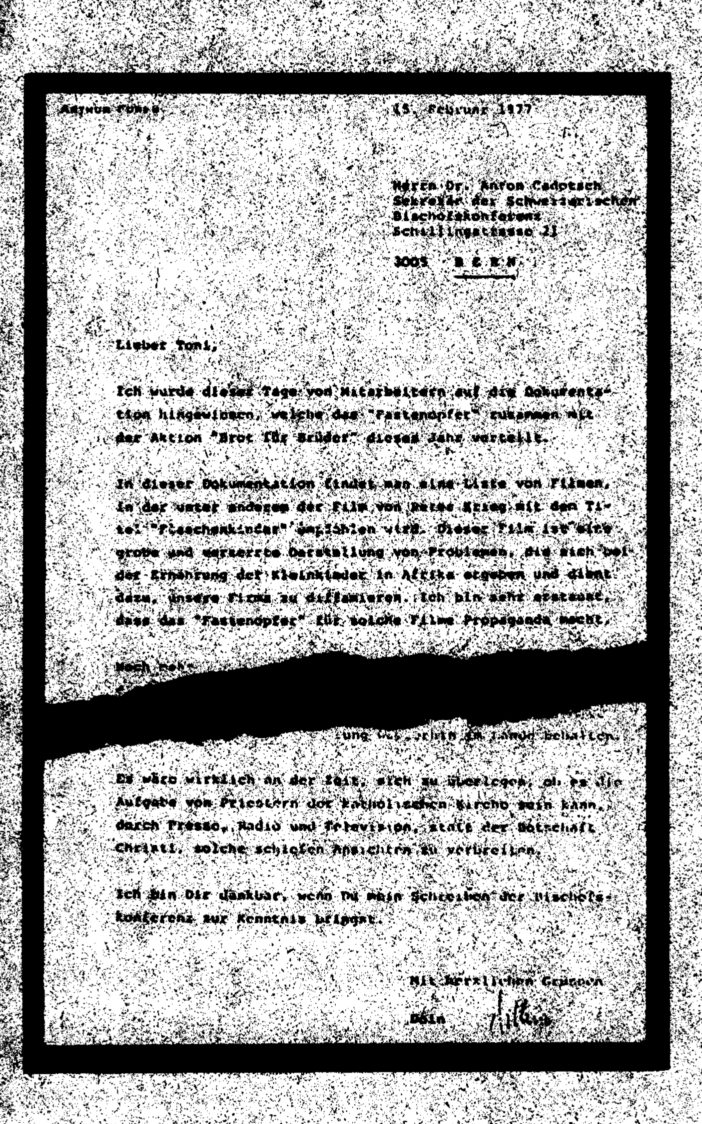
am 26.1.1981 dem WHO Executive Board gegenüber: „Die Weltindustrie findet den gegenwärtigen Kodex unannehmbar", „höchst restriktiv", „irrelevant und undurchführbar". Die Vorschriften beeinträchtigen die Geschäftstätigkeit, meinten die Firmen. Auch nicht mehr als die Beschränkungen für Werbung und Vertrieb von gefährlichen Drogen, Zigaretten und Pornographie, konterte ein UNO-Beamter.

So kam wohl auf Druck der Multis, die versuchten, den Kodex möglichst zu verwässern, nur eine Empfehlung zustande statt einer bindenden Resolution. Wichtig war dem Generaldirektor der WHO, daß der Beschluß möglichst einstimmig gefaßt werde, denn nur dann könne von einer hohen moralischen Wirkung des Kodex ausgegangen werden. Einstimmigkeit konnte nur erwartet werden, wenn die Maßnahmen empfehlenden und keinen bindenden Charakter hätten. Mehrere Regierungen, vor allem der Industrieländer, lehnten jede Verbindlichkeit ab, weil sie angeblich den Gesetzen widerspräche, die die Gewerbefreiheit garantierten. Die USA gar stimmten gegen die Empfehlung mit der Begründung, sie sei marktwirtschaftswidrig, worauf zwei hohe US-Gesundheitsbeamte aus Protest und „Scham über die Regierung" die Ämter niederlegten. Die EG-Vertreter bejahten den Kodex mit dem Vorbehalt, daß bei seiner Anwendung die sozialen, verfassungsrechtlichen und juristischen Gegebenheiten der einzelnen Länder berücksichtigt werden. Im Klartext: Die Regierungen der Industrieländer befürworten einen möglichst schwammigen Text, „der soviele Löcher hat, daß man eine Rinderherde hindurchtreiben könnte" wie eine Delegierte aus West-Samoa meinte.

Der eigentliche Hebel: Erlasse der Regierungen

Der Kodex ist nicht internationales Recht, soll aber als Modell für nationale Regelungen dienen. Es kommt jetzt darauf an, seine Empfehlungen in der nationalen Gesetzgebung umzusetzen mit effektiven Durchführungsbestimmungen und strengen Kontrollen. Das ist der eigentliche Wert des Kodex. Die Angst vor einer solchen gesetzlichen Verankerung des Kodex war ein wesentlicher Grund für den Widerstand der Multis. Immerhin geht es um ein Geschäft in der Höhe von einer Milliarde Dollar in den Entwicklungsländern.

Immer mehr Regierungen verfügen jetzt Maßnahmen: In Algerien und in Papua Neuguinea sind jegliche Anzeigen für Babymilchpulver verboten, Saugflasche und Sauger gibt es nur auf Rezept. Peru verlangt den Hinweis, daß Muttermilch die ideale Ernährung für Kleinkinder ist. Sri Lanka und Jamaica haben die Werbung verboten. Indien, Malaysia, Thailand und Kuba warnen in von der Regierung durchgeführten Informationskampagnen vor dem Gebrauch der Trockenmilch.
Brasilien wurde vor kurzem aufgeschreckt von einer wissenschaftlichen Studie, die 191 Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen untersuchte. 32 % der Kinder, die mit der Flasche ernährt wurden, waren unterernährt gegenüber 9 % der gestillten Kinder. 23 % der Flaschenkinder mußten wegen Erkrankungen, hauptsächlich wegen Durchfall, ins Krankenhaus eingeliefert werden; bei den gestillten Kindern kam das gar nicht vor. Gleichzeitig zeigt die Studie auf, daß in dieser Gegend besonders stark für künstliche Milch geworben wurde und daß die Mütter so gut wie nicht auf das Stillen aufmerksam gemacht wurden. Die brasilianischen Behörden reagierten auf diese Erkenntnisse mit einer breit angelegten Werbekampagne für das Stillen. So wirbt in Radio und Fernsehen ein großes Aufgebot von Stars für das Stillen. Die Rechnungen für Gas, Licht und Strom sowie die Lotteriescheine tragen den Slogan „Stille Dein Kind". Die Frage ist allerdings, was das nützt, wenn gleichzeitig im



Arthur Fürer 15. Februar 1977

Herrn Dr. Anton Cadotsch
Sekretär der Schweizerischen
Bischofskonferenz
Schillingstrasse 21

3005 B E R N

Lieber Toni,

Ich wurde dieser Tage von Mitarbeitern auf die Dokumentation hingewiesen, welche das "Fastenopfer" zusammen mit der Aktion "Brot für Brüder" dieses Jahr verteilt.

In dieser Dokumentation findet man eine Liste von Filmen, in der unter anderem der Film von Peter Krieg mit dem Titel "Flaschenkinder" empfohlen wird. Dieser Film ist eine grobe und verzerrte Darstellung von Problemen, die sich bei der Ernährung der Kleinkinder in Afrika ergeben und dient dazu, unsere Firma zu diffamieren. Ich bin sehr erstaunt, dass das "Fastenopfer" für solche Filme Propaganda macht.

Noch meh[illegible]

[illegible] ung [illegible] im Lande behalten.

Es wäre wirklich an der Zeit, sich zu überlegen, ob es die Aufgabe von Priestern der katholischen Kirche sein kann, durch Presse, Radio und Television, statt der Botschaft Christi, solche schiefen Ansichten zu verbreiten.

Ich bin Dir dankbar, wenn Du mein Schreiben der Bischofskonferenz zur Kenntnis bringst.

Mit herzlichen Grüssen

Dein [Unterschrift]

Fernsehen Filme laufen, in denen die Verwendung von Babymilchpulver als moderne Lebensart dargestellt wird oder wenn die Frauenzeitschrift „Claudia" „Mütter aus primitiven afrikanischen Stämmen" vergleicht mit den „aktiven Frauen, für die Stillen ein Gefängnis bedeutet". Geziert war dieser Artikel mit einer Anzeige für Baby-Nahrung. Es gehört nebenbei zur Informationspraxis von Nestlé, Artikel solcher Art zu lancieren.

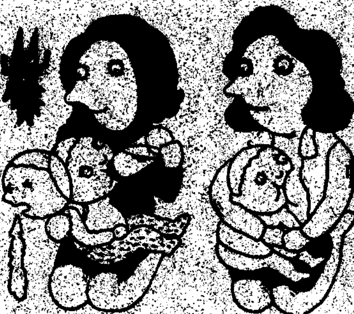
Nestlés Informationspolitik

Aus dem Arsenal der Propagandakampagnen von Nestlé: Anfang des Jahres wurde bekannt, daß Nestlé-Vizepräsident Sanders empfahl, die konservative Stiftung „The Ethics and Public Policy Center" zu unterstützen. Auf Initiative dieser Stiftung veröffentlichte das US-Magazin Fortune einen Artikel, der Nestlé in einem günstigen Licht erscheinen ließ und die Kritiker als Marxisten, die unter dem Banner des Christentums marschierten, diffamierte. Die Stiftung soll von Nestlé mittlerweile 25.000 US-Dollar erhalten haben. Aus einem Brief eines Nestlé-Anwalts ergeben sich Hinweise darauf, daß Nestlé auch Beamte der WHO für seine Zwecke einspannt. Auf E.M. Demyer – so heißt es dort – könne man als einen sicheren Freund zählen. Ein italienischer Kommunist, Rampini, wurde von Nestlé angeheuert, ein „Sowohl-als-auch-Traktat" über Nestlé in Indonesien zu schreiben, in dem er auf die positiven Wachstumseffekte einging, die die Verwendung von Nestlémilch mit sich bringe. Mit dieser Schrift deckte Nestlé 3.500 Pfarreien und religiöse Organisationen der Schweiz ein. Ein Beispiel, wie Nestlé versucht, liberale Kritiker mundtot zu machen, ist auch ein Brief, den Nestlé-Chef Fürer an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz schrieb (siehe Kasten).

Die Fortsetzung der aggressiven Werbekampagnen für künstliche Babynahrung trotz ihrer bekannten katastrophalen Folgen, die Bemühungen, den Kodex zu verwässern und die Kritiker der Verkaufspraktiken auszuschalten, zeigen, daß Nestlé und die anderen Nahrungsmittelhersteller ihren Kampf um einen lukrativen Absatzmarkt in der Dritten Welt nicht aufgegeben haben. Der Kampf um die Brustmilch – Teil einer Gesundheitspolitik, die Krankheiten in ihren Ursachen bekämpft und Mittel, ein Stückchen Unabhängigkeit von den Industrieländern zu erlangen – wird auch nach dem WHO-Kodex mit dem Widerstand der Multis zu rechnen haben.

hiwe

Quellen: *Frankfurter Rundschau vom 5.2.81, 23.2.81, 21.5.81; FAZ vom 13.5.81; NZZ vom 5.5.81; Stuttgarter Zeitung vom 22.5.81; Der Spiegel vom 4.6.81; Die Neue vom 7.1.81, 13.1.81, 24.4.81; blätter des iz3w Nr. 55, August 1976; IBFAN NEWS, monatl. Mitteilungsblatt der Aktionsgruppen für Babynahrung c/o INFACT, 1701 University Ave. S.E. Minneapolis, MN 55414 U.S.A; Schwarzbuch Schweiz – Dritte Welt hrsg vom Schweizerischen Symposium der Solidarität Mai 81, erhältlich bei der Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, CH-8004 Zürich.*



FLASCHENKINDER

ein Film von Peter Krieg (1976)

Dieser hauptsächlich in Kenia gedrehte Film befaßt sich mit den Werbemethoden Nestlés für seine Babynahrung. Der Film macht sehr betroffen und zeigt eindrucksvoll den Zusammenhang zwischen dem Profitdenken dieses Konzerns und dem Tod bzw. der Erkrankung von Millionen von Kindern in der Dritten Welt. Er eignet sich sehr gut als Einstieg in eine Diskussion über die Praktiken der Multis in der Dritten Welt.

Gebührenpflichtiger Verleih: Mattias-Verleih, Gänseheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 24 05 12; Verleihgenossenschaft Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Tel. (089) 190 12 08;
Kostenloser Verleih: einige Landesbildstellen; einige evangelische Medienzentralen; katholische AV-Medienzentrale Köln.

ENERGIE

Energieprobleme eines armen Landes

Das Beispiel Obervolta

Der westafrikanische Staat Obervolta, am Südrand der Sahelzone gelegen, zählt zu den ärmsten der Erde. Er verfügt kaum über Rohstoffe, besonders seine nördlichen Regionen sind landwirtschaftlich benachteiligt, seine Lage als Binnenland, hervorgegangen aus den willkürlichen Grenzziehungen der französischen Kolonialverwaltung, bürdet dem Land hohe Transportkosten auf. Somit hat Obervolta schlechtere Ausgangsbedingungen für eine eigenständige Entwicklung als viele andere Länder der Dritten Welt. Die Probleme, die zudem die Energieversorgung für das Land aufwirft, teilt sich Obervolta mit den meisten Entwicklungsländern, die über kein Erdöl verfügen: zum einen dramatisch steigende Devisenbelastungen für die Energieversorgung der Städte, des Transport- und Industriesektors, zum anderen schwere ökologische Schäden infolge der ländlichen Energieversorgung.

Niedriger Pro-Kopf-Verbrauch

Der Pro-Kopf-Verbrauch an (kommerzieller) Energie beträgt in Obervolta knapp 20 kg SKE (Kilogramm Steinkohleeinheiten); in der BRD werden pro Einwohner knapp 6000 kg SKE verbraucht.[1] Jeder Westdeutsche belastet die Energiebilanz der Erde also durchschnittlich dreihundert mal mehr als ein Bewohner Obervoltas; Obervolta mit seinen 6,5 Millionen Einwohnern verbraucht somit etwa soviel Energie wie eine westdeutsche Kleinstadt mit etwas über 20.000 Einwohnern.
Angaben über den Pro-Kopf-Energieverbrauch eines Entwicklungslandes sind ähnlich begrenzt in ihrer Aussagefähigkeit wie Angaben über das Pro-Kopf-Einkommen: hinter ihnen verbirgt sich eine krass ungleiche Verteilung. Denn in den Durchschnittswert geht der Energieverbrauch von Landregionen, die sich kaum kommerzielle Energieträger leisten können, ebenso ein wie die Klimaanlagen in den Büros der Hauptstadt oder das Benzin für die Autos der Beamten, die in den Landregionen die Kopfsteuer erheben. Auch der Pro-Kopf-Energieverbrauch wird nicht selten in den Rang eines Entwicklungsindikators erhoben,er ist hierzu in gleichem Maße ungeeignet wie das Pro-Kopf-Einkommen.

Das Energieproblem der Städte

Mit Ausnahme der zum Kochen nötigen Energie – ein Energieproblem, das alle Bewohner Obervoltas betrifft – ist die Energieversorgung der Städte ausschließlich von importiertem Öl abhängig. Obervolta hat keine Kohle und keine für die Stromerzeugung ausreichende Wasserkraft, der Strom wird in dieselbetriebenen Wärmekraftwerken erzeugt.[2]
Er ist folglich sehr teuer, da der ohnehin teure Dieselkraftstoff über Schiene oder teilweise unasphaltierte Straßen ins Binnenland Obervolta gebracht werden muß; von Abidjan, Hauptstadt und Hafen des südlichen Nachbarn Elfenbeinküste, sind bis nach Ouagadougou 1.100 km zurückzulegen. Die Kilowattstunde kostet umgerechnet etwa 85 Pfennige, unerschwinglich für die meisten Afrikaner. Zum Vergleich: Der monatliche Mindestlohn beträgt etwa 130 DM, aber viele Stadtbewohner müssen mit weniger auskommen, denn Beschäftigungsmöglichkeiten sind rar und die Zahlung des Mindestlohns keineswegs gesichert. Auch in den fünf Städten, die überhaupt über eine Stromversorgung verfügen – unter ihnen Ouagadougou und Bobo-Dioulasso, das zweite Zentrum des Landes – ist außer in den reichen Vierteln nur an vereinzelten Häusern ein Leitungsanschluß zu sehen. Den Strom teilt sich die wenige Industrie mit den Weißen, den reichen Afrikanern und den Behörden.
Für den ländlichen Raum, in dem über 90 % der Obervoltaer wohnen, ist Strom ohnehin unerreichbar. Das landesweite Leitungsnetz, das hierfür Voraussetzung wäre, kann von



einem Land wie Obervolta nicht finanziert werden. Strom, eine Energieform, die an zentralisierte, großtechnische Anlagen gebunden ist, kann die breite Masse der Bevölkerung nicht erreichen.

Ein erheblicher Teil des von reichen städtischen Haushalten und den Behörden verbrauchten Stromes betreibt Klimaanlagen. Die von solchen Abnehmern bevorzugte, mit den Europäern eingeführte Bauweise — dünne Ziegelwände und wellblechgedeckte Dächer — ist den klimatischen Bedingungen völlig unangepaßt, im Gegensatz zur traditionellen Bauweise, deren dicke Lehmmauern und strohgedeckte Dächer eine gute Isolierung gegen Hitze leisten. Erst diese „moderne" Bauweise verschafft der Klimatisierung den Schein der Notwendigkeit. Zu einem guten Teil sind Klimaanlagen, übrigens wie die „moderne" Bauweise selbst, ein Statussymbol, das den sozialen Aufstieg oder die hierarchische Stellung gegenüber Untergebenen dokumentieren kann.

In gleicher Weise ölabhängig wie die Stromversorgung ist der Verkehrs- und Transportsektor. Eine Eisenbahn, das Verkehrsmittel mit dem günstigsten Verhältnis von Energieeinsatz und Transportleistung, führt nur durch den Südwesten des Landes bis zur Hauptstadt. Der gesamte sonstige Gütertransport wird von Lastwagen bewerkstelligt, der gesamte sonstige Personenverkehr ist Individualverkehr, also energetisch besonders ungünstig. Auch Ouagadougou mit seinem, nicht nur bildlich gemeint, „mörderischen Verkehr" besitzt kein kommunales Verkehrssystem. Der Energieverbrauch der Städte beruht auf einem Gut, das gegen wertvolle Devisen erstanden werden muß: bei wachsenden Importmengen (1968: 36.000 t, 1978: 120.000 t [3]) und rasant steigenden Rohölpreisen wächst der Anteil der Energiekosten an den gesamten Importausgaben. Die zur Deckung der städtischen Energieversorgung nötigen Devisen werden entweder durch Aufhäufung des Schuldenberges besorgt oder müssen im Agrarland Obervolta durch den Export landwirtschaftlicher Produkte (Baumwolle, Vieh) finanziert werden. Über Steuern, Zölle und niedrige Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte muß die Landbevölkerung das städtische Leben finanzieren.

Verschärfung durch die OPEC-Politik

Die Probleme der Energieversorgung Obervoltas wurden — wie die aller Entwicklungsländer ohne Öl — verschärft durch die drastischen Ölpreissteigerungen der Siebziger Jahre. Während die Industrieländer die beiden Preissprünge von 1973/74 und 1979 nach einer gewissen Anpassungszeit, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, verkraften konnten, indem sie entstandene Handelsbilanzdefizite durch vermehrte Exporte in die OPEC-Länder, bestehende Zahlungsbilanzdefizite durch Geldanlagen der Ölländer in den Industrieländern verringern bzw. ausgleichen konnten, haben die Entwicklungsländer keinen Zugang zu diesen Ventilen. Sie müssen steigende Energiepreise bezahlen, während gleichzeitig die ohnehin steigenden Preise für ihre sonstigen Import-Produkte einen energiepreisbedingten Aufschlag erfahren. Das Außenhandelsdefizit Obervoltas stieg von 34 Mio. US-Dollar 1971 auf 149 Mio. US-Dollar 1977.[4] Die gesamte Gruppe der Entwicklungsländer ohne Öl wird hart getroffen. Allein die Ölpreiserhöhung des Jahres 1979 bürdet dieser Ländergruppe eine zusätzliche, direkte jährliche Belastung auf, die über der gesamten jährlichen Entwicklungshilfe liegt.

Die ohnehin katastrophale Verschuldungssituation hat sich durch den Rückgriff vieler Entwicklungsländer auf Bankkredite mit hohen Zinsen erheblich verschlechtert.[5] Trotz gegenlautender Absichtserklärungen hat die OPEC, die Organisation der Ölförderländer, keine Vorzugsbehandlung für die Gruppe der Entwicklungsländer ohne Öl geschaffen, die die durch die Ölpreissteigerungen bedingten direkten Mehrkosten dieser Ländergruppe auch nur annähernd ausgleicht. Zwar leistet die OPEC Entwicklungshilfe, die, gemessen am Bruttosozialprodukt ihrer Länder, erheblich ist,[6] deren Gesamtvolumen mit 5,2 Mrd. US-Dollar (1979)[7] aber weit hinter der Steigerung der Öleinfuhrrechnung der Entwicklungsländer (Steigerung von 35 Mrd. US-Dollar 1978 auf 78 Mrd. US-Dollar 1980)[8] zurückbleibt. Zu einem vollen Ausgleich der direkten ölpreisbedingten Mehrbelastungen war die OPEC bisher nicht bereit, obwohl es für sie ohne allzu große Einnahmeverluste möglich gewesen wäre, da der Löwenanteil ihres Erdöls von den Industrieländern importiert wird: nur 14 % des OPEC-Öls wird von den Entwicklungsländern importiert.[9]



Das Feuer unterm Topf ist ebenso kostbar wie sein Inhalt

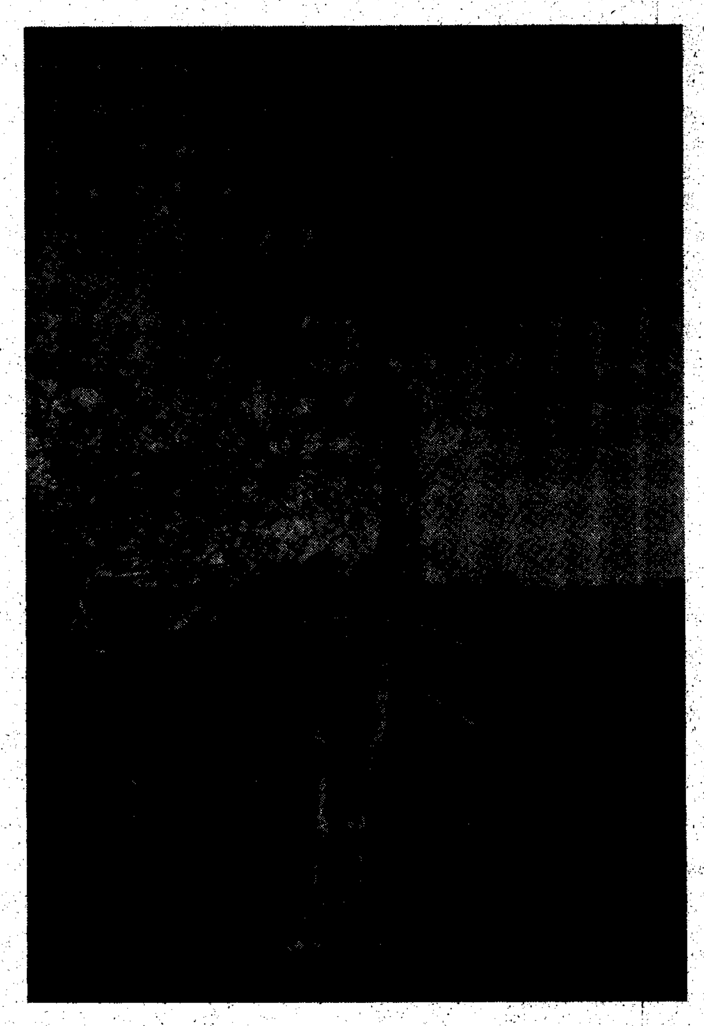
Für die breite Masse der Bevölkerung ist das dringendste Energieproblem die Beschaffung des Brennmaterials zum Kochen. Traditionell wird auf offenem Holzfeuer gekocht. Holz ist knapp in Obervolta, der Raubbau am Baumbestand ist das wesentliche ökologische Problem des Landes, da er der Bodenerrosion und Verwüstung Vorschub leistet. Je mehr der Baumbestand vernichtet wird, desto mehr Ackerboden wird von den heftigen Güssen der Regenzeit weggeschwemmt. Um Ouagadougou, aber auch um andere Städte und Siedlungen ist der Baumbestand sichtlich ausgedünnt. Solange es für den Großteil der Bewohner Obervoltas keine Alternative zur Holz verschwendenden Nahrungszubereitung gibt, sind alle Versuche, das drängende ökologische Problem durch Aufklärungskampagnen oder behördliche Regelungen, wie es ein Verbot wäre, frische Bäume zu schlagen, zum Scheitern verurteilt.

Das Brennholz muß über weite Strecken transportiert werden, in die Hauptstadt über mehr als hundert Kilometer. Das knappe Holz ist teuer, eine Fuhre Holz kostet 5000 CFA-Francs, umgerechnet etwa 45 DM. In vielen Haushalten verschlingen die Kosten für das Brennholz ein Viertel der knappen Einkünfte. Zu dieser hohen Belastung vieler afrikanischer Haushalte tragen auch Spekulanten bei, die das knappe Holz horten und in der Regenzeit, wenn die Transportmöglichkeiten auf den überwiegend nicht asphaltierten Straßen schlecht sind, mit saftigem Aufpreis verkaufen.

Lösungsversuche

Einen Versuch, zur Lösung der mit dem Brennholz verbundenen Probleme beizutragen, unternimmt ein von der

BRD-Entwicklungshilfe unterstütztes Projekt in Obervolta, das sich eine rationelle Nutzung des Holzes zum Ziel gesetzt hat. Im Rahmen dieses Projektes wurden einfache gemauerte Kochherde konstruiert, die zwei oder drei Töpfen Platz bieten. Auf diesen Herden kann das Grundnahrungsmittel der Obervoltaer, der Hirsebrei zubereitet werden. Gegenüber dem bis heute üblichen offenen Holzfeuer kann der Holzverbrauch auf die Hälfte reduziert werden, da weit weniger Energie in die Luft entweicht. Die mit lokal verfügbaren Mitteln, also ohne Belastung der Devisenbilanz, hergestellten Herde sind erschwinglich: etwa 30 DM müssen für das Material und die Arbeitszeit des Maurers aufgewandt werden. In zwei Dörfern, in denen diese Technologie der verbesserten Brennholznutzung propagiert wurde, konnten etwa 600 dieser Herde eingerichtet werden. Allerdings fehlt bisher eine breite, etwa durch den Rundfunk und die staatlichen Strukturen auf dem Land unterstützte Kampagne, die den Einsatz dieser Technologie so verbreitern könnte, daß der Baumbestand wirksam geschont würde. Hierzu wäre zudem eine verstärkte Aufforstung notwendig. Derzeit wird in den Sahelländern nur etwa ein Zehntel der jährlich geschlagenen Holzmenge wieder aufgeforstet. Erfahrungen in verschiedenen Teilen Obervoltas zeigen, daß die Landbevölkerung zu Aufforstungsaktionen in Eigenarbeit mobilisiert werden kann.



Die einfachen holzgefeuerten Herde haben langfristig weit bessere Erfolgschancen als der Versuch, das Holzfeuer durch Sonnenöfen zu ersetzen. Die Hitze, die diese Öfen erzeugen können, reicht nicht aus, um den Hirsebrei in der nötigen Menge zuzubereiten, zudem würde ihr Einsatz dazu zwingen, mittags in der Sonne und in größter Hitze zu kochen, während im allgemeinen abends gekocht wird. Während der Anbauzeit kann nur abends gekocht werden, da tagsüber auf den Feldern, weit außerhalb des Dorfes, gearbeitet wird. Dieses Beispiel zeigt, daß der Versuch, angepaßte Technologien einzuführen, scheitert, wenn er ohne genaue Kenntnis der örtlichen Lebensweise unternommen wird, an die diese Technologie dem Anspruch nach ja angepaßt sein soll.

Auch andere Versuche des Einsatzes angepaßter Energietechnologien werden in Obervolta unternommen. Die Universität Ouagadougou betreibt eine Biogas-Versuchsanlage. Die Einführung dieser Technologie stößt auf die Schwierigkeit, daß in Obervolta keine Stallviehhaltung besteht. Die Herden weiden frei auf großen Flächen, somit fällt die notwendige Biomasse nicht gesammelt an. Ein zwischenstaatliches Zentrum für Landwirtschaftsingenieure erprobt windbetriebene Wasserpumpen, die zur Bewässerung eingesetzt werden können.[10]

Auch wenn die Erprobung und Einführung dieser und anderer Energietechnologien noch am Anfang steht, so liegen in der besseren Energienutzung und der Erschließung des Potentials an regenerativen Energien wie Sonne und Wind – neben einer geänderten Preispolitik der OPEC gegenüber den Entwicklungsländern ohne Öl – die Ansatzpunkte, um die Energieprobleme von Obervolta und anderen armen Ländern zu verringern.

gc

Anmerkungen:

1) Der Fischer Welt Almanach '80, Frankfurt 1979, Sp. 71 u. 259.
2) Géographie Génerale de la Haute-Volta, Avril 1978, Ginette, S. 161 ff.
3) Angaben des obervoltaischen Amts für Statistik.
4) Fischer Welt Almanach, Ausgabe 1973, Frankfurt 1972, S. 124 und Ausgabe 1980, Frankfurt 1979, Sp. 260.
5) Entwicklungspolitik. BMZ-aktuell, Bonn, 22.7.1980 „Energiekrise und Entwicklungspolitik", S. 5 und 8.
6) „OPEC als Vorbild" in: Die Zeit, 15.5.1981.
7) Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 14.5.1981 (OECD-Zahlen).
8) vgl. Fußnote 5, S. 2.
9) Fadhil J. Al-Chalabi: OPEC and the International Oil Industry: A Changing Structure, Oxford u.a. 1980, S. 96 f (Angaben für 1977).
10) Weitere Projektbeispiele zur Nutzung regenerativer Energien in: UNICEF: Technologies Villageoises en Afrique de l'Quest et du Centre: En faveur de la femme et de l'enfant, Dakar u. Abidjan o.J.

GESUNDHEIT

Ein Grundproblem der Entwicklungsländer

Besuch eines Gesundheitszentrums in Kenia

Gesundheit als soziales Problem

Daß Gesundheit ursprünglich mehr ein soziales als ein medizinisches Problem ist, zeigt sich heute noch besonders deutlich in den sogenannten unterentwickelten Ländern, in denen die sozialen Unterschiede infolge der kolonialen Ausbeutung und der bis heute andauernden wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Industrieländern besonders krass zu Tage treten. Denn auf Grund dieser gewaltsam aufgezwungenen wirtschaftlichen Abhängigkeit lebt die Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder in Armut, d e r Ursache der meisten Krankheiten in den Entwicklungsländern. Armut nämlich bedeutet Mangel an Nahrung, zwingt zum Leben in unhygienischen Wohnverhältnissen und heißt Mangel an Bildungsmöglichkeiten und damit an Wissen über Ursachen und Verhütung von Krankheiten.
Dies sind die sozialen Faktoren, die — vergleichbar mit der Situation in Europa des 19. Jahrhunderts — die Gesundheitslage in den Ländern der Dritten Welt bestimmen. Armut und Krankheit verstärken sich dabei gegenseitig: Unter- und Fehlernährung (Mangel an Eiweiß, Vitaminen usw.) verringern die natürlichen Abwehrkräfte des Körpers gegen Krankheitserreger, die auf Grund der schlechten Wohnsituation und dem damit aufgezwungenen Mangel an Hygiene — z.B. durch den Genuß unsauberen Trinkwassers — verstärkt auftreten und sich ausbreiten können. Krankheit wiederum bedingt die Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit und vielleicht der Chance, aus eigener Kraft die wirtschaftliche und soziale Lage zu verändern.

Zwei unterschiedliche Systeme im Gesundheitswesen

Die überwiegend sozialen Ursachen der Krankheiten in den Entwicklungsländern — 80 % aller Krankheiten entstehen durch Unter- und Fehlernährung und Ansteckung — verlangen ein Gesundheitssystem, dessen Schwerpunkt auf vorbeugenden Maßnahmen liegt; eine Medizin also, die Ursachen von Krankheiten bekämpft und nicht nur die Symptome, wie es die Gesundheitssysteme der Industrieländer tun.
Unsere westliche Medizin arbeitet mit hochspezialisierten Fachkräften, komplizierten und teuren Apparaten, erreicht bei ihrem Export in die Länder der Dritten Welt jedoch nur eine dünne, aber zahlungskräftige Oberschicht.
Als alternatives Konzept ist in einigen Entwicklungsländern auf Grund fortschrittlicher Einzelinitiativen ein Gesundheitssystem entwickelt worden, das an der Basis ansetzt, sich also dem breiten Bevölkerungskreis zuwendet, der den sozialen Folgeerscheinungen der Armut ausgesetzt ist und kein Geld für Medikamente oder gar einen Krankenhausaufenthalt hat.
Dieses sogenannte Basisgesundheitssystem, das trotz mancher Widerstände auch von Seiten der eigenen Regierungen inzwischen in vielfältigen Formen je nach den politischen, wirtschaftlichen und klimatischen Bedingungen und Strukturen der Einzelländer Anwendung findet, legt seinen Schwerpunkt auf die Verhütung von Krankheiten, auf vorbeugende Maßnahmen. Dies geschieht durch Beratung in Fragen zweckmäßiger Ernährung und Hygiene, wobei darauf geachtet wird, daß sich die Ratschläge an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bevölkerung und den sozialen oder auch klimatischen Bedingungen orientieren.
Folglich stützt sich diese Medizin weniger auf herkömmlich ausgebildete Ärzte als auf angelernte Hilfskräfte, deren Ausbildung ausreicht, um die meisten der auftretenden Krankheiten erkennen und behandeln zu können, und auf Berater, die Auskunft über zweckmäßige Ernährung geben können oder z.B. über Ansteckungsgefahren aufklären, die durch sorglosen Umgang mit verschmutztem Wasser entstehen.
Dieses System verlangt viel Eigeninitiative, und seine Wirksamkeit hängt davon ab, wie weit es den Beratern gelingt, die durch die koloniale Zerstörung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Strukturen mißtrauisch und oft apathisch gewordene Bevölkerung von der Nützlichkeit bestimmter Maßnahmen zu überzeugen und zur Selbsthilfe zu motivieren.
Die herkömmliche medizinische Versorgung in den Entwicklungsländern gelangt meistens nicht an die Basis, sondern geht an der Mehrheit der Bevölkerung und ihren Problemen vorbei. Das deutet sich dem Besucher eines Entwicklungslandes schon dann an, wenn er die betriebsamen Hauptstädte verläßt und mit der fehlenden Infrastruktur auf dem Land Bekanntschaft macht. Denn Verkehrswege — eine der Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung — haben die Kolonialherren nur für den reibungslosen Abtransport der kolonialen Reichtümer angelegt. Selbst in Kenia, dem am weitesten entwickelten

Staat und – dem Urteil westlicher Experten zufolge – der 'Schweiz' Afrikas, gibt es Straßen, die diesen Namen verdienen, nur zwischen den Hauptstädten und Häfen, findet Entwicklung nur in den Zentren statt und dort auch nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung. Entsprechend sieht die medizinische Versorgung in Kenia aus.

Medizinische Versorgung in Kenia

Die medizinische Versorgung konzentriert sich auf die Städte. In der Hauptstadt Nairobi mit nur 4,5 % Bevölkerungsanteil praktizieren 50 % der Ärzte Kenias, in den größeren Orten mit einem Anteil von 3 % der Bevölkerung befinden sich 17 % der Ärzte. Dem 'Rest' Kenias mit 92,5 % seiner Einwohner bleiben 26 % seiner Ärzte.
Selbst diese alarmierenden Durchschnittswerte über die medizinische Gesamtversorgung und das Gefälle zwischen Stadt und Land – auch wenn sie ein kurzfristiges Aufhorchen bewirken – verschleiern jedoch mehr, als daß sie über die tatsächliche Notlage der Bevölkerung aufklären. Zahlen und amtliche Fakten sagen nichts über die Ursachen der Krankheiten aus und suggerieren die falsche Lösungsformel 'mehr Ärzte = weniger Kranke'.
So ist in Kenia zwar die ambulante Behandlung kostenlos. Aber die Entfernung zu einer Gesundheitsstation ist oft schon ein unüberwindbares Hindernis. Denn auf dem Land gibt es kaum öffentliche Verkehrsmittel und in der Regenzeit (4 – 6 Monate im Jahr) werden die wenigen provisorischen Verbindungen zeitweise unpassierbar.
Ein anderes schwerwiegendes Hindernis besteht in dem oft berechtigten Mißtrauen gegenüber der modernen Medizin. Denn sie steht im Widerspruch zu den psychisch wichtigen und bewährten Methoden der traditionellen Medizin, die den Patienten in seiner sozialen Umgebung behandelt und Familie und Dorfgemeinschaft in den Heilungsprozeß mit einbezieht.
Wie in allen Entwicklungsländern so ist auch in Kenia Gesundheit keine Frage der Anzahl von Krankenhäusern, Ärzten und teuren Apparaten, kein Problem, dem man eine technische Lösung überstülpen kann. Gesundheit ist ein Problem sozialer Ungleichheit, dessen Auswirkungen an der Basis der Gesellschaft zu finden sind und dessen Lösung auch von dort ausgehen muß.



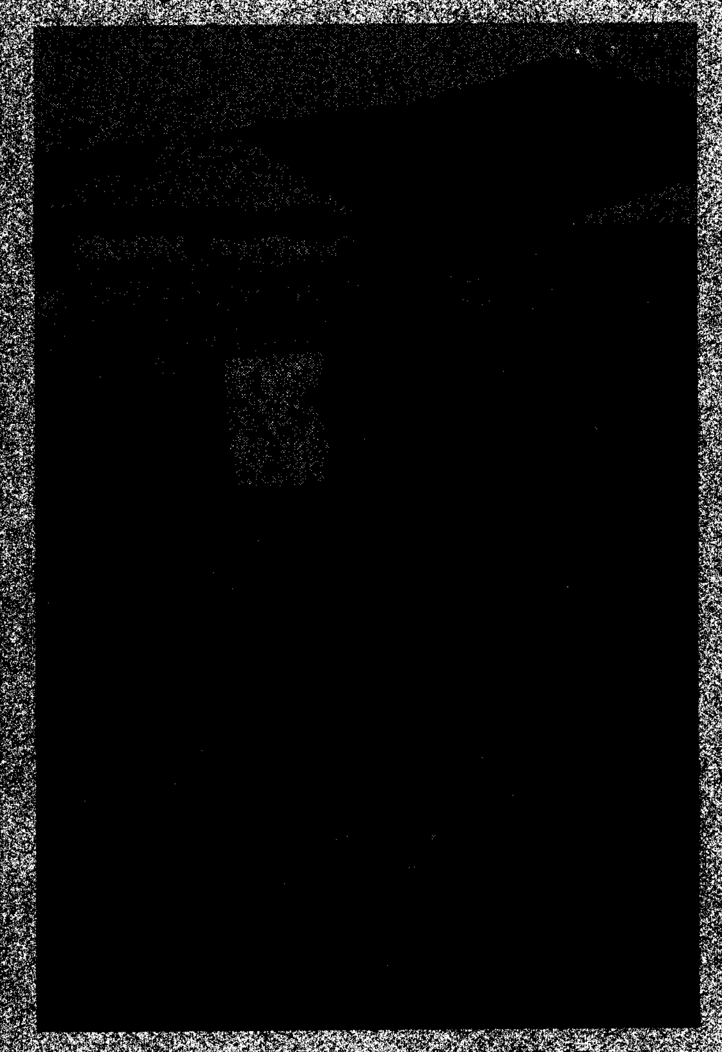

Traditionelle Wohnhäuser aus Lehmwänden und Schilfdach

Wie sieht nun dieses Konzept der Basisgesundheit in der Praxis aus? Dienste in Übersee , eine der Organisationen kirchlicher Entwicklungshilfe in der BRD, gab einigen Journalisten anläßlich einer Informationsreise durch Kenia im Februar dieses Jahres die Möglichkeit, ein Projekt des Basisgesundheitsdienstes zu besuchen.

Das Gesundheitszentrum auf Rusinga

Auf der 50 qkm großen, am Rande des Viktoriasees liegenden Insel Rusinga leben etwa zehntausend Menschen. 'Leben' heißt für die Inselbewohner, die einst als Jäger in dieses Gebiet einzogen, ohne die uns unentbehrlich gewordene Versorgung mit Strom, Wasser und entsprechenden sanitären Einrichtungen auskommen zu müssen. Brunnen sind selbst für die handvoll relativ reicher Familien unerschwinglicher Luxus. Das Wasser muß aus dem Viktoriasee geholt werden, und das bedeutet Schwerstarbeit für die Frauen und Mädchen.
Denn wie in den meisten Ländern der Dritten Welt zählt es zu ihren Aufgaben, oft in glühender Hitze kiloschwere Behälter auf dem Kopf balancierend kilometerweit über unwegsames Gelände zu schleppen. Mit dem meistens unsauberen Wasser, das mangels Brennmaterial in den seltensten Fällen abgekocht wird, werden gleichzeitig Krankheitserreger, z.B. für Ruhr, Typhus, Cholera oder Bilharziose, in die Hütten eingeschleppt.
Auf der Insel fehlen sämtliche Grundlagen für eine wirtschaftliche Entwicklung. Das ökologische System Rusingas ist, wie in so vielen Regionen der tropischen Zonen, durch Erosion auf Grund jahrzehntelanger Abholzung und allgemeiner klimatischer Veränderungen bedroht – so hat sich in den letzten Jahren der Wasserspiegel des Viktoriasees um eineinhalb Meter abgesenkt. Die landwirtschaftlichen Anbaumöglichkeiten auf dem ausgetrockneten Boden und bei dem Mangel an Wasser sind minimal. Die Selbstversorgung der Bevölkerung mit ausreichender und ausgewogener Nahrung ist nicht gewährleistet. Vitamin- und proteinreiche Nahrungsmittel wie Gemüse, Eier oder Fleisch sind Mangelware, Magenfüller wie Hirse und Maisbrei an der Tagesordnung. Unter- und Fehlernährung sind die Folge, Armut

und Krankheit bestimmen die Situation.
Das nächste, auf dem Festland liegende Krankenhaus ist fünfzig Kilometer entfernt – in der vier bis sechs Monate dauernden Regenzeit, in der sich die einzige, nicht asphaltierte Straße oft in einen Schlammstreifen verwandelt, ein unüberwindbares Hindernis. Das bedeutete im Krankheitsfall schon oft das Todesurteil. Denn für die fehl- und unterernährten Bewohner Rusingas können schon leichte Infektionskrankheiten lebensbedrohend sein. Hohe Kindersterblichkeit und der Tod vieler Mütter im Kindbett waren auf Rusinga üblich.
Auf Initiative und nach jahrelangen Bemühen der Dorfältesten und des auf Rusinga beheimateten, 1969 ermordeten Politikers Tom Mboya wurde im Juni 1973 mit dem Bau des nach ihm benannten Gesundheitszentrums begonnen.
Außer zwei ausländischen Krankenschwestern beschäftigt die Station nur einheimische Arbeitskräfte, davon sind drei ausgebildete Gesundheitsarbeiterinnen, sogenannte field educators. Der Rest des Personals besteht aus angelernten Hilfsschwestern und freiwilligen Hilfskräften, die stundenweise oder je nach Arbeitsanfall z.B. als Leprahelfer, Gärtner, Nachtwache oder Techniker eingesetzt werden.
Im Mittelpunkt des Gesundheitszentrums steht eine Entbindungsstation. Neben der Möglichkeit, in der Station Hilfe bei komplizierten Geburten zu leisten, ergibt sich die Chance, die Neugeborenen in regelmäßige Vorsorgeimpfungen und Untersuchungen einzubeziehen und gleichzeitig Schwangere, junge Mütter und deren Familien in die Beratungsarbeit zu integrieren.



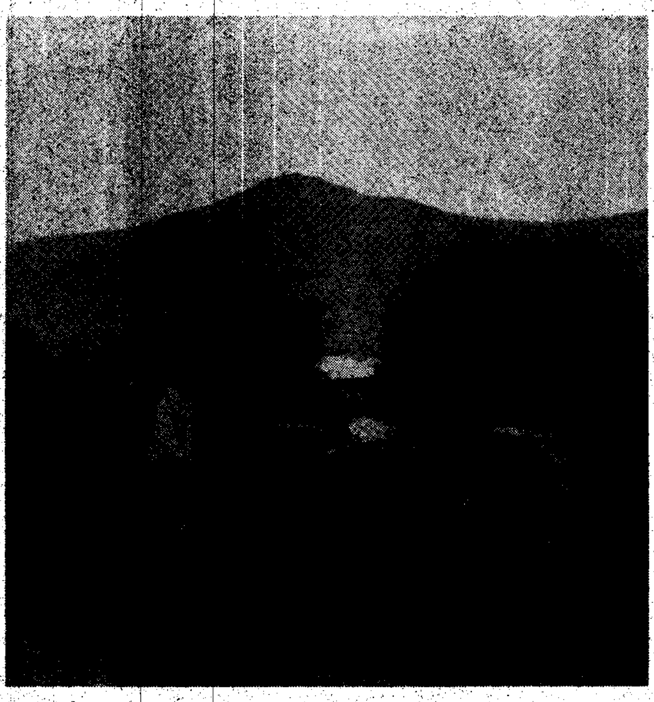
Regina, Gesundheitsarbeiterin, mit der Fibel zur Familienplanung

Während z.B. schwangere Frauen und Mütter mit ihren Kindern auf die regelmäßig stattfindenden und inzwischen gut besuchten Vorsorgeuntersuchungen warten, werden sie gemeinschaftlich über Ursachen von Krankheiten und entsprechende vorbeugende Maßnahmen informiert.
Ein andermal demonstriert eine Ernährungsberaterin, wie mit vorhandenen Nahrungsmitteln ausgewogenes Essen zubereitet werden kann. Oder in einem dafür angelegten Mustergarten wird demonstriert, daß spezielle Gemüsearten, die die Ernährung reichhaltiger gestalten, bei entsprechender Pflege auch auf dem ausgetrockneten Boden der Insel angebaut werden können.
Eine wichtige Funktion haben die drei Gesundheitsarbeiterinnen. Diese speziell in den Fragen der Ernährung, Hygiene und Familienplanung ausgebildeten Beraterinnen leisten regelmäßige Aufklärungsarbeit durch Unterricht in den Schulen, der Kirche und durch Hausbesuche bei den einzelnen Familien. Sie klären dabei über die schädlichen Folgen mancher Lebens- und Eßgewohnheiten auf, wie z.B. den Verzehr von rohem Fleisch, das Trinken von ungekochtem Wasser. Oder sie informieren an Hand einer vom Staat herausgegebenen Fibel zur Familienplanung über die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung und versuchen, auch die Männer in die Beratung mit einzubeziehen. Oft geschieht dies vergeblich, viele Männer sehen immer noch in der Zeugung vieler Kinder eine Bestätigung ihrer Männlichkeit.
Gleichzeitig stellen die Gesundheitsarbeiterinnen ein Bindeglied dar zwischen dem Gesundheitszentrum und der Bevölkerung, die den aus ihren Hütten stammenden und unter ihnen wohnenden Beraterinnen Vertrauen entgegenbringen, das sich in den meisten Fällen auf das Zentrum übertragen läßt.
Die Erfolge durch die Arbeit des Gesundheitszentrums sind beachtlich und auch im Bewußtsein der Bevölkerung verankert, was in mehreren, unvermittelten Gesprächen von uns Besuchern festgestellt werden konnte. Früher seuchenartig auftretende Krankheiten wie Lepra, Bilharziose, Wurmbefall, Asthma und Marasmus konnten eingedämmt werden. Auf Grund der bei den Inselbewohnern auf breite Resonanz stoßenden Vorsorgeimpfungen und der Aufklärungsarbeit sterben weniger Kinder und Schwangere, die ehemals hohe Müttersterblichkeit ist stark zurückgegangen.
Trotz dieser Erfolge ist das Projekt gefährdet.

Gefährdung durch Abhängigkeit

Der Grund für die Gefährdung liegt, wie so oft bei Entwicklungsprojekten, in der Abhängigkeit von außen. Obwohl die Station überwiegend einheimische Arbeitskräfte beschäftigt, liegt die Leitung in der Hand von ausländischen, speziell für diesen Einsatz ausgebildeten Krankenschwestern.
Neben dem Mangel an Fachpersonal, das zur Leitung einer solchen Station sowohl medizinisch als auch verwaltungstechnisch ausgebildet sein muß, sind es vor allem finanzielle Gründe, die die Übernahme der Station durch einheimische Hände verhindern.
Die ausländischen Krankenschwestern werden von den Entwicklungshilfediensten ihrer Heimat zusätzlich ausgebildet und bezahlt. In den zurückliegenden Monaten waren die beiden Schwesternstellen mehr oder weniger zufällig besetzt und zwar von zwei Australierinnen, die eigentlich nur auf der Durchreise waren und sich dann angesichts der verwaisten Station verantwortlich fühlten. Sie haben zunächst unentgeltlich gearbeitet, bis schließlich die Diözese

der anglikanischen Kirche im Bezirk Maseno Süd vorübergehend die Bezahlung übernahm. Ab Sommer dieses Jahres will 'Dienste in Übersee' wieder, wie schon in den Jahren zuvor, zwei Krankenschwestern nach Rusinga schicken und bezahlen.
Die kenianische Regierung bezahlt lediglich die drei Gesundheitsberaterinnen.
Die Bezahlung der anderen einheimischen Schwestern und Arbeiter wird aus den geringen Patientengebühren geleistet und entspricht dem in Kenia gezahlten Mindestlohn von ungefähr 80,– DM monatlich. Die Inselbewohner legen Wert auf diese Art der Bezahlung, denn wer die Stellen finanziert, der kann sie auch personell besetzen, in diesem Fall mit Personen aus dem eigenen Kreis, denen sie am ehesten Vertrauen entgegenbringen.
Die Finanzierung der beiden Krankenschwesternstellen aus eigenen Mitteln entfällt, ganz einfach weil keine vorhanden sind und sich auch für die Zukunft keine ausreichenden Einnahmemöglichkeiten zeigen. Damit entfällt auch die Möglichkeit, die Ausbildung und Anstellung einheimischer Schwestern selbst zu finanzieren, die das Zentrum dann unabhängig von außen weiterführen könnten.
Die Existenz der Station und damit die Gesundheit der Inselbewohner hängt also auch weiterhin von Kräften außerhalb der Insel ab. Daß das finanziell schon relativ aufwendige Gesundheitszentrum in absehbarer Zeit ein echtes Selbsthilfeprojekt wird und von den Bewohnern der Insel auch selbst getragen werden kann, ist nicht wahrscheinlich. Denn die Strukturen auf der Insel werden sich – wie beschrieben – in absehbarer Zeit nicht so verändern, daß z.B. selbst nach eventueller Gewährleistung der Selbstversorgung Überschüsse aus dem landwirtschaftlichen Anbau erzielt und dann auch abgesetzt werden können. Rusinga ist ein Beispiel dafür, daß das Ziel altenativer Basisprojekte – unabhängige Entwicklung zu ermöglichen – nur zu verwirklichen ist, wenn gleichzeitig die Strukturen der anderen Lebensbereiche entwickelt werden können. Das setzt jedoch voraus, daß sich die Entwicklungsländer aus der Abhängigkeit von den Industrieländern befreien können.
Für Kenia ist das jedoch in naher Zukunft nicht zu erwarten. Die Politik seit Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit 1963 orientiert sich an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern. So wurde zwar bisher beachtliches Wirtschaftswachstum erzielt aber nicht umverteilt. Der Wohlstand sickert nicht im Laufe der Zeit automatisch zur Basis durch – wie man der Bevölkerung weismachen will –, sondern ohne gleichzeitige Änderung der politischen Strukturen bleibt er in den Zentren und dort an der kleinen Oberschicht hängen (s. dazu 'blätter' Nr. 82).



Pflügen für den Maisanbau

Auf Kritik an dieser Politik des Wachstums auf Kosten krasser sozialer Ungleichheit reagiert die politische Führung des Einparteienstaates Kenia sehr empfindlich, Opposition wird mit allen Mitteln unterdrückt.
Somit ist in Kenia eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Basisarbeit nicht gegeben. Denn ihr Erfolg hängt auch davon ab, wieweit parallel zu der Arbeit in den Projekten kritisches politisches Bewußtsein entwickelt werden kann. Denn das Bewußtsein versetzt die Betroffenen in die Lage, die Ursachen ihrer mißlichen Situation zu erkennen und kann ihren Widerstand gegen die soziale Ungleichheit im eigenen Land und gegen die Abhängigkeit von den Industrieländern mobilisieren.

hst

Tagungshinweise

Vietnam-Kampuchea-Laos: Wie sieht es heute in diesen Ländern aus?, 6. – 10.7.1981, Jugendhof Vlotho, AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

* * * * *

Internationales Frauenworkcamp: Zur Stellung der Frau in den verschiedenen Kulturkreisen, 20.7. – 3.8.1981, Kleve, Information und Anmeldung bei: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1

* * * * *

Sommerschule „Lateinamerika", 21. – 30.8.1981, Institut für das Neue Chile, Rotterdam, Anfragen/Anmeldung:
Institute for the New Chile
Project: Escuela Internacional,
Wijnhaven 25, 2 e verdieping, NL-3011 Rotterdam

„II. Internationaler Workshop für die materielle Hilfe an die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika", 6. – 8. 11. 1981, Frankfurt/M.,
Information und Anmeldung bei:
medico international
Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt/M.

* * * * *

Gesundheitstag 1981, 30.9. – 4.10., Hamburg, auch diesmal mit einem Programm zum Thema Medizin in der Dritten Welt:
Information und Anmeldung bei Gesundheitsladen Hamburg, N.-J. Albrecht, Karolinenstraße 16, 2000 Hamburg 6

* * * * *

„Die Arbeitseinwanderung in Europa aus der Dritten Welt", 1. – 8.8.1981 in Agape/Italien. Information und Anmeldung bei:
AGAPE Centro ecumenico
10060 Prali (Torino) Italia

AUSLÄNDER IN DER BRD

Ausländer raus?

Reglementierung des Ausländerstudiums

Am 19./20. 3. 1981 hat die Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) eine Neuregelung des Ausländerstudiums beschlossen, am 9.4. hat das ausführende Organ der KMK, die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, die entsprechenden Richtlinien für die Universitäten und Fachhochschulen erlassen. Diese sind verbindlich.
Die sog. „Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl von ausländischen Studenten und Studienbewerbern an Studienkollegs" stellen in Wirklichkeit Maßnahmen zur Einschränkung des Ausländerstudiums dar. Was wurde beschlossen?

1. Der zukünftige Student muß vor seiner Einreise in die BRD den Zulassungsbescheid einer Universität oder eines Studienkollegs einholen und bei der deutschen Auslandsvertretung eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken beantragen. Er kann nicht mehr mit einem Touristenvisum einreisen und sein Studium vor Ort in der BRD organisieren.
2. Es soll eine „geeignete Auswahl der Studienbewerber" durch eine „bessere Bewertung der Hochschulzugangsberechtigungen der ausländischen Studienbewerber" erfolgen, indem man bei der Zulassung in der BRD nicht nur die Heimatzeugnisse heranzieht, sondern auch die Hochschulzugangspraxis der verschiedenen Länder zur Basis macht, z.B. Hochschulaufnahmeprüfungen neben den Schulabgangszeugnissen. Außerdem sollen die deutschen Sprachkenntnisse „künftig vollständiger als bisher gefordert werden."

(Zitate: KMK, Dok. in: Ausländische Studienbewerber, hrsg. von der DSG Bochum, Mai 1981, S. 1. Diese Dokumentation liegt der folgenden Argumentation zugrunde).

Warum wurde diese Neuregelung von der KMK verabschiedet?
Die KMK selbst nennt als Grund den Andrang von Griechen, Türken, Iranern und Indonesiern, die ohne ausreichende Sprachkenntnisse und finanzielle Sicherung hier studieren wollen. Diese, so ist die offizielle Argumentation, gefährden die bisherige liberale Hochschulpolitik: Kostenloses Studium auch für Ausländer und gesicherte Ausländerquote auch in NC-Fächern. Die KMK weist auf die Probleme der öffentlichen Haushalte hin.
Die Universität Bochum hat bereits die Konsequenz gezogen. Das Merkblatt für ausländische Studienbewerber vom 9.4. verlangt von Griechen und Türken wie Iranern einen Immatrikulationsnachweis ihrer Länder und von Indonesiern eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ihres Landes (Dok. S. 2).
„Eine Bewerbung ohne vorstehende Bildungsnachweise ist zwecklos" (ebda.).
Die Konsequenzen dieser Einschränkungsmaßnahmen der KMK treffen zunächst die 4 genannten Nationen: [illegible] chenland (nur 2 Unis!) können nur 20 % der [illegible] werber einen Studienplatz erhalten, in der Türkei [illegible] nur 10 %. Die Universitäten im Iran sind z.Zt. geschl[illegible] Übergangsregelung für bereits eingereiste [illegible]
[illegible]

der vom Ausland aus eine Zulassung erfolgreich beantragen muß. Wir wissen alle, wie schwer durchschaubar das Zulassungssystem schon für Deutsche ist. Wie soll ein Ausländer, der nicht Stipendiat ist, vom Ausland her die notwendigen Schritte übersehen und durchführen können? Außerdem setzen die meisten Unis eine Sprachprüfung voraus — wo aber soll der Bewerber die Sprache erlernt haben und wie kann er die Prüfung ablegen, von fachlichen Feststellungsprüfungen einmal abgesehen? Diese und viele andere Fragen bleiben offen, weil die KMK zwar die Auswahl der ausländischen Studenten neu geregelt hat, nicht aber das Zulassungsverfahren, und da geht es zu wie in einem „Dschungelmärchen" (ESG Bochum, Dok. S. 24).
Die Neuregelung des „Studentenvisums" anstelle des bisher möglichen Touristenvisums hat auch gefährliche politische Implikationen: Sie verlangt die Zustimmung des Heimatlandes für den betreffenden Kandidaten, der nicht mehr als ein Tourist unter anderen, sondern als Student ausreisen muß und dafür polizeiliche Führungszeugnisse etc. vorlegen muß. Da er außerdem finanzielle Sicherheiten vorweisen muß, gerät er in vielen Fällen in Konflikt mit den Devisenbestimmungen seines Landes, insbesondere in den ärmeren Ländern.



Man kann also zusammenfassend feststellen, daß der KMK-Beschluß die Tendenz hat, all die Studenten von den deutschen Universitäten fernzuhalten und ihnen ein Studium unmöglich zu machen,
- die aus Ländern mit einer geringen Anzahl von Studienplätzen kommen
(Forderung: Immatrikulationsbescheinigung des Heimatlandes)
- die aus abgelegenen Gebieten kommen, wo sie die deutsche Sprache nicht erlernen konnten
(Forderung: Deutsche Studienzulassung vom Ausland aus).
- die aus politisch unbequemen Familien oder Ethnien kommen
[illegible] den n[illegible]

94 33 blätter des iz3w Juni Nr 1 BRD

Dies trifft besonders auf die Länder der 3. Welt zu. Hier bleiben dann praktisch nur noch die offiziellen Stipendiaten übrig, andere Studenten haben kaum noch eine Chance. Dieser KMK-Beschluß ist nicht ohne offizielle Kritik geblieben. Der Frankfurter Universitätsrektor Kelm war dabei am konsequentesten: Er werde den Beschluß „de facto nicht beachten" (FR 5.5.1981, vgl. Dok. S. 59), die Fachhochschule Frankfurt protestierte gegen die „hastig und eilig zusammengeflickten" Bestimmungen (ebda.), das Universitätsparlament Bochum hat Übergangsregelungen verlangt sowie die Entwicklung eines kulturpolitischen Konzepts für das Ausländerzustium anstelle bloß administrativer Regelungen (ebd. S. 60), die Resolution der Studentenpfarrerkonferenz hat insbesondere auf die politischen Implikationen verwiesen: „Wir protestieren gegen den KMK-Beschluß vor allem deswegen, weil ethnische und religiöse Minderheiten, die in ihren Ländern unterdrückt werden, von ihm besonders betroffen sind. Kurden, schwarze Südafrikaner, Christen in Südkorea, chinesisch-stämmige Indonesier, Kriegsdienstverweigerer und Mitglieder oppositioneller Familien konnten mit einem Touristenvisum bisher relativ ungehindert ausreisen" (ebda, S. 61). Und in der Pressemitteilung des Diakonischen Werkes mit einem Appell an die KMK, nicht nur administrative Maßnahmen zu treffen, sondern auch die Interessen der Studienbewerber zu berücksichtigen, heißt es: „Bei konsequenter Durchführung der jetzt beschlossenen Maßnahmen... sei zu befürchten, daß nur solche Bewerber eine Studienchance in der Bundesrepublik Deutschland erhielten, die auch in ihrer Heimat ausreichend Studienchancen hätten" (ebda, S. 61 A). Und das Deutsche Komitee des World University Service stellt fest, daß all jene Bewerber, die ihre Studiendefizite in der BRD ausgleichen wollten, von vornherein ausgeschlossen werden (ebda., S. 63). Den einschränkenden Regelungen der KMK zur Regulierung des „Andrangs" von ausländischen Studienbewerbern fehlt aber auch die quantitative Basis: Die vorgesehene Ausländerquote von 8 % ist bis heute nicht erreicht. Nur ca. 5 % der Studenten in der BRD sind Ausländer. Die angeblich so hohen Bewerbungszahlen kommen dadurch zustande, daß die Ausländer sich mindestens an 20 Hochschulen bewerben müssen, um überhaupt eine Chance zu haben. „Nun wird zur Vereinfachung eines Verwaltungsvorganges unterprivilegierten Ausländern ein Studium unmöglich gemacht. Mit dem Beschluß der KMK wird die von Politikern angeprangerte Ausländerfeindlichkeit hinter dem Rücken der Öffentlichkeit zum Gesetz" (Resolution der Studentenpfarrerkonferenz, Dok. S. 61).

Die ESG Stuttgart hat in einem Rundschreiben zu Aktionen aufgerufen und die zuständigen Adressen genannt. Wir geben sie hier weiter:

Vielerorts sind die Beschlüsse offensichtlich noch gar nicht in ihrer Tragweite bekannt. Darum: informiert Euch bei Euren Akademischen Auslandsämtern, AStA-Ausländerreferenten, bei den nationalen Vereinigungen, über die Situation an Eurem Ort! Auch Euer Auslandsamt hat vermutlich Richtlinien! Schreibt Leserbriefe an Zeitungen, organisiert Versammlungen mit den Betroffenen und deutschen Kommilitonen! *Fordert Übergangsregelungen für diejenigen Ausländer, die jetzt schon hier sind* und noch keinen Studienplatz haben – setzt Euch dafür ein, daß sie nicht ausgewiesen werden!
Die richtige Adresse für Forderungen ist das Kultus- und Hochschulministerium Eures Bundeslandes sowie Eure Universität oder Fachhochschule (Auslandsamt, Rektorat). *Protestschreiben* und aktuelle Anfragen könnt Ihr an das *Ständige Sekretariat der Kultusministerkonferenz*, Nassestraße 8, 5300 Bonn, Telefon 0228 - 50 11, richten.

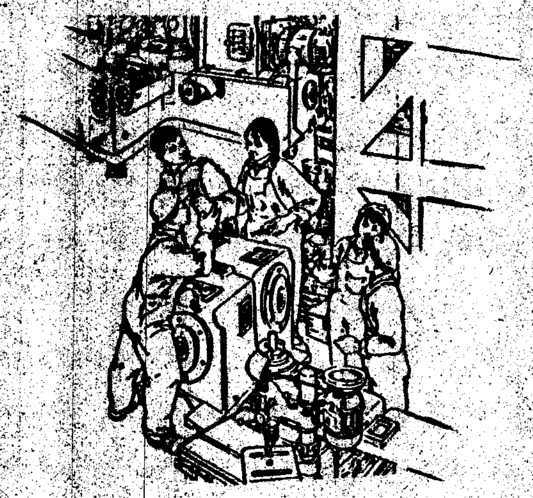
Wenn möglich, schickt Kopien von Euren Briefen, Informationen über Eure Aktivitäten an die *ESG Bochum, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum, Telefon: 0234 – 701 465.* Dorthin könnt Ihr auch Anfragen, Vorschläge usw. richten. Die ESG Bochum hat in dieser Sache die *Koordination für bundesweite Aktivitäten* übernommen. Die Bochumer habe sich auch Gedanken über weitergehende Forderungen gemacht. In Kürze bringen sie eine Broschüre zum Ausländerstudium heraus, die die komplizierte Sachlage darstellen wird. Also nehmt Kontakt zu den Bochumern auf, wenn Ihr was machen wollt!

shg

FILMANZEIGE

Zwei Filme wurden auf einer 3-wöchigen Chinareise 1977 gedreht:

ALLTAG in CHINA
ist ein Reisebericht über Landwirtschaft, Industriearbeit, Wohnen und Freizeit. Er zeigt die Entwicklung der Landwirtschaft, die heute die Ernährung der Bevölkerung im Gegensatz zu anderen Entwicklungsländern weitgehend garantiert.
Aus zwei Fabriken wird über Arbeitsbedingungen, Lohn- und Prämiensysteme und Mitbestimmung berichtet und die chinesische Form der Einheit von Arbeiten, Wohnen und sozialen Einrichtungen vorgestellt.



Einige konkrete Beispiele deuten die damalige politische Situation an: den Sturz der sog. Viererbande.

ERZIEHUNG und AUSBILDUNG in CHINA
berichte in 3 Teilen über unsere Eindrücke in Kindergärten, Grundschule und Mittelschule. Es werden Informationen über Erziehungsprinzipien und -inhalte sowie über die Funktion der Kultur in der Erziehung gegeben. Holzwerkstätten, kleine Maschinenfabriken und Farmen in den Schulen zeigen die Verbindung von Schulwissen und praktischer Arbeit.

Technik:	**Super 8, Magnetton**
Länge:	**„Alltag in China" – 2 Teile, je 25 Minuten;**
	„Erziehung" – 2 Teile. 30 und 25 Minuten
Verleih	**Anne Peschkow/Klaus Labudde, Sulzburger Str. 28, 78 Freiburg, Telefon: 0761 / 49 35 23**
Verleihkosten:	**2 Filme 100,– DM, einzeln je 60,– DM.**
Produktion:	**Teilnehmergruppe der Reise.**

TOURISMUS

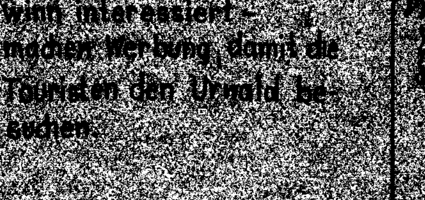
Tourismus aus indianischer Sicht

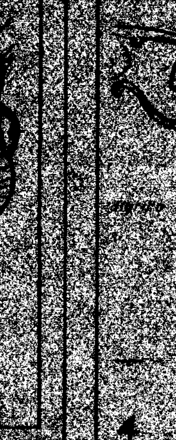
hier dargestellt von einer Gruppe Shipibo-Indios vom Rio Ucayali, Peru, die seit Jahren stark von Tourismus betroffen sind und ihre Erfahrungen für ihre Stammesbrüder, aber auch für andere Stämme zur Warnung vor dem Tourismus und seinen Folgen in einer Broschüre zusammengefaßt haben.
Die Broschüre wurde herausgegeben vom Centro de Investigación Amazonica, Lima.
Die Übertragung ins Deutsche wurde sowohl in der Bildfolge als auch im Text gekürzt, da sie zum Aufziehen auf Stellwände innerhalb einer Tourismus-Ausstellung im Bremer Überseemuseum von der Bremer Gruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker angefertigt wurde. Diese Ausstellung ist übrigens noch bis Ende August im Überseemuseum.



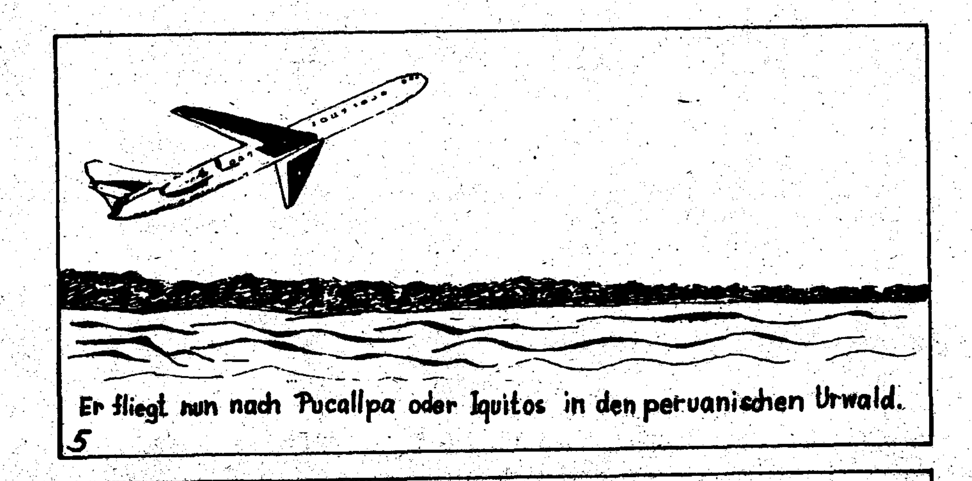


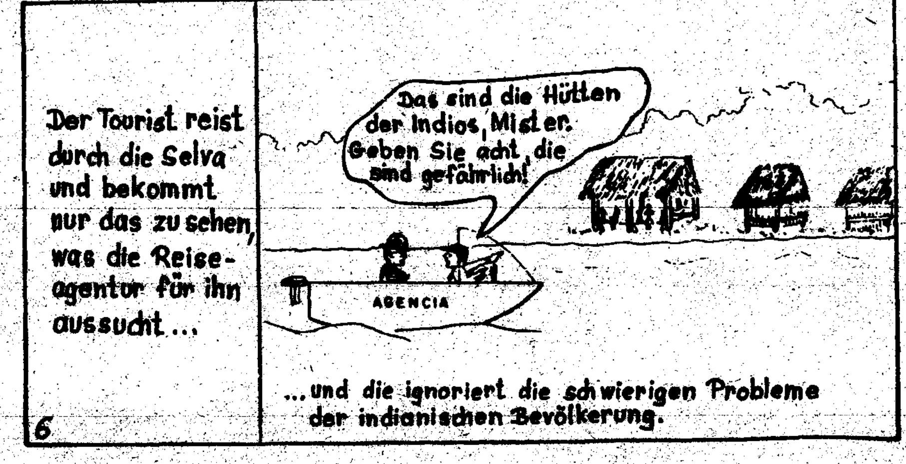
CHARAPA - TOURS
Sehen Sie sich die Wilden aus der Nähe an!
3
Lernen Sie ihre primitiven Bräuche kennen!



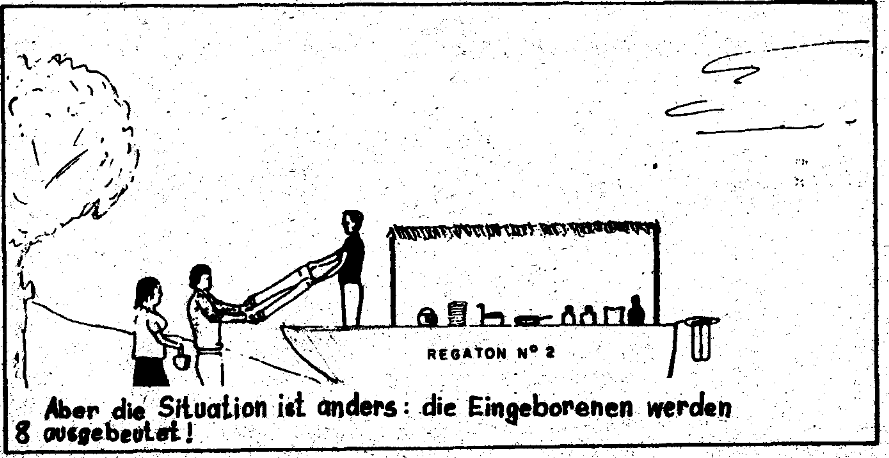



Dank der Werbung stellt sich der Tourist den Urwald so vor:
¡una boa!
4


Er fliegt nun nach Pucallpa oder Iquitos in den peruanischen Urwald.
5

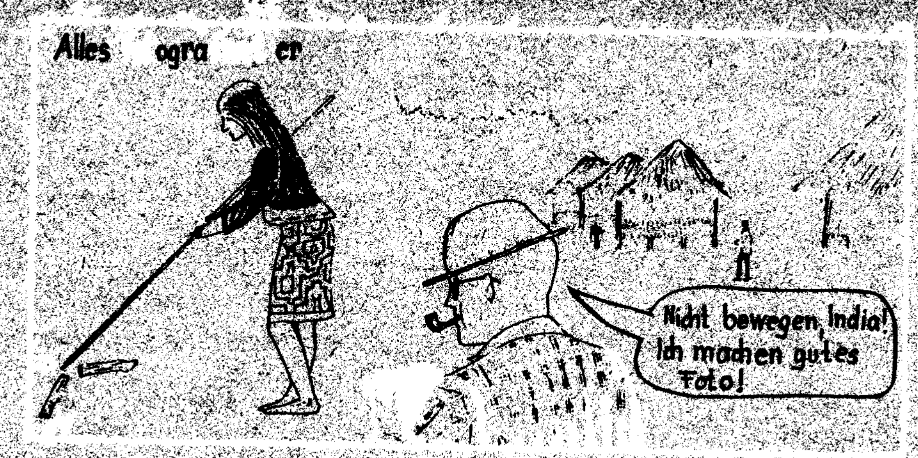

Der Tourist reist durch die Selva und bekommt nur das zu sehen, was die Reiseagentur für ihn aussucht ...
Das sind die Hütten der Indios, Mister. Geben Sie acht, die sind gefährlich!
AGENCIA
... und die ignoriert die schwierigen Probleme der indianischen Bevölkerung.
6


Die Selva ist ein Paradies, Mister. Hier haben die Indios alles – und keine Probleme!
Yes, wirklich, ein Paradies! Wie interessant!
Guía
7


REGATON N° 2
Aber die Situation ist anders: die Eingeborenen werden ausgebeutet!
8


REGATON N° 2
ARROZ
Sie sind immer im Nachteil. Die Eingeborenen verkaufen ihre Produkte billig und müssen das, was sie selber brauchen, teuer einkaufen.
9


Ist der Tourist erst einmal in den Dörfern der Eingeborenen, stört er ihre tägliche Arbeit...
Oh, Indiokinder zum Fotografieren
... und betritt ihre Häuser, ohne eingeladen zu sein.
10











Aber: das Geld aus dem Verkauf des Kunsthandwerks reicht nicht mal für das Nötigste.



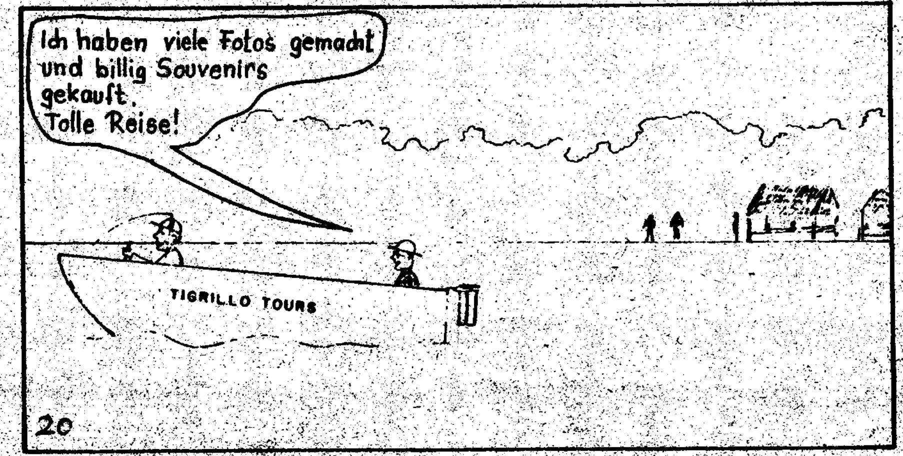
ogra

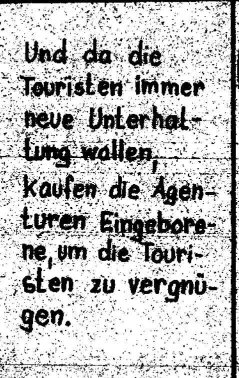
Alles er



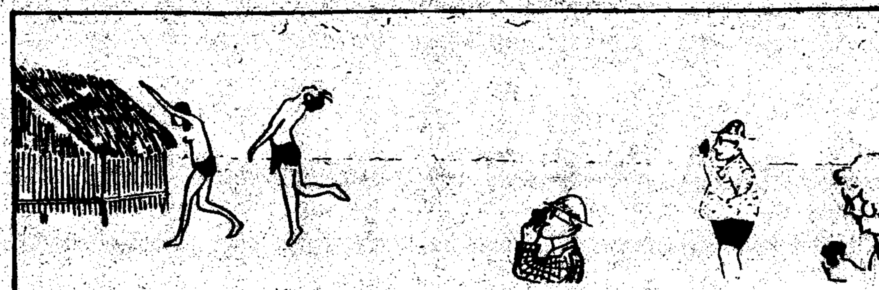






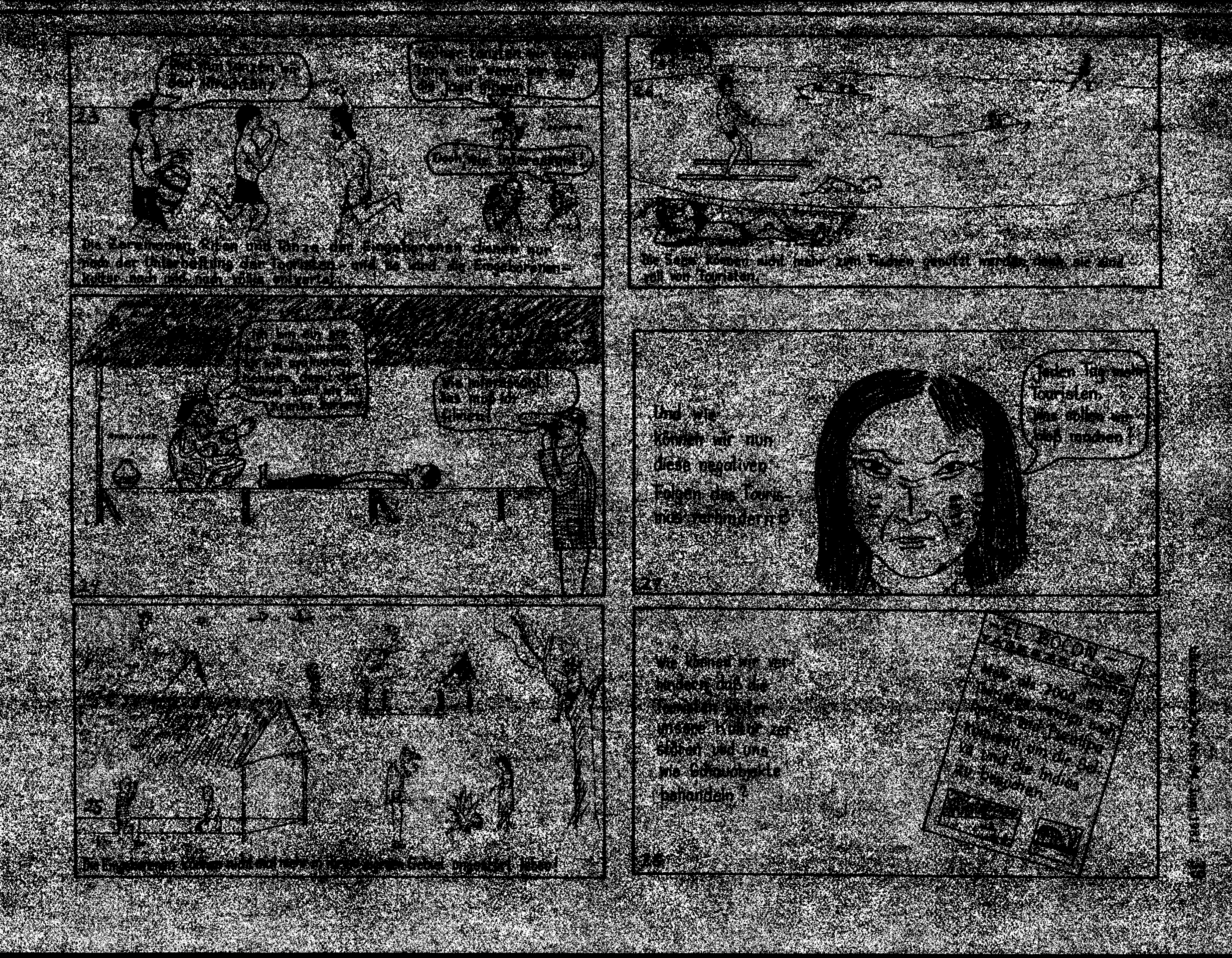




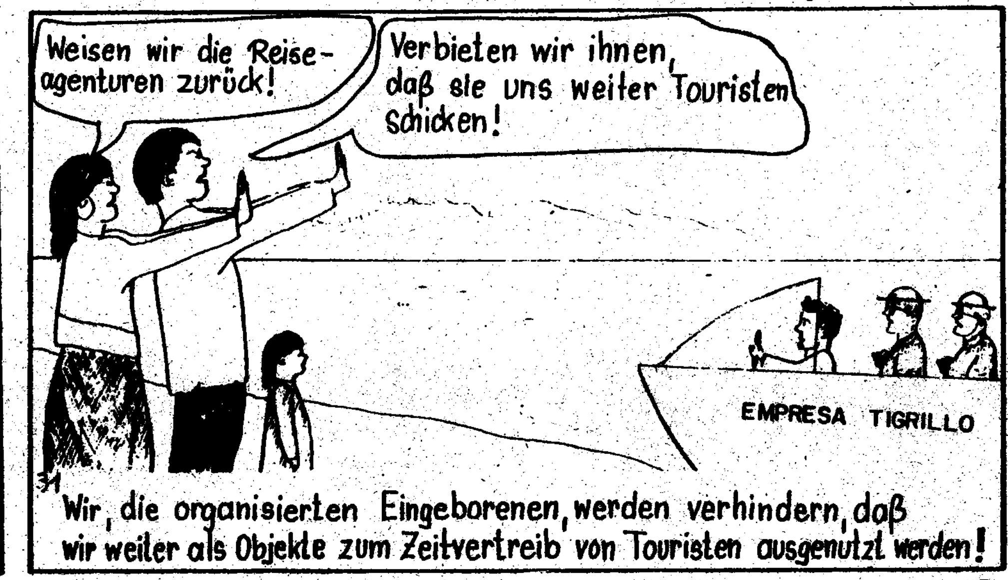


Der Eingeborene ist sich oft dieser Gefahr nicht bewußt – und so verwandelt er aus Not das, was ihm früher heilig war, in eine Touristenattraktion.

22


Doch wie interessant!
Die Zeremonien, Riten und Tänze der Eingeborenen dienen nur noch der Unterhaltung der Touristen - und so wird die Eingeborenen-kultur nach und nach völlig entwertet.
Die Seen können nicht mehr zum Fischen genutzt werden, denn sie sind voll von Touristen.
Und wie können wir nun diese negativen Folgen des Tourismus verhindern?
Jeden Tag mehr Touristen. Was sollen wir bloß machen?
Wie können wir verhindern, daß die Touristen weiter unsere Kultur zerstören und uns wie Schauobjekte behandeln?
EL BOLON


29
Wir müssen eine Lösung suchen!
Ja, so kann's nicht weitergehen!
Wir dürfen nicht mehr zulassen, daß die Reiseveranstalter uns ausnutzen!
Die Lösung ist in deinen Händen!


Weisen wir die Reiseagenturen zurück!
Verbieten wir ihnen, daß sie uns weiter Touristen schicken!
EMPRESA TIGRILLO
31
Wir, die organisierten Eingeborenen, werden verhindern, daß wir weiter als Objekte zum Zeitvertreib von Touristen ausgenutzt werden!


30
Die Entscheidung ist in unseren Händen!
Wir sind die Betroffenen! Wir haben deshalb das Recht zu bestimmen, wer uns besucht!
Wir, die Einheimischen, sind es, die zu entscheiden haben, wen wir in unserer Gemeinschaft empfangen wollen!

KOLUMBIEN

Basisorganisation und Militarisierung

Interview mit einem Pfarrer, Mitarbeiter in einer Basisorganisation

Die internationalen Protestaktionen haben etwas bewirkt

Frage: *In den Jahren 1979 und 1980 haben sich die Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien gehäuft. Wie beurteilst Du die augenblickliche Lage?*

Anwort: Meine persönliche Meinung: Ich glaube, daß sich nach den Besuchen der Kommissionen von Amnesty International und der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation die Situation in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen ein wenig verbessert hat. Nicht zu vergessen sind auch die vielen internationalen Protestaktionen. Die Regierung versucht, mit Hilfe des Amnestie-Projektes diese Situation aufzufangen, zu beschwichtigen, was ihr allerdings nicht gelungen ist.

Frage: *Es ist schön zu hören, daß die Aktionen, die hier von Europa ausgingen, etwas bewirkt haben. Aber neben dem Amnestie-Projekt existiert ja noch die sogenannte Justizreform, die in letzter Konsequenz eine Institutionalisierung der Repression bedeutet und zudem den Militärs praktisch die Exekutive überläßt?*

Antwort: Es wird nach wie vor gefoltert, es verschwinden Menschen, dies alles aber nicht mehr in dem Ausmaß wie im Jahre 1979/80, wo tausende verhaftet wurden. Es sind aber deutliche Bestrebungen sichtbar, die Formen der Repression zu verfeinern, d.h. selektiver vorzugehen. Hierzu dient ganz offensichtlich die sogenannte Justizreform, denn diese „Reform" überläßt den Militärs auf legale Weise den gesamten Komplex der sogenannten „politischen Subversion". Als solche werden nicht nur die Guerilla-Aktivitäten gezählt, sondern soziale Konflikte jeglicher Art, wie Gewerkschaftsaktivitäten, etc.

Frage: *Welche Macht haben die Militärs auf Regierungsebene?*

Antwort: Gerade unter der jetzigen Regierung Turbay haben die Militärs eine vorher nie dagewesene „legale" Machtposition erobert. Innerhalb des Minister-Rats hat z.B. der Verteidigungsminister Camacho Leyva eine äußerst vorherrschende Stellung.

Guerilla-Organisation M 19: Der Mythos vom messianischen Befreier

Frage: *Im März dieses Jahres hat es im Süden des Landes, sowie im Chocó und in Caquetá bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Militäreinheiten und M-19-Verbänden (Guerrilla-Organisation) gegeben.*

Antwort: Über die Ziele dieser Aktionen der M-19 gibt es eigentlich nur Spekulationen. So heißt es z.B., sie hätten zum Ziel gehabt, eine Region zum befreiten Gebiet mit eigener Regierung zu erklären. Diese Pläne sind, wie man weiß, gescheitert.

Frage: *Wie würdest Du die M-19 als politische Organisation charakterisieren?*

Antwort: Meiner Meinung nach ist sie eine Bewegung des Volkes. Einige sagen, die Organisation sei von der Armee oder den Rechten infiltriert; ich denke, das stimmt nicht. Ich glaube, die M-19 besteht aus ernstzunehmenden Leuten, die eng mit dem Volk verbunden sind. Es fehlt ihnen aber die politische Klarheit. Offensichtlich haben sie auch nichts aus der Geschichte gelernt, denn sie machen die selben Fehler wie vor 10 Jahren andere Guerilla-Organisationen.

Frage: *Welche Fehler meinst du damit?*

Antwort: Ich meine damit den apparativen Aufbau ihrer Organisation, das Heldentum, den Mythos vom messianischen Befreier, den sie im Volk erzeugen.

Frage: *Wie äußert sich die Verbundenheit der Bewegung mit dem Volk?*

Antwort: Das Volk empfindet Sympathie für die M-19, denn allgemein ist das Volk beeindruckt von Helden, Mythen und nicht zuletzt von Angriffen auf die Regierung.

Frage: *Meinst Du, daß die Bewegung nach den großen Verlusten im März zerschlagen ist?*

Antwort: Ich glaube, so kann man das nicht sagen. Allerdings meine ich, daß durch solche erfolglosen und fragwürdigen Aktionen die Bewegung die Demontage ihres eigenen Mythos vom Volksbefreier, auf den sich ihr Ansehen im Volk ja stützt, leichtfertig herbeiführt.

tionen

der M-19 gesprochen, gesamte linke hinaus hiedene

Antwort: In der Tat hat es in dieser Richtung einen Aufschwung gegeben. Im Februar dieses Jahres gab es in Zipaquirá eine Versammlung, zu der verschiedene Gruppen erschienen sind. Das waren vor allen Dingen die Vertreter der unabhängigen Gewerkschaften, die nicht in den großen Gewerkschaftszentralen organisiert sind. Der Zweck dieses Treffens war, die weitere Organisierung der Coordinadora Nacional de Base de Masas.

Die Diskussionen wurden auf einem weiteren Treffen in San Gil fortgeführt. Ein wichtiger Beschluß dieser Treffen war, den Jahrestag des Comunero-Aufstandes und des Todes von Camilo Torres, als nationale Aktionstage zu deklarieren mit dem Ziel, neue Solidaritätskomitees zu gründen, um die Einigungsbewegung zu stärken. Darüber hinaus finden natürlich das ganze Jahr über, verschieden nach Region und Anlaß, eine Vielzahl von Solidaritätstagen statt.

Gewerkschaftskämpfe in Barranca-Bermeja, der Hauptstadt der Ölproduktion

Frage: *Kommen wir nun zu konkreteren Beispielen. Du selbst hast langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Basisarbeit.*

Antwort: Nehmen wir als Beispiel Barranca-Bermeja, der Hauptstadt der Ölproduktion in Kolumbien. Es wird dort Rohöl gefördert und in Raffinierien oder im angegliederten petrochemischen Komplex weiterverarbeitet.

Frage: *Die Stadt lebt also vom Öl?*

Antwort: Insgesamt sind 4.500 Arbeiter in festen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Daneben gibt es noch eine Unzahl von Arbeitern, die nicht regelmäßig beschäftigt sind, sondern die nur von Fall zu Fall, wie z.B. bei größeren Reparaturarbeiten, Arbeit finden. Also eine Art von „Zeitarbeitern."

Frage: *Du sprichst also jetzt von dem Unternehmen ECOPETROL. Wem gehört das Unternehmen?*

Antwort: Es ist ein verstaatlichtes Unternehmen. Die Unternehmensleitung von ECOPETROL ist jedoch in Bogota, so daß alle wichtigen Entscheidungen in der Hauptstadt getroffen werden. Die Zentralgewalt liegt in den Händen der Verantwortlichen in Bogota, während auf lokaler Ebene die entsprechenden Regierungsvertreter zuständig sind.

Frage: *Wie wirkt sich diese Verwaltungsstruktur bei Arbeitskonflikten aus?*

Antwort: In Barranca-Bermeja gibt es insgesamt vier Batallione des Militärs, die hier fest stationiert sind. Es ist die Regel, daß aus Anlaß der alle zwei Jahre stattfindenden Lohnverhandlungen ECOPETROL militarisiert wird. Verstärkt werden die fest stationierten Truppen bei Bedarf durch andere Einheiten, die direkt aus Bogota kommen.

Frage: *In diesem Jahr gab es wieder Lohnverhandlungen. Kam es aus diesem Anlaß wiederum zu einer Militarisierung der gesamten Stadt?*

Antwort: Ja!

Frage: *Wie wirkt sich eine Militarisierung auf das Alltagsleben der Menschen, auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter aus?*

Antwort: In der Verhandlungsphase, wenn sich der Konflikt nicht zuspitzt, passiert folgendes: nächtliche Hausdurchsuchungen, Ausweiskontrollen, Militärkontrollen in den Straßen. Verschärfen sich die Auseinandersetzungen, wie im Jahre 1977, dann werden bei nächtlichen Razzien ganze Straßenzüge mehrmals durchkämmt. Ich selbst kenne einen Fall, wo das Haus von einer Familie fünf mal in einer Nacht auf den Kopf gestellt wurde. Als Verhaftungsgrund genügte, wenn man Flugblätter oder Gewerkschaftsmaterial mit sich führte. Besetzung der Gewerkschaftsräume durch Militär. Die Raffinierie ist voll von Soldaten.

Frage: *D.h., die Arbeiter müssen unter Aufsicht der Soldaten arbeiten.*

Antwort: Ja so ist es. Ich will noch hinzufügen, daß eine Gruppe von Soldaten permanent auf dem Fabrikgelände anwesend ist; daneben existiert natürlich noch der zivile Werkschutz. In Konfliktfällen ist die Fabrik voll von Soldaten, sie bleiben manchmal bis zu vier Monaten dort.

Frage: *In diesem Jahr hat es Lohnverhandlungen gegeben, dabei gab es eine Reihe von Konflikten.*

Antwort: Nachdem die unabhängige Ölarbeiter-Gewerkschaft USO ihre Forderungen eingereicht hatte, begannen die Verhandlungen im November des vorigen Jahres. Gleichzeitig verschärfte sich die Repression. Arbeiter wurden entlassen, davon sind zuerst die Gewerkschaftsführer betroffen.
In diesem Jahr hat das Militär die Verhandlungsführer der Gewerkschaft im Anschluß an eine Sitzung verhaftet, als



Gewerkschaftsversammlung der Ölarbeiter in Barranca-Bermeja

sie das Gebäude von ECOPETROL verließen. Als Vorwand diente dazu eine Veranstaltung der Gewerkschaft, die am gleichen Tag stattfand. Die USO forderte die sofortige Freilassung der Inhaftierten und drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen. Nach vier Tagen waren die Verhafteten wieder in Freiheit.

Frage: *Ist die Arbeit der Gewerkschafter unter den geschilderten Bedingungen nicht sehr erschwert?*

Antwort: In solchen Augenblicken sicherlich. Gleichzeitig sind dies aber auch Zeiten erhöhter Aktivitäten. Es finden sehr viel Veranstaltungen statt, in denen nicht nur die Lohnforderungen diskutiert werden, sondern auch der politische Bewußtwerdungsprozeß vorangetrieben werden soll.

Ökonomische und soziale Forderungen

Frage: *Geht es bei den Forderungen der Arbeiter um ökonomische Verbesserungen?*

Antwort: An diesem Punkt ist es wichtig, auf die Geschichte der USO, die bis in die frühen 20er Jahre reicht, einzugehen. Außer auf die Lohnforderungen haben sich die Kämpfe der USO immer auch auf Verbesserungen im sozialen Bereich bezogen. Erreicht wurde z.B.: die medizinische Versorgung aller Familienangehörigen, eine verbesserte Schulausbildung für die Kinder, die Gründung eines Arbeiter-Clubs, die Einrichtung von Lebensmittelgeschäften, in denen zu niedrigeren Preisen eingekauft werden kann etc. Zudem wurde durchgesetzt, daß die aktiven Gewerkschaftsarbeiter für ihre Gewerkschaftsarbeit freigestellt und von der Firma bezahlt werden müssen.
Durch diese erfolgreichen Kämpfe hat die USO gleichzeitig zu einer Stärkung des Dachverbandes der Ölgewerkschaften beigetragen. Für die anderen Arbeiter in der Ölindustrie, z.B. bei Chevron, Texaco usw., wurde eine grundsätzlich günstigere Ausgangsposition geschaffen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die USO in diesem Jahr alle ökonomischen Forderungen durchgesetzt hat.

Für die Verstaatlichung der Ölindustrie

Frage: *Du hast eben noch andere Ölgesellschaften erwähnt, die jedoch nicht staatliche Unternehmen sind, wie ECOPETROL. Wie kam es zur Verstaatlichung von ECOPETROL?*

Antwort: Als der zwischen der Tropical Oil und der kolumbianischen Regierung abgeschlossene Konzessionsvertrag zur Ausbeutung der Erdölvorkommen im Jahre 1948 erneut verlängert werden sollte, setzte die USO die Regierung durch große, massive Streiks mit der Forderung nach Nationalisierung der Erdölindustrie unter Druck. Es ist unter anderem auf diese Kämpfe der Gewerkschaft zurückzuführen, daß der Konzessionsvertrag nicht verlängert und ECOPETROL 1951 als staatliches Unternehmen gegründet wurde.

Frage: *Aber wie verhält es sich nun mit den anderen, nicht verstaatlichten Unternehmen?*

Antwort: Die gibt es natürlich, aber die USO kämpft seit 1948 konsequent für die Nationalisierung des Erdöls. So konnte z.B. ein Vertrag zwischen Regierung und Tropical Oil zur Ausbeutung neuer Erdölvorkommen im Jahre 1961 verhindert werden. 1974 wurden die Ölfelder, die der Shell AG gehörten, verstaatlicht. Gleichzeitig existieren zwischen ECOPETROL und den Multis sogenannte Ausbeutungs- bzw. Produktionsverträge. Die USO versucht nun durchzusetzen, daß diese Verträge nicht zum Nachteil der nationalen Wirtschaft ausfallen.
1977 wollte ECOPETROL z.B. die Paraffin-Produktion an die DOW Chemical verkaufen. Die USO antwortete mit massiven Streiks und forderte, diesen Vertrag nicht zu unterschreiben – sie hatte Erfolg damit.

Frage: *Gibt es ähnliche Forderungen in der augenblicklichen Situation?*

Antwort: Die USO fordert zur Zeit die Regierung dazu auf, die Erdölproduktion zu steigern, weil sie der Meinung ist, daß es in Kolumbien sehr viel mehr Erdöl gibt als bisher bekannt. Die USO behauptet, und dies zu Recht, daß Kolumbien eine Art Erdöl-Reserveland für die Multis ist.

Sind auch die Zeitarbeiter organisiert?

Frage: *Bis jetzt hast Du Dich ausschließlich über die Gewerkschaftsarbeit geäußert, d.h. über die 4.500 festbeschäftigten Arbeiter bei ECOPETROL. Existiert für die*

Arbeiter und Militär

sogenannten Zeitarbeiter sowie für die kleinen Unternehmen, wie Handwerksbetriebe etc., die mehr oder weniger von ECOPETROL abhängig sind, auch eine Form der Organisation?

Antwort: Weißt Du, es gibt in den marginalisierten Stadtteilen eine sehr gute christliche Sozialarbeit, die schon seit fast 10 Jahren besteht. Das ist natürlich keine gewerkschaftliche Organisationsform, die diese Menschen sich geschaffen haben, sondern es gibt sogenannte Stadtteil-Gruppen, die sich mit den anstehenden Problemen sehr intensiv beschäftigen und daraus Forderungen für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation ableiten.
Die verschiedenen Gruppen der Stadtteile treffen sich regelmäßig einmal in der Woche, um zusammen das weitere gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Diese Gruppen haben sich im Laufe der Jahre mehr und mehr als autonome aktionsfähige Einheiten entwickelt.
Das Ziel dieser christlichen Sozialarbeit ist es, die Menschen über die Bewußtwerdung ihrer Situation zum Handeln, zum eingreifenden Verändern ihrer Lebenssituation zu bringen. Wichtig ist dabei vor allem der Schritt von der Theorie zur Praxis. Besonders aktiv in diesen Comités sind die Frauen. Vielen von ihnen ist es gelungen, sich gute praktische Erkenntnisse anzueignen und sich dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, sich und ihre Kinder über Wasser zu halten. Sicher ist das Bewußtsein der Menschen hier für die Notwendigkeit eines Wandels unterschiedlich stark ausgebildet, aber im Ganzen beurteile ich die Situation optimistisch.

Frage: *Wir danken Dir für das Gespräch.*

A.L.

EL SALVADOR

Bericht aus einer »Befreiten Zone«

Während die Nachrichtenagenturen pflichtbewußt Statistiken über die Zahl der täglich in den Straßen El Salvadors Ermordeten verbreiten, dringen nur wenige Informationen aus den „Befreiten Zonen" des Landes an die Öffentlichkeit. Hier halten die FMLN und ihre verbündeten Organisationen die militärische Kontrolle seit mehr als drei Monaten. Das neue El Salvador wächst in diesen Gebieten, unter den harten Bedingungen eines Landes im Krieg, aber auch mit der Begeisterung und der Hoffnung einer sozialen Revolution. Eine Agrarreform, der Aufbau eines Gesundheitssystems und die Anfänge einer Alphabetisierungskampagne bilden die Grundlage einer neuen Gesellschaft, die der Demokratie und Selbstbestimmung nicht mehr nur ein Zukunftstraum, sondern Realität für die kämpfende Bevölkerung sind. Leo Gabriel, Korrespondent für die mittelamerikanische Agentur APIA hatte kürzlich Gelegenheit, eine Woche in einem Befreiten Gebiet zu verbringen.

Mit ungewöhnlicher Pünktlichkeit kam das blaue Auto an unserem Treffpunkt im Zentrum der Hauptstadt San Salvador an. Ein kleiner behender Mann stieg aus und half uns ruhig, unser Gepäck in den Kofferraum zu laden. Als wir an den Präsidentenpalast und der sich anschließenden Militärbasis vorbeifuhren, erklärte uns unser Führer „El Zapote" mit weicher Stimme, was wir zu sagen hätten, wenn wir von einer Militärkontrolle gestoppt würden.
Am Anfang wären wir Touristen auf dem Weg zum Strand. Dann, wenn wir durch die Vorstädte von San Salvador führen, wären wir Journalisten auf der Fahrt zu einem Routinebesuch bei einem nahegelegenen Armeeposten. Wenige Stunden später tauschten wir in einer Provinzstadt die Autos und wurden zu einem Team von Anthropologen, die Studien über lokale religiöse Zeremonien betreiben.
„Wir müssen uns der Landschaft angleichen", erklärte unser Führer, als wir uns dem Punkt näherten, an dem wir unseren Weg in die Guerilla-Zone zu Fuß fortsetzen mußten.
„Und wenn wir jetzt gestoppt würden, was hätten wir dann zu sagen?" fragte ich etwas beunruhigt. Mit einem dünnen Lächeln antwortete er: „Wenn der Feind uns auf dieser Straße findet, brauchen wir keine Ausrede. Sie haben den Befehl, jeden Fremden, den sie hier finden zu töten." Wie vom Donner gerührt, wischte ich mir den Schweiß von der Stirn. Dieselbe Anspannung lag auf dem Gesicht des Bauern, der uns in die Zone führen sollte. Nach einigen Minuten fragte ich den Fahrer: „Hast du nicht auch Angst?" – „Wir müssen ständig daran denken, daß der Feind uns in jeder Minute entdecken kann", antwortete er, während er die Straße nicht aus den Augen ließ. „Aber wenn wir sterben müssen, haben wir wenigstens etwas für die Revolution getan. Ich will nicht sagen, daß ich keine Angst habe – im Gegenteil, aber die Angst hilft uns, wach zu bleiben. Aber mache dir keine Sorgen. Es wird Nacht und der Feind weiß, daß die Nacht uns gehört."
Es dämmerte schon, als das Auto plötzlich anhielt und unser Führer hinaussprang. Er griff sich eine unserer Taschen, hechtete über einen beschädigten Drahtzaun und rannte weiter. Wir hatten Mühe aufzuholen und für zehn Minuten, bis wir einen Fluß überquert hatten, herrschte Schweigen. Dann brach unser Führer die Stille und sagte: „Einige der Leute sind hier Spitzel, die uns an die Patrouillen verraten, wenn sie uns sehen." Das konnte mich nicht sehr beruhigen. „Woher weißt du, daß noch keine Streife hinter uns her ist?" – „Weil sie nur in Gruppen von hundert oder mehr so weit in diese Gegend kommen." – „Wegen der Landminen, die hier versteckt sind?" – „Richtig", sagte er mit einem breiten Grinsen, „wie die, auf der du jetzt gerade stehst." Ich fuhr herum und sah in der Dämmerung die Schatten bewaffneter Männer. Sie kamen näher und grüßten uns freundlich. Wenn wir von der Armee gewesen wären, hätten sie gewaltige Minen durch Fernsteuerung zur Explosion bringen können. Wir hatten die Grenzstation zur „Befreiten Zone" erreicht.

Die „Befreite Zone"

Die Südost-Front Francisco Sanchez ist eine von acht Zonen, in die sich die Guerilla nach ihrer nationalen Offensive im Januar zurückgezogen haben. Die Gegend umfaßt ca. 200 Quadratmeilen zwischen dem Pan-American-Highway und dem Pacific-Highway. Im Gegensatz zu den anderen „Befreiten Zonen" genießt die Guerilla in dieser Gegend nicht den Schutz der Berge. Es ist fast kahles Land, hügelig, mit einigen Tümpeln, mit Gestrüpp bewachsen und nur wenigen Straßen. Für die Guerilla gibt es wenig Möglichkeiten, einer Invasion durch die Armee auszuweichen.
„Der Feind weiß genau, wo sich unsere Camps befinden", erklärt Commandante Miguel, einer der Guerilla-Führer der Gegend. Trotzdem war die Armee bisher nicht in der Lage, die Guerilla zu vertreiben. Dreimal, im Januar und im Februar, startete die Armee dort Offensiven, wozu sie mehr als 1.000 Mann, unterstützt von Artillerie und Luftwaffe brauchte. Dreimal wurden die Truppen zum Rückzug gezwungen, nachdem sie heftige Verluste hinnehmen mußten. Die Guerilla führt einen Mangel an Kenntnis der Gegend und eine schlechte Moral als Hauptgründe für die Schwäche der Armee an. „Wir warten immer, bis der Feind sehr weit in unser Territorium vorgedrungen ist", erklärt Commandante Miguel, ein Bauernsohn aus der Gegend, dem diese vertraut und ein unbezahlbarer Verbündeter ist. „Und dann überraschen wir sie mit unseren Angriffen, wenn sie es am wenigsten erwarten."

Diese Taktik zeigt das militärische Ziel der Guerilla in diesem Stadium – die Armee aus der „Befreiten Zone" fernzuhalten, ohne feste Positionen zu beziehen und damit die offene Feldschlacht mit den Truppen zu vermeiden. Die sinkende Moral der Armee zeigte sich Ende Januar, als

eine große Zahl junger Rekruten von Offizieren der Nationalgarde geführt, in die „Befreite Zone" eindrang. In weniger als einer Stunde hatte die Armee mehr als 20 Opfer zu beklagen. Jedesmal, wenn sie versuchten, auf den umliegenden Hügeln Positionen zu beziehen, tappten sie in einen anderen Hinterhalt. Als Offiziere versuchten, einen geordneten Rückzug zu organisieren, flohen die Rekruten in wilder Panik.

Die Invasionen enden nicht immer so schnell. Besonders, so sagen die Guerilleros, wenn die Truppen von US-Militärberatern begleitet werden, die Erfahrungen in der Guerilla-Bekämpfung aus dem Vietnam-Krieg mitbringen. Nur Spott haben die Guerilleros für die offizielle Behauptung übrig, die US-Berater blieben immer in den Lagern, ohne direkt in die Kämpfe einzugreifen. Während früherer Angriffe der Armee auf Guerilla-Hochburgen, in Morazan und Guazapa, belagerten Tausende von Soldaten die Gegenden für mehr als drei Wochen. Ein Bauer erzählt uns, daß in der Nähe von San Vicente sechs Guerilleros in ihren Verstecken verhungert sind, als ihnen jeder Fluchtweg versperrt worden war. Unfähig, die Guerilla selber zu stoppen, versucht die Armee stattdessen wie in Nord-Vietnam, ihnen die Basis zu nehmen durch Vernichtung der Zivilbevölkerung. „Weil sie den Fisch nicht fangen können, vergiften sie das Wasser," erklärt ein junger Guerillero in Anspiel auf Mao Tse-tungs These, daß die Guerilla sich im Volk bewegen soll wie die Fische im Wasser.

Das Ziel der Armee ist, aus dem Land eine Wüste zu machen – keine Ernte, keine Lebensmittel, keine Menschen. Ernten werden umgepflügt, Häuser in Brand gesetzt, Haustiere werden geschlachtet. Und wenn das die Bauern nicht von ihrem Land vertreibt, dann werden sie massakriert. „An einem Ort hier in der Nähe ermordeten sie alte Leute, die nicht schnell genug fliehen konnten, mit Macheten", erzählt in alter Campesino. „An einem anderen Ort eine Mutter mit ihrem dreijährigen Kind." Unsere Unterhaltung mit Dutzenden von Einwohnern der Gegend um den Rio Lempa gaben uns einen erschreckenden Eindruck von der Brutalität, der sie ausgesetzt sind. Verstümmelte Körper, aus den Bäuchen schwangerer Frauen geschnittene ungeborene Babys. Köpfe von Ermordeten auf den Stufen der Häuser – so beschreiben sie das Schicksal von Familienmitgliedern, die in ihren Häusern geblieben sind.

Trotzdem weigert sich die Mehrheit der Bevölkerung, ihre Heimat zu verlassen. Für sie war die Frage: „Wer ist der Feind" nie ein politisches oder ideologisches Problem. Vielmehr ist es der einfache Überlebenskampf, in dem die meisten sich entschieden haben, der FMLN beizutreten. Das nicht heißt, daß alle Bauern in Guerilla-Camps gezogen sind, erklärt Miguel. „Wir haben doppelt soviele Leute hier, die kämpfen wollen, als wir mit Waffen versorgen können." Während die US-Regierung behauptet, es gebe hier soviele sowjetische und kubanische Waffen, daß die Guerilla um diese benutzen zu können, „gedungene ausländische Kommunisten" ins Land bringen muß, ist das größte Problem der Guerilla nach ihren eigenen Angaben, genug Waffen und Munition für diejenigen zu bekommen, die kämpfen wollen. Tatsächlich, von den hunderten von Waffen die wir sahen, waren fast alle entweder in den USA oder in Westeuropa hergestellt. Wir sahen nur ein einziges Gewehr, das aus der Tschechoslowakei kam. Die Waffenknappheit hat zur Entwicklung einer neuen Industrie geführt: dem Eigenbau von Waffen und Sprengkörpern. Unter den Bäumen sahen wir Guerilleros in Handarbeit aus frei verkäuflichen Materialien Granaten und Anti-Panzer-Minen herstellen. Noch ist die Mehrzahl der Menschen in der Zone unbewaffnet, aber nicht ungeschützt. Fast alle sind Mitglieder der Massenorganisationen, die mit den vier Guerilla-Gruppen, die an der Südost-Front operieren, verbündet sind. Jede der Gruppen hat ihre eigene Geschichte und die Einheit unter ihnen entstand nicht aufgrund abstrakter ideologischer Diskussionen, sondern im gemeinsamen Kampf. Zusammen führen sie ein anspruchsvolles politisches Programm durch, das wenigstens so bemerkenswert ist wie ihre militärische Kampagne.



Die Guerilla ist in ein Dorf gekommen und erklärt den Campesinos den Gebrauch der Waffen

Der Aufbau des El Salvador von morgen

Jede der Gruppen behielt verstreut über die ganze Zone ihre eigenen Camps, die zu Schutzstätten für die Zivilbevölkerung während der Armee-Angriffe wurden. Wenn mitten in der Nacht die Nachricht kam, daß die Armee Positionen entlang dem Highway einnahm, strömten hunderte von Bauern in die Camps, um sich Anweisungen zu holen. Alle Familien hatten ihre wichtigste Habe zusammengepackt und Säcke mit Getreide vergraben. Große Korn- und Bohnenreserven waren schon in unterirdischen Behältern gelagert. In den letzten Wochen waren auch Bunker für Notfälle gebaut worden. Jede Gruppe von Zivilisten wurde auf den Wegen zu ihren Verstecken von Guerilla-Einheiten begleitet. Lokale Führer der Massenorganisationen gingen mit ihnen, um auf diesen Märschen ihre Moral zu heben und ihnen Mut zu machen. Dieses Mal hatte die Armee nicht angegriffen. Nach einigen Streifzügen in der Nähe der Straße hatten sie ihre LKWs bestiegen und waren davongefahren.

Es sind die Pausen zwischen den Kämpfen, in denen die Massenorganisationen ihre wahre Bedeutung zeigen. An der Südost-Front entwickeln sie Grundlagen für die zukünftige politische, soziale und ökonomische Struktur von El Salvador. Eine wirkliche Landreform wurde begonnen, und die Bauern haben angefangen, Kooperativen zu bilden. Einige der Organisationen haben Kommunen gegründet, in denen die Bauern das Land gemeinschaftlich bearbeiten. Andere haben das Eigentum an den wieder-aufgebauten Häusern und Feldern erhalten, und die Einwohner führen gemeinsame Arbeiten zusammen aus. Für die Ernten und bedeutende Aufgaben fassen die Organisationen ihre Kräfte zusammen. Solche radikalen Veränderungen werden erleichtert, weil viele der Bauern erst kürzlich in diese Zonen kamen, und deshalb weder überkommene Ansprüche auf Land, noch eine eingefahrene Arbeits- und Lebensweise mitbringen. In den letzten Wochen wurde die ökonomische Reform von einer politischen begleitet, die zu einer größeren öffentlichen Beteiligung bei gleichzeitiger Verminderung der Differenzen zwischen den politischen Gruppen führte. In öffentlichen Versammlun-

gen wählten die Bauern Repräsentanten, und schafften damit die Grundlage für die Formierung der Volksmacht, die als ein Vorbild für die neue Gesellschaft von El Salvador Bedeutung erhalten wird. Viele andere Revolutionen haben das, was in El Salvador schon während des Krieges realisiert wird, bis auf die Zeit nach den Kämpfen verschoben.
Eine Alphabetisierungskampagne wurde ohne ein einziges Buch begonnen. Bewaffnet nur mit dem Wissen, das auch andere Revolutionen gegen den Analphabetismus kämpften, haben sie damit angefangen. Anstelle von Papier und Stiften haben sie nur Dreck und Stöckchen. Aber schon beginnen sich die ersten Buchstaben zu formen. Auf Papierfetzen malen die Schüler Zeichen: Das Bild einer Machete, von einem Gewehr gekreuzt, sagt in schlichten Zeichen: „Wir bestellen die Felder und wir erhöhen die Produktion". Auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge werden Fortschritte gemacht, dank der Ärzte, die sich dem Kampf angeschlossen haben. Wie die Barfußärzte in China lernte eine Gruppe von Bauern Erste Hilfe für Verwundete und veranstaltet Versammlungen zur Gesundheitserziehung, in denen sie die Grundlage von Hygiene und Erster Hilfe weitergeben. Wir beobachteten eine Gruppe, in der Ärzte einen Hund sezierten und dabei die Funktion der verschiedenen Organe erklärten.



Provisorische Krankenversorgung durch salvadorianische Guerilleros

Es ist zu erwarten, daß diese Ansätze für ein neues El Salvador erweitert werden können, wenn die Regenzeit die Zone für die Armee unpassierbar macht. „Im Norden ist die Konsolidierung unserer Fronten weiter fortgeschritten als im Süden, wo wir unseren Einfluß aus geographischen Gründen noch nicht so sehr haben festigen können", erklärt Miguel. „Aber auch in den Zonen, in denen es eine Doppelmacht von Regierung und Guerilla gibt, unterstützt uns die Bevölkerung."

Rückweg

Nach einer Woche der Nachforschungen und bevor die Armee die Zone wieder von der Außenwelt abschneidet, mußten wir über die unsichtbare Grenze zwischen Zivilisation und Barbarei zurückkehren. Diesmals war das Risiko größer, weil wir keine Informationen über die nahen Truppenbewegungen hatten. Wir näherten uns unserem Treffpunkt, begleitet von einer Revolutions-Lieder singenden Guerilla-Einheit. Nachdem wir den Fluß überquert hatten, mußten wir unsere dreckige, verschwitzte Kleidung wechseln. Sie hätte uns verraten können, wo wir herkamen. Danach gingen wir leise weiter. Der Führer der Einheit sah auf eine Uhr in seiner Hand und sagte: „Wir können an dem Treffpunkt auf keinen Fall länger als fünf Minuten bleiben." Wir marschierten durch die Büsche seitlich der Straße, während ein unbewaffneter Bauer auf der Straße vorausging, um eine Armeestreife rechtzeitig zu bemerken. „Gestern haben die Soldaten einige Häuser so unauffällig umzingelt, daß wir sie erst entdeckten, als sie schon vor der Tür standen," hatte der Bauer erzählt. Die jungen Guerilleros konnten ihre Nervosität kaum verbergen. Wir hörten das Geräusch von Fahrzeugen auf der Straße und versteckten uns hinter einer Mauer. Die Sekunden wurden zu Minuten ... Späher berichteten von einer Straßensperre der Armee ca. 400 Meter entfernt. Offensichtlich hatte die Umzingelung und damit die Invasion begonnen. Bald würden Spitzel den Truppen von unserer Anwesenheit erzählen. Würden wir dann noch genug Zeit haben zu erklären, daß wir wirklich nur Journalisten sind? Wieder hatte ich das Gefühl ins Leere zu fallen. Dann hörten wir plötzlich das Geräusch eines Motors. Es war unser Auto und gebückt rannten wir darauf zu. Als wir einen Ausweis mit der Aufschrift „Internationale Presse" an die Windschutzscheibe hielten, rasten wir bereits die Schnellstraße entlang. In der Hauptstadt hörten wir im Staatlichen Rundfunk einen Bericht über „sowjetische Berater, groß, blond und mit Brillen", die beim Besuch der Guerilla-Camps beobachtet worden wären.

IDES, Informationsdienst
El Salvador, 12. 6. 1981

NICARAGUA

Die Schule in die Hütten tragen



Wir sind den ganzen Tag im dicken Schlamm durch den regenaufgeweichten Urwald marschiert. Jetzt beeilen wir uns, den Hügel zu einer Bambushütte hochzustapfen, um noch vor Einbruch der Dunkelheit einen trockenen Schlafplatz zu finden.
„Wie wir wohl, so naß und dreckig, wie wir sind, empfangen werden?" Zum Glück müssen wir uns darüber nicht lange den Kopf zerbrechen, denn die Bauernfamilie, die die Hütte bewohnt, fordert uns nach kurzem Zögern freundlich auf, einzutreten. Wir setzen unsere schweren Rucksäcke ab und lassen uns erleichtert auf eine Holzbank fallen.
Die Hütte gleicht den meisten Behausungen, wie wir sie in den Bergen gesehen haben: über festgestampftem Erdboden ein Dach aus Palmwedeln, in einer Ecke des Raumes das Holzfeuer, daneben ein breites Holzbrett, mit Kochtopf, Trinkschalen, Mais- und Bohnenvorräten, ein Mahlstein und ein Wasserkanister – die Küche.
In der anderen Ecke die Schlafstelle der Familie: eine Hängematte und zwei Feldbetten. Offensichtlich finden darin die Eltern und ihre elf Kinder Platz; eine weitere Schlafmöglichkeit jedenfalls gibt es nicht. Der einzige Gegenstand in der Hütte, der keinen unmittelbaren Gebrauchswert hat, ist ein Plakat der Alphabetisierungskampagne: „Alphabetisieren heißt Dunkelheit in Klarheit verwandeln!".

Organisation ist notwendig...
Uns überrascht das nicht, denn in jeder noch so abgelegenen Hütte sind seit dem 23. März 1980 die Tafeln, Bücher und Hefte der Alphabetisierungskampagne zu finden. 60 000 der insgesamt 100 000 Alphabetisatoren (Alphabetlehrer) sind an diesem Tag für fünf Monate in die Berg- und Küstengebiete gezogen, um die dort lebende Bevölkerung im Lesen und Schreiben zu unterrichten. Die Bäuerin erzählt, während wir uns mit Reis und Bohnen stärken, daß auch in ihrer Hütte eine Alphabetisatorin lebt, Chepita, eine 15jährige Schülerin aus Managua.
Tatsächlich ist in dem Bündel Post, das wir für die Gemeinde Las Martinas in unseren Rucksäcken haben, auch ein Brief für Chepita dabei. Er kommt von ihrer Mutter aus Managua. Einen Abschnitt daraus liest Chepita, die inzwischen gekommen ist, spontan vor:
„Die Alphabetisierung hier in der Stadt erfüllt das ganze Leben. Auf dem Markt sitzen die Marktfrauen mit einem Lesebuch auf dem Schoß vor ihren Körben und lernen in der großen Hitze neben ihrer Arbeit. Die kleine Kirche in unserer Straße ist kaum mehr zu erkennen, weil sich dort jeden Abend nach der Arbeit alle Nachbarn, die noch nicht lesen und schreiben können, zum Unterricht treffen. Auch zu mir kommen immer noch täglich drei Kinder aus dem Haus. Viel Arbeit ist das, aber wir haben auch viel Spaß dabei, und dem 12jährigen Carlos fehlen nur noch drei Lektionen bis zum Abschluß der Lesefibel."

Chepitas Mutter gehört zu den „Alfabetisadores populares" (Volkslehrern), das sind Hausfrauen, Studenten und Angestellte, die nach ihrer Arbeit die Analphabeten in den Städten unterrichten. Chepita selbst gehört – und darauf ist sie sehr stolz – zum „Volksheer der Alphabetisierung", in dem die Jugendlichen zusammengefaßt wurden, die ihren Heimatort verließen, um in den Landgebieten zu unterrichten.
Ob sie sich nicht manchmal alleine fühle, so weit weg von



Eltern und Geschwistern, fragen wir. Aber Chepita schüttelt den Kopf, sie treffe ja jedes Wochenende die anderen Alphabetisatoren aus ihrer „Escuadra".
„Eine „Escuadra" setzt sich aus ungefähr 30 gleichaltrigen Jugen oder Mädchen zusammen, die nach Möglichkeit aus der gleichen Stadt kommen. Wir zum Beispiel kommen sogar alle aus der gleichen Schule! Zusammen mit unserem pädagogischen Betreuer, besprechen wir Unterrichtsprobleme, diskutieren Neuigkeiten aus Managua und beraten über gemeinsame Aktionen. Und natürlich wird viel gefeiert! Versorgt werden wir dann noch von einer Gesundheitsbrigade" – sie lacht uns an – *„und einer technischen Kommission, die Ausrüstung, Transport und Verpflegung organisiert!"*

Unterricht mit Alltagsbezug
Als wir am nächsten Morgen unsere Medikamente in der nahegelegenen Kirche aus den Rucksäcken packen, sitzt Chepita bereits auf einer schmalen Kirchenbank und bereitet den Unterricht vor. Wenig später hören wir die zaghaft gesungenen Töne der nicaraguanischen Nationalhymne: Zwei kleine Mädchen und Chepita stehen mit der rechten Hand auf dem Herzen vor der Tafel und eröffnen den

Unterricht. Jede Stunde fängt auf diese Weise an und wird mit der Hymne der neuen Revolutionsregierung beendet. Etwas befremdlich für uns, aber für die Nicaraguaner, die gerade einen nationalen Befreiungskampf hinter sich haben, durchaus selbstverständlich.

Die folgende Wiederholung der am Vortag gelernten Silben und Wörter, auf die alle folgenden Übungen aufbauen, fällt den beiden Mädchen nicht schwer. „Leben und Arbeit auf dem Land" heißt das Thema einer neuen Lektion aus dem speziell für die Alphabetisierungskampagne erarbeiteten Lehrbuch. Wieder lernen die Schülerinnen eine neue Silbe, erkennen sie in verschiedenen Worten wieder und kombinieren sie schließlich zu Wörtern mit neuer Bedeutung, die an die Tafel gemalt, gelesen und dann ins Heft geschrieben werden – noch etwas unsicher, aber dafür, daß die beiden Mädchen vor sechs Wochen noch keinen einzigen Buchstaben malen konnten, erstaunlich schnell.

Zwar erkennen wir in dieser Lerntechnik – wie auch in den aus dem Alltagsleben gegriffenen Themen – die Methode Paulo Freires wieder, aber wir fragen uns, wo denn in dieser ersten Stunde die berühmte Freiresche Bewußtseinsbildung bleibt, wo also der Unterricht über die Vermittlung von bloßer Lese- und Schreibfertigkeit hinausgeht.

Denn der brasilianische Pädagoge Freire, der in einigen Ländern Lateinamerikas Alphabetisierungskampagnen durchgeführt und auch bei der Vorbereitung der nicaraguanischen Kampagne mitgeholfen hat, sieht die wichtigste Funktion der Alphabetisierung in der „Erziehung zur Befreiung", also in der Schaffung von Bewußtsein über die eigene Situation und deren Ursachen, mit dem Ziel, sie gemeinsam nach eigenen Vorstellungen zu verändern.

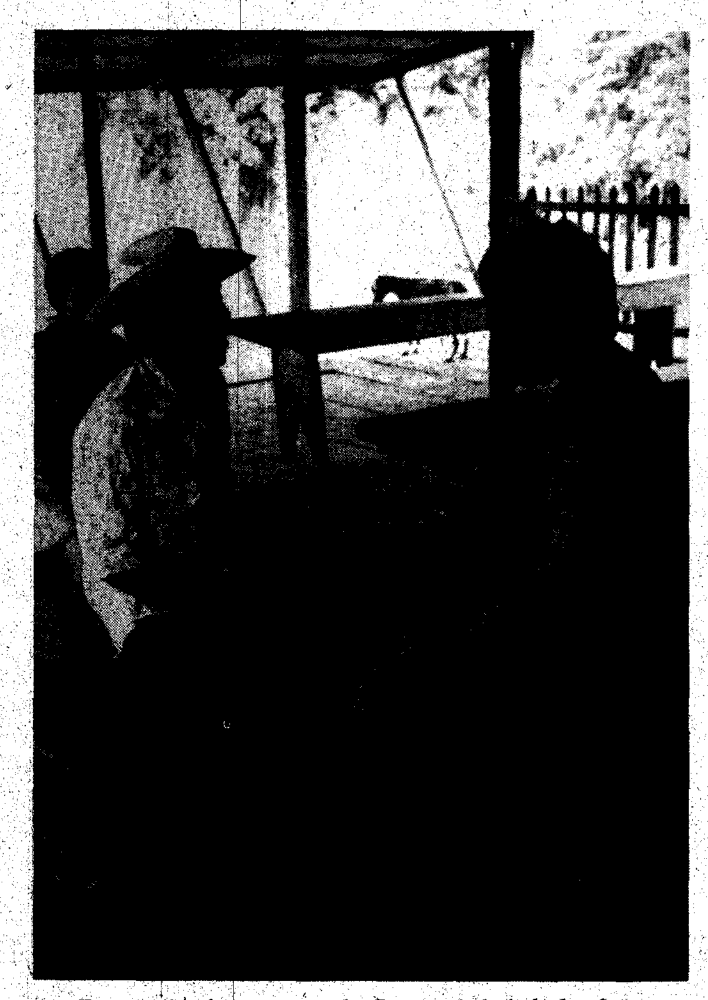
Doch da gerade fängt Chepita an, mit den Kindern über die Arbeit in den Plantagen, die Regenzeit, die vielen Krankheiten und über den fehlenden Zucker zu reden. Deutlich noch sehen wir später, als drei Bauern, Campesinos, zum Alphabetisieren kommen, wie in gemeinsamen Gesprächen, sowohl die Situation während der Somoza-Diktatur, die Fortschritte und Mängel des momentanen Entwicklungsprozesses, als auch die Möglichkeiten einer Verbesserung der Lebensbedingungen durch Selbstorganisation erörtert werden.

Chepita arbeitet sechs bis acht Stunden täglich mit insgesamt zehn Campesinos, teils in Einzelunterricht, teilweise aber auch – bedingt durch den oft unterschiedlichen Kenntnisstand – mit mehreren Kleingruppen gleichzeitig. Zeitpunkt und Dauer des Unterrichts sind auf die Arbeitszeit der Bauern abgestimmt: Während morgens die Frauen und Kinder mit ihren Büchern unter dem Arm in die Kirche kommen, sitzen die Männer noch nach Einbruch der Dunkelheit über ihren Heften.

Nicht nur Lehrer

Welche Belastung die Alphabetisierung für die Bevölkerung nach dem langen Arbeitstag bedeutet, ist den Campesinos kaum anzumerken. Auch Chepita ist nach dem Unterricht noch so gut gelaunt, daß wir bis spät in die Nacht in unseren Hängematten sitzen, nicaraguanische Lieder singen und erzählen – bis wir einschlafen. Trotz der vielen Moskitos und Flöhe.

Wenige Tage später stehen wir um 4 Uhr morgens mit dem Bauern auf, um weiterzuziehen. Am Wochenende haben wir die jugendlichen Alphabetisatoren verarztet und auch die Bauern mit den notwendigsten Medikamenten versorgt. Oft konnten wir nicht weiterhelfen, weil unsere Medikamente einfach nicht ausreichten. Uns ist klar, daß eine längerfristige Lösung der enormen Gesundheitsprobleme in den Bergregionen gesucht werden muß, und daß unsere Arbeit nur ein Tropfen auf den heißen Stein



ist. Einstweilen können wir die Bauern lediglich darüber informieren, daß die Regierung der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) zum Aufbau eines Basisgesundheitswesens medizinische Ausbildungskurse organisiert, zu denen jedes Dorf einen Bewohner schicken soll. Die Bauern von Las Martinas wollen am nächsten Wochenende darüber beraten, wer von ihnen zu diesem Kurs gehen könnte.

Während wir auf den Bauern warten, der uns mit seinen Maultieren bis zum nächsten Dorf begleiten will, ist unsere Gastfamilie mit Chepita dabei, Mais für die Tortillas zu mahlen und Bohnen auszulesen. Auf unsere Frage, welche Erfahrungen sie im Zusammenleben mit den Bauern nun gemacht habe, antwortet Chepita nachdenklich:

„Wir wissen zwar, was eine Küchenmaschine ist oder ein Elektroherd, aber wie man mit einem Mahlstein umgeht oder auf einer Holzfeuerstelle kocht, davon haben wir keine Ahnung. Wir haben geglaubt, alles zu wissen, weil wir auf die Schule oder die Universität gehen, aber in Wirklichkeit wissen wir nichts von unseren nationalen Werten, Kulturgütern und Volksbräuchen. Von der Armut auf dem Land und den Problemen des größten Teils der Bevölkerung hatten wir keine Vorstellung."

Leben in diesen armen Regionen des Landes bedeutet: kein fließendes Wasser, keine Elektrizität, einförmige, oft karge Mahlzeiten, unzureichende hygienische Verhältnisse, Ungeziefer, ungewohntes feucht-heißes Klima, Krankheiten und manchmal auch Tod. Kein Wunder, daß insgesamt etwa 5 000 Jugendliche vor Ende der Kampagne nach Hause zurückkehrten, „desertierten" wie das in den Listen der Alphabetisierungs-Kommissionen genannt wird.

Oft wird die Bewältigung des Alltags im Urwald aber auch zum reizvollen Abenteuer für die Stadtjugendlichen: Sich Transport – und Fortbewegungsmittel zu erschließen, heißt, mit Pferden und Maultieren umgehen zu lernen und

Einbäume auf reißenden Flüssen fahren zu können. Mit den Bauern auf Gürteltierjagd oder Fischfang zu gehen, beim Bestellen der Mais-, Reis- und Bohnenfelder mitzuhelfen, Bananen aus dem Urwald zu holen, Kühe zu melken und Käse zuzubereiten, schafft einen Bezug zu der harten Arbeit und Verständnis für die Probleme der Bauern.

Mehr als Lesen und Schreiben

Am Anfang der Alphabetisierungskampagne waren die Bauern skeptisch, distanziert und teilweise sogar offen feindlich gegenüber den Stadtjugendlichen eingestellt. Da sie jedoch bald merkten, daß die jungen Lehrer" nicht nur kamen, um ihnen etwas beizubringen, sondern ebenso auf ihre Hilfe angewiesen waren, um sie in den Bergen überhaupt zurechtzufinden, wurden sie zunehmend aufgeschlossener. Über das Zusammenleben mit den Alphabetisatoren und durch das gemeinsame Lernen wurden sie mit deren Bedürfnissen, Ideen und Vorstellungen von Fortschritt, Veränderung und Bedeutung der Revolution konfrontiert.
Wie wir in der Endphase der Kampagne miterlebten, führten die Auseinandersetzungen zu ersten Ansätzen von Selbsthilfe auf vielen Gebieten: So organisierten zum Beispiel die Alphabetisatoren mit den Bauern die Ausbildung der „Milicias", einer paramilitärischen Gruppe von Freiwilligen, mit dem Ziel, sich gegen Angriffe von konterrevolutionären – wie sie in den Bergen immer wieder vorfallen – verteidigen zu können. In vielen Gemeinden wurden auf Anregung der Jugendlichen sogenannte „Komitees zur Verteidigung der Sandinistischen Revolution „gegründet, deren Mitglieder sich regelmäßig treffen, um Probleme der Gemeinde zu besprechen.
Daneben gaben die Alphabetisatoren in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbrigaden Anstöße für den Aufbau von Gesundheitsposten und Medikamentendepots. Die Verbreitung von Malaria, Parasiten, Niereninfektionen, Rheuma, Tuberkulose und Berglepra wurde erfaßt und Behandlungen und Präventivmaßnahmen eingeleitet. Dabei wurden auch Sümpfe und Tümpel trockengelegt, Obstbäume angepflanzt und Brunnen gegraben. Überall dort, wo heute eine Latrine steht, hat mit Sicherheit ein Alphabetisator gelebt.

Nur ein Anfang

Wie für die Alphabetisatoren, die mit unzähligen Bussen, Lastwagen und Helikoptern zwischen dem 15. und 19. August aus allen Gebieten Nicaraguas – wenn auch traurig über den Abschied von ihren Bergfamilien, so doch in hervorragender Stimmung – nach Managua zurückkehrten, war auch für unsere Brigade die Arbeit in den Bergen beendet. Begeistert feierten wir das Wiedersehen „unserer" Alphabetisatoren mit ihren Familien auf dem „Platz des 19. Juli" und auf zahlreichen Festen mit, und durch ganz Managua klang tagelang der Satz: „Wir haben die Unwissenheit besiegt!"
Die gleichen Jugendlichen sind es auch, die bei dem großen Festakt zum Abschluß der Alphabetisierungskampagne am 23. August immer wieder rufen: „Wir siegten im Befreiungskrieg, wir siegten bei der Alphabetisierung, wir werden beim Wiederaufbau siegen!" Denn vor allem die jungen Nicaraguaner haben ihr Land mit seinen hochentwickelten Sektoren einerseits und völliger Unterentwicklung andererseits erst während der Alphabetisierungskampagne richtig kennengelernt und sehen, vor welchen enormen Aufgaben die Revolution steht.
Während der Kampagne, in der die Nicaraguaner durch den Einsatz aller ihrer Kräfte die Alphabetenquote im Land von 50 auf 13 Prozent senken konnten, vertiefte sich das Bewußtsein, daß mit dem Sieg über Somoza die Revolution überhaupt erst begonnen hat. Bestärkt durch den großen Erfolg der Kampagne geht man jetzt daran, die mühevollen Anfänge fortzusetzen.

Versuch einer „Arbeitsschule"

Die in der Kampagne noch nicht oder nicht „fertig" Alphabetisierten – und das waren Ende August noch etwas 130 000 – sollen in einer „Nachkampagne" alphabetisiert werden. Im November 1980 begann zudem eine eigene Kampagne für die bisher nicht alphabetisierte englisch- und miskitosprachige Bevölkerung an der Atlantikküste, für die auch spezielle Lesebücher angefertigt wurden, die sich ganz auf die Lebensbedingungen und die völlig andere Kultur der schwarzen und indianischen Küstenbewohner beziehen.
Die Erwachsenen, die gerade lesen und schreiben gelernt haben, werden in technischen und ökonomischen Kursen, die vom Erwachsenenbildungsministerium organisiert werden, aus- und weitergebildet. Das Gesundheitsministerium ist dabei, in einer systematischen Aufklärungskampagne die gesetzten Anfänge weiterzuentwickeln: ein Malariabekämpfungsprogramm beispielsweise (80 % der Landbevölkerung leiden an Malaria) hat bereits großen Erfolg.
Seit dem 1. Oktober ist der Schul- und Universitätsbetrieb wieder in vollem Gang. Vor allem Techniker, Ärzte und Lehrer, die das Land dringend benötigt, sollen nach völlig neuentwickelten Lehrprogrammen ausgebildet werden. Im Dezember allerdings wurden die Schulen und Universitäten wieder geschlossen, um einen ersten Versuch der „Arbeitsschule" durchführen zu können. Ein Teil der Schüler arbeitete in dieser Zeit freiwillig bei der Kaffee-Ernte mit, während die übrigen Jugendlichen nach eigenen Plänen dort halfen, wo sonst noch Unterstützung notwendig war: sie bauten Schulen, pflanzten Bäume, bemalten öffentliche Gebäude, reinigten Straßen und Schulen und vieles mehr.
Dieses Projekt entstand aufgrund der positiven Erfahrungen der Alphabetisierungskampagne und ist ein Versuch, auch längerfristig lernen und Arbeit zu einer untrennbaren Einheit zu machen. Nicht nur in pädagogischer Hinsicht ist diese Art von Arbeitseinsätzen von großer Bedeutung. Auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation des Landes kann das neue Nicaragua ohne Integration und Beteiligung aller am praktischen Wiederaufbau wohl kaum überleben; und ohne das Möglichmachen von Bildung für alle ist eine eigenständige Entwicklung nicht zu verwirklichen.
Als wir Nicaragua Ende November verließen, liefen die beschriebenen Projekte im ganzen Land auf Hochtouren. Etwas chaotisch zwar, weil die „Nicas" in Verwaltung und Organisation noch sehr ungeübt sind und weil in allen Bereichen Fachkräfte fehlen. Aber wenn wir bedenken, daß sowohl der Befreiungskrieg, als auch die Alphabetisierungskampagne letztlich nur durch einen guten Teil Improvisationsvermögen, Phantasie und einen kaum vorstellbaren Einsatz aller erfolgreich waren, läßt dies hoffen, daß die neuen Ziele nicht zu hoch gesteckt sind.



Bärbel Schreiber
Christa Koch

REPRESSION IN DER BRD

Zur Kriminalisierung von Hausbesetzern



In den letzten Monaten fand in Freiburg eine harte Auseinandersetzung statt: Der Hausbesetzerbewegung sollte ein- für allemal ein Ende gemacht werden. Neuerlich entzündet hatte sich der Kampf an der Räumung des Schwarzwaldhofes, eines zum Abriß stehenden Altbaukomplexes, der nach seiner Besetzung im Juni 1980 rund achtzig Leuten Raum zum Wohnen bot und darüber hinaus für viele andere Freiburger alternatives Kommunikations- und Kulturzentrum wurde.
Nach der Räumung wurde das Gelände erneut besetzt — diesmal jedoch von der Polizei. Diese Belagerung dauerte zwei Monate an und machte die Härte der Konfrontation offensichtlich.
Sie zeigte sich in den Demonstrationen, die — über Monate hinweg — wöchentlich stattfanden und von einem unverhältnismäßig hohen Polizeiaufgebot begleitet wurden. Und sie wird deutlich in den über 250 Verhaftungen, mit denen auch weiterhin zu rechnen ist.

Es gibt hier aber auch den versteckten Kampf, die (un)heimliche Konfrontation mit der Staatsmacht. Das baden-württembergische Landeskriminalamt hat eine Sonderkommission beauftragt, über die Hausbesetzerszene zu ermitteln. Das führt zwangsläufig zu Observierungen, die nicht immer unbemerkt bleiben, z.B. dann nicht, wenn auch nachts die versteckten Kameras blitzen.
Vorläufiges Resultat dieser sogenannten „harten Linie" gegen Hausbesetzer und ihre Sympathisanten ist eine enorme Militarisierung der Auseinandersetzungen auf der Straße und die Inhaftierung von vier Personen.
Mit diesem Vorgehen hat der Staat eine Dimension in seinem Kampf gegen Hausbesetzer erreicht, deren Bedeutung es an der Zeit ist, einzuschätzen.

Hausbesetzer = Terroristen?

In der Nacht vom 5. zum 6. März kam es in Nürnberg infolge einer randale (6 Scheiben gingen zu Bruch) zu einer der größten Massenverhaftungen seit der Nazizeit. Dabei ging es offensichtlich nicht um Recht oder Unrecht, sondern um die Bekämpfung einer Bewegung, bei der jedes Mittel recht sein sollte. Der Verstoß gegen das bestehende Recht war derart eklatant, daß selbst sozialdemokratische Politiker und renommierte Juristen den Rechtsbruch verurteilten und anprangerten.
Diejenigen, die ihn politisch zu verantworten haben (juristisch sind nur die Richter, von denen die Haftbefehle ausgestellt wurden, verantwortlich), Ministerpräsident Strauß und Innenminister Tandler, rechtfertigten ihn, indem sie feststellten, unter den Hausbesetzern entwickle sich „ein neuer Terrorismus".
Die hiermit angedeutete Einordnung der Hausbesetzer in die Kategorie des Terrorismus ebnet den Weg für eine bedrohliche Manipulation der Rechtssprechung und Rechtsauslegung bis hin zum staatlich legitimierten Rechtsbruch.

In einer Zeitungsnotiz vom 14.3.1981 berichtet die FAZ: *„Bundesinnenminister Baum hat am Freitag Verbindungslinien zwischen Hausbesetzern und Terroristen bestätigt. In einer Untersuchung des Bundeskriminalamtes über 1.300 Hausbesetzer heißt es, 'unter den ermittelten Personen bei Hausbesetzungen und Anschlußdemonstrationen wurden insgesamt 70 Personen mit Bezügen zur Terrorismusszene festgestellt'. . . . Baum sagte, es gebe erkennbare Einflüsse, die Hausbesetzer hätten sich jedoch an ihnen nicht interessiert gezeigt."*
Was Baum damit gemeint haben will, sei dahingestellt. In der Öffentlichkeit jedenfalls wird durch Äußerungen dieser Art die Assoziation zwischen Hausbesetzern und Terroristen geweckt. Damit wird ein politisches Klima in der Bevölkerung geschaffen, das es ermöglicht, auch auf juristischer Ebene und unter Anwendung der bestehenden Gesetze mit bisher unbekannter Härte gegen Hausbesetzer vorzugehen. Somit wird auch ihre Kriminalisierung erleichtert, die über die bisher übliche Verfolgung durch § 123 (Hausfriedensbruch) wesentlich hinausgeht.
In den meisten Fällen werden dabei die Paragraphen 125, 125a also Landfriedensbruch, 129, also die Bildung, Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung (in) einer 'kriminellen Vereinigung' und 129 a, d.h. die Bildung, Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung (in) einer 'terroristischen Vereinigung' angewendet.

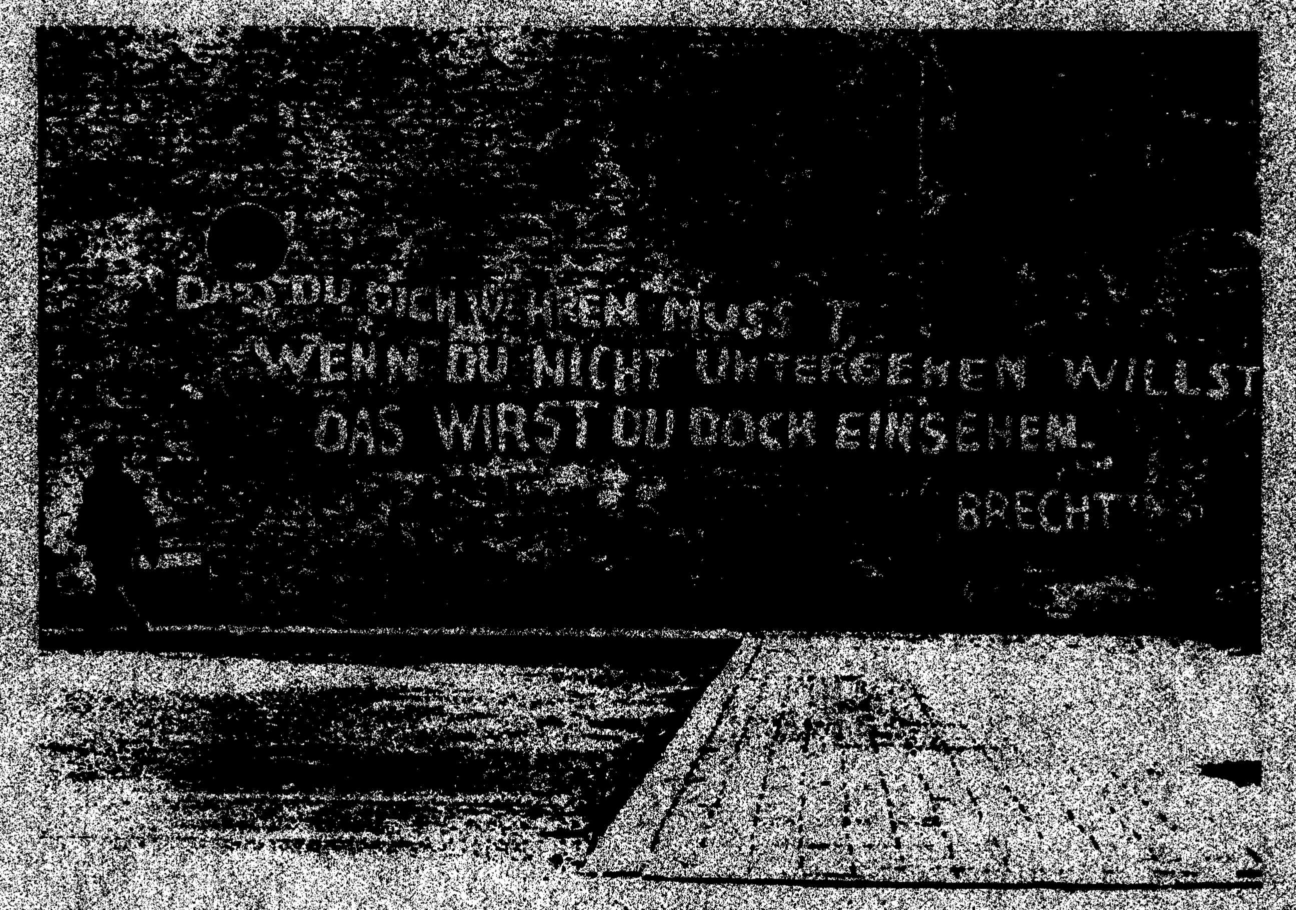
Geschickte Taktik in Freiburg

Auch in Freiburg fand mit der Räumung des Schwarzwaldhofes, die ohne Räumungsantrag und auf höchste Weisung aus Stuttgart erfolgte, eine Massenverhaftung statt.
Die am Vormittag des 5. März im Schwarzwaldhof verhafteten einundsiebzig Leute wurden verdächtigt, am Abend

zuvor in der Stadt besonders schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Die Zahl der Leute, die abends vom besetzten Schwarzwaldhof aus in die Stadt zogen, betrug ca. einhundertfünfzig. Da die Polizei bei der Randale nicht eingriff, ist niemand „auf frischer Tat" ertappt worden, und es konnte von ihr auch niemand identifiziert werden — eine Situation ähnlich der in Nürnberg.
Doch die Taktik der baden-württembergischen Landesregierung im Vorgehen gegen die Freiburger Hausbesetzer war geschickter als die bayrische in Nürnberg, denn alle Verhafteten bis auf einen wurden am Abend wieder freigelassen. Im Gegensatz zu der Massenverhaftung à la Nürnberg soll die U-Haft Einzelner den Anschein erwecken, es handele sich um rechtmäßige Verhaftungen.
Deshalb konnte Lothar Späth das bayrische Vorgehen kritisieren und damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens berücksichtigte er die Freiburger Verhältnisse und zweitens meinte er „den richtigen Weg" gegangen zu sein. (FR 16.3.81).
Denn: Mit der Räumung des Dreisamecks im Juni 1980 erfuhr die Freiburger Bewegung eine ungeheure Mobilisierung. Zehntausend nahmen sich die Straßen und in ihrem Schutz wurde der Schwarzwaldhof besetzt. Die Zeit im Schwarzwaldhof hatte die Hausbesetzerbewegung gefestigt und erweitert. Seine Räumung brachte diesmal Zwanzigtausend auf die Straßen Freiburgs. An einer weiteren Eskalierung infolge einer lang andauernden Massenverhaftung konnte der Landesregierung nicht gelegen sein. Ihre Taktik war es, die Bewegung auf der Straße mit Knüppeln zu bekämpfen und Einzelne durch Isolation im Knast.
In diesen Tagen und Wochen glich der Gang durch die Stadt für so manchen einem Spießrutenlaufen durch Polizeiknüppel; es schien, als wollte man allen den Schwarzwaldhof aus den Hirnen prügeln.
Zusätzlich führte die Polizei die schon erwähnten Verhaftungen durch: Schorsch behielten sie gleich am Tag der Räumung im Knast, und auf den Demonstrationen der nächsten Tage wurden unzählige Leute festgenommen, die nach der üblichen erkennungsdienstlichen Behandlung alle wieder freigelassen wurden.
Erst später wurde gezielt verhaftet. Am 25.3. nahmen sie Winne nach einer Demonstration fest. Am 23.4. wurde Uwe auf der Straße verhaftet und am 9.5. wurde Günter im Wald umstellt und festgenommen.
Da bei der Räumung des Schwarzwaldhofes die Bekämpfung der Hausbesetzerbewegung um die Dimension „Knast" erweitert worden ist, müssen Gesetze herangezogen werden, die die Haft ermöglichen.
In Freiburg und anderen Zentren der Hausbesetzerbewegung ist das der § 129, also die Bildung etc. einer 'kriminellen Vereinigung', die sich aus mindestens drei Leuten zusammensetzen muß.

Der § 129, seine Geschichte und Anwendung

Dieser windige Paragraph hat Geschichte.
Einen Vorläufer von ihm gebrauchten die Nazis als Staatsschutz gegen, wie es damals hieß „staatsfeindliche Verbindungen".
In der BRD gibt es den § 129, der im Verlauf der Zeit mehrmals verändert wurde, seit Anfang der 50er Jahre. Infolge seiner (Wieder-)Einführung wurde die FDJ (Freie Deutsche Jugend) als 'kriminelle Vereinigung' verboten und bis zum KPD-Verbot 1956 wurden viele Kommunisten mit diesem Paragraphen verurteilt.
In der Folgezeit wurde der § 129 dahingehend reformiert, daß politische Parteien, sofern sie nicht verboten sind, vom Zugriff durch den § 129 ausgeschlossen sind. In den 70er Jahren dann wurde der Paragraph gegen Mitglieder und Sympathisanten der RAF und ähnlicher Gruppen angewendet, bis 1976 eigens gegen sie der § 129 a eingeführt wurde. Seitdem wird sowohl der § 129 als auch der § 129 a in zunehmendem Maße auf Hausbesetzer angewandt.



Was beide Paragraphen so gefährlich macht, ist die Beliebigkeit, mit der sie verwendet werden können. Denn eine „kriminelle Vereinigung" wird von Staatsanwaltschaft und Richtern als solche ernannt. Gesetzesverstöße werden in diesem Zusammenhang kurzerhand undefiniert – und zwar rückwirkend. Kein Hausbesetzer konnte ahnen, daß er sich „kriminell vereinigt" hatte, wurde das Vergehen doch bislang als „Hausfriedensbruch" geahndet. Insofern hängt der § 129 (a) wie ein Damoklesschwert über jedem, der gegen Recht und Ordnung auch nur punktuell Widerstand leistet.

Eine „kriminelle Vereinigung" ist: „Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder Tätigkeiten darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen..." (StGB). Danach kann also eine kriminelle Vereinigung konstruiert werden, ohne daß jemals eine Straftat begangen wurde. Auch eine Organisationsform unter Leuten, die zu Gründern, Mitgliedern oder Unterstützern gemacht werden, muß nicht bestanden haben. 1975, als der § 129 in Hamburg erstmals gegen Hausbesetzer eingesetzt wurde, hieß es im BGH-Urteil, daß für den Tatbestand einer „kriminellen Vereinigung" ein ausreichender „lockerer Zusammenschluß" vorlag, der „insbesondere in der Bildung eines Häuserrates..., der Abfassung von Flugblättern, der Errichtung einer Informationszentrale und den zur Verteidigung des Hauses getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck kam. Ein „lockerer Zusammenschluß" bedeutet, daß die Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" von der Staatsanwaltschaft beliebig zusammengewürfelt werden können.

Kann einem Mitglied der konstruierten 'kriminellen Vereinigung' tatsächlich eine Straftat innerhalb des § 129 nachgewiesen werden, wird diese auch den übrigen Mitgliedern angelastet, ob sie von ihr Kenntnis hatten oder nicht.

Der § 129, dessen Tatbestandsbegriff allein schon 'kriminelle Vereinigung' ist, ermöglicht auch eine Doppelbestrafung, die das Grundgesetz in Artikel 103 verbietet. Eine Bestrafung wegen Mitgliedschaft in einer 'kriminellen Vereinigung' schließt also nicht aus, daß der Betroffene nach einer bereits erfolgten Verurteilung später nochmal wegen einer Tat verurteilt wird, die er zuvor als Mitglied derselben Vereinigung begangen hat (FR 26.3.81).

Mit diesem Paragraphen ist so gut wie alles möglich. Ging es bei der Massenverhaftung in Nürnberg nicht um Recht oder Unrecht, geht es bei der Anwendung des § 129 gegen Hausbesetzer nicht um Schuld oder Unschuld.

Daß es den § 129 überhaupt gibt, mit all seinen angsterzeugenden, verunsichernden und manipulierbaren Auswirkungen, ist schon schlimm genug.

Auf Hausbesetzer angewendet, die gegen Wohnungsnot, Spekulation und verfehlte Stadtplanung wirksam protestieren wollen, ist er schlichtweg ein Skandal.

Eine 'kriminelle Vereinigung' wird zusammengestellt

In Freiburg wird zur Zeit eine 'kriminelle Vereinigung' zusammengestellt. Die Observierungen und Hausdurchsuchungen (eine alternative Medienwerkstatt, 6 Wohnungen und ein politischer Buchladen) sollen der Kripo u.a. dazu dienen, eine Struktur in der Freiburger Bewegung zu entdecken. Die Struktur soll es ihnen erleichtern, einzelne Leute herauszusuchen, für die ein Haftbefehl ausgestellt wird. Die Kriterien für die Haftbefehle sind völlig uneinsichtig, weil es für die strafbaren Handlungen, die angeblich im Zusammenhang mit Hausbesetzungen begangen wurden, wie beispielsweise das Sprühen von Parolen oder der Sachschaden in der Scherbennacht, keine identifizierbaren Täter gibt.

Beispielhaft sind die Kriterien, die Winne zu einem Mitglied der 'kriminellen Vereinigung' werden lassen, die Begründung läßt sich in etwa folgendermaßen zusammenfassen:

1. *Der Beschuldigte sei schon seit 1978 bei der Räumung des Hauses Schusterstraße 36 vorläufig festgenommen worden, habe daher mindestens seit dieser Zeit Kontakte mit Personen des heutigen „harten" Kerns der Schwarzwaldhofbesetzer.*
2. *Weil der Name des (von der Polizei als Gründer der 'kriminellen Vereinigung' ernannten) Beschuldigten Blumensaat (Schorsch) auf dem Briefkasten daneben stünde, ergäbe sich schon aus dem räumlichen Zusammenhang der Kontakt zu Blumensaat.*
4. *Wegen dieser Beziehung zu Blumensaat könne angenommen werden, daß Ramsteiner (Winne) an der Plenumsdiskussion am 4.3.81 (an deren Anschluß die nächtliche Scherbenaktion stattfand) teilgenommen habe.*
5. *Nicht auszuschließen sei die Teilnahme des Beschuldigten an dieser Scherbennacht.*
6. *Bezüglich der Beteiligung des Beschuldigten an der Zeitschrift „Zunder" seien die Ermittlungen noch im Gange.*

Während der § 129 seit diesem Jahr immer häufiger nach Räumungen von besetzten Häusern gegen deren Besetzer angewendet wird, erfüllt der § 125 (Landfriedensbruch) den Zweck der Einschüchterung bei Demonstrationen, die Folge von Razzien, Räumungen etc. sind. So sind auf den Demonstrationen der letzten Monate in Freiburg viele Leute festgenommen worden, die nun nach § 125 angeklagt sind.

Urteile nach § 125

In verschiedenen Städten sind Urteile gegen Demonstranten schon gefällt. Die Polizei beteiligt sich mit ihren Ermittlungen an der Entwicklung der Prozeßstrategie der Staatsanwaltschaft und obwohl die „Täter" im Tumult der Demonstrationen selten eindeutig identifiziert werden können, kommen aufgrund politischer Aussagen Verurteilungen zustande, die dann allerdings kaum von der Schuld der Verurteilten überzeugen dürften.

In Freiburg wurde im Februar in den sogenannten Dreisameckprozessen ein Arbeiter einzig aufgrund von Polizeiaussagen, die sich zudem noch widersprachen, zu 15 Monaten mit Bewährung verurteilt.

Im März wurde in Berlin ein Student zu einem Jahr Knast verurteilt, weil zwei Polizisten bezeugten, er habe bei den Demonstrationen im letzten Dezember einen Sachschaden von 3.000,– DM angerichtet. Er selbst bestritt diese Vorwürfe und beteuerte, er lehne Gewalt grundsätzlich ab (FR 20.3.1981).

Nun ist auch in Nürnberg am 26.5. das erste Urteil gefallen. Eine junge Frau hatte bei ihrer Vernehmung unmittelbar nach der Massenverhaftung bezeugt, zwei der Festgenommenen während der nächtlichen Demonstration im KOMM gesehen zu haben. Nach 9 Wochen U-Haft ist sie deshalb wegen Meineides zu 1 1/2 Jahren mit Bewährung verurteilt worden, weil zwei Polizeizeugen das Gegenteil behaupteten. Dieses Urteil kam zustande, obwohl zwei Mitarbeiter des Nürnberger Jugendzentrums KOMM die Angaben der jungen Frau bestätigten. Daß auch die beiden Polizisten Meineid geleistet haben könnten, wurde vom Gericht nicht in Erwägung gezogen.

In Nürnberg, wo die Staatsmacht besonders hart zuschlägt, kam es nicht nur zu der Massenverhaftung nach § 125. Seit der Räumung eines besetzten Hauses Anfang April befinden sich 15 Leute nach § 129 in U-Haft (FR 13.5.81). Im Zuge der Massenverhaftung wurden drei Leute außerdem Haftbefehle nach § 129 a ausgestellt.

Mit dem § 129 a gegen Hausbesetzer

Der § 129 a, d.h. die Bildung etc. einer 'terroristischen Vereinigung' konkretisiert die Straftaten, die im § 129 allgemein gehalten sind. Während strafbares Handeln in § 129 schon im Versuch besteht, eine „staatsfeindliche Strategie" durchzusetzen, wendet sich der § 129 a gegen Leute, die auch mit dem Gebrauch von Waffen gegen den Staat vorzugehen versuchen.

So ist damit eine Vereinigung gemeint, die darauf gerichtet ist, Mord, Totschlag, Völkermord, Brandstiftung und/oder Geiselnahme zu begehen. Ein Paragraph, mit dem sich das Dritte Reich hätte verbieten lassen können.

Ist für den § 129 noch die Staatsschutzkammer des Landgerichts zuständig, ist es für den § 129 a das Oberlandesgericht mit dem Generalbundesanwalt als Ankläger. Einzige Beschwerdeinstanz ist im letzteren Falle der Bundesgerichtshof, wo es jedoch nicht mehr um die „Tat-"sachen geht, sondern nur um Probleme der rechtlichen Würdigung und der Einhaltung der Verfahrensregeln.

Leute aus der Hausbesetzerbewegung, die nach § 129 a angeklagt sind, stellen ganz offensichtlich einen Teil der Bezüge zur Terrorismusszene dar, wie es in der Untersuchung des BKa ausgedrückt wird (s.o.). Den Angeklagten wird in den meisten Fällen die Werbung für eine 'terroristische Vereinigung' vorgeworfen. So ist in Nürnberg ein Mann wegen des Vergehens nach § 129 a angeklagt, weil er während einer Hausbesetzerdemonstration das RAF-Zeichen und das Anarchisten-Symbol an eine Hauswand gesprüht hatte (FR 24.3.81). Inzwischen reicht auch schon das Sprühen eines roten Sterns für eine solche Anklage. Hätte er die Parole „Legalize Himbeereis" gesprüht, hätte er nur wegen Sachbeschädigung, gegebenenfalls nach § 129, belangt werden können.

Nach öffentlichen Protesten, darunter eine Stellungnahme von Verfassungsrichter Martin Hirsch, sind kürzlich 10 Leute in Baden-Württemberg aus der U-Haft entlassen worden, die Parolen gegen die Isolationsfolter und für die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge gesprüht hatten. Der Inhalt der Parolen, die die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützte, wurde ihnen als Werbung für die 'terroristische Vereinigung' RAF ausgelegt.

Die Anwendung dieser Interpretation auf Hausbesetzer würde bedeuten, daß jede ihrer Veranstaltungen gegen Hochsicherheitstrakte eine Werbung für eine 'terroristische Vereinigung' darstellte, da auf diesen Veranstaltungen auch gleichzeitig die Abschaffung der Trakte gefordert wird.

So heißt es in der Fachzeitschrift des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, „der kriminalist", vom Dezember 1980 in einem Artikel über die Freiburger Hausbesetzerbewegung „Hausbesetzer, politisch-historische Entwicklung", daß aus der Zielsetzung der Hausbesetzer, in diesem Fall des Dreisamecks, „vielfältige Provokationen und Aktivitäten resultieren, die unter einigen Punkten mehr auch in der „Durchführung von Sympathieveranstaltungen des Hochsicherheitstraktes" (wörtliches Zitat) bestehen, „wobei Terroristenanwälte, Angehörige von Terroristen, aus der Haft entlassene Personen aus der Terroristenszene sowie mehrere 100 Sympathisanten teilnahmen."

Außerdem ist das baden-württembergische Innenministerium der Ansicht, daß sich die Abwehrmaßnahmen gegen die polizeiliche Räumung des Dreisamecks u.a. auch an ein 1977 bei Norbert Kröcher gefundenes Strategiepapier anlehne (FR 14.5.81). So lassen sich die Bezüge zur „Terrorismusszene" schnell herstellen.

In Freiburg ermittelt die Sonderkommission „Schwarzwaldhof" in zwölf Fällen nicht nur wegen des Verdachts der Bildung oder Unterstützung einer 'kriminellen Vereinigung', sondern auch wegen des Werbens für eine 'terroristische Vereinigung' (Badische Zeitung 5.6.81).

Aber nicht nur Hausbesetzer in Nürnberg, Freiburg, Berlin, Göttingen und sonst noch wo werden mit den §§ 129, 129a und 125 verfolgt. Mit der Kriminalisierung wird ein Schlag gegen die gesamte Bewegung geführt. Sie betrifft die Unterstützer der Forderungen der Hungerstreikenden genauso wie die Atomkraftgegner von Grohnde oder Brokdorf und bald vielleicht auch die von Wyhl. Und vor allem: Sie kann

§ 129 und 129a
1 1/2 Jahre Knast fürs Flugblattverteilen

TAZ, 18. 6. 1981

Zu 1 1/2 Jahren Haftstrafe ohne Bewährung verurteilte der 5. Strafsenat des Oberlandesgericht unter Vorsitz von Richter Knospe in Stuttgart/Stammheim die Studenten Johannes Thimme und Sabine Schmitz wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung nach § 129a. Sie hatten vor der Mensa der Karlsruher Unsiversität Flugblätter verteilt. Sie waren die ersten von vielen weiteren Verhafteten während der letzten Hungerstreikperioden.

Für den Satz: „den Staat angreifen, revolutionären Widerstand entwickeln zusammen mit den Gefangenen ist unser Ziel. Wir wissen, daß Befreiung möglich ist, wenn wir die mörderische Macht des Imperialismus auf allen Ebenen zerbrechen", verschwinden zwei Menschen hinter Gittern.

Ist darin eine Werbung für Mord, Erpressung und Bombenterror zu sehen, wie die Staatsanwaltschaft unterstellte, oder das "Delikt einer freien Meinungsäußerung", daß der französische Verteidiger Verges entdeckte?

Sabine Schmitz und Johannes Thimme waren 78/79 schon einmal vom Oberlandesgericht Stuttgart im Zusammenhang mit Siegfried Haag zu 22 bzw. 30 Monaten Haft verurteilt worden.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen "Weiße Rose" Itzehoe

Dienstagfrüh um 6 Uhr rollten etwa 50 uniformierte und zivile Beamte bei 7 Mitgliedern der BBU und der "Bewegung Weiße Rose" in Itzehoe zur Durchsuchung an. Der Ermittlungsrichter am schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht Flensburg Doesig, hatte auf Antrag der Staatsanwaltschaft am Tage zuvor einen Durchsuchungsbeschluß "wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129 und § 129a StGB (Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung)" augestellt. Begründung: Es habe sich "der Verdacht ergeben, daß die Brandanschläge auf Betonfahrzeuge von Zulieferfirmen für die Baustelle der Kernkraftwerk Brokdorf von Mitgliedern der 'Bewegung Weiße Rose' bzw. der mit ihr verwobenen 'Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe' Itzehoe begangen worden sind".

jeden betreffen, der in irgendeiner Form unser System angreift, denn ihre Anwendung ist willkürlich und nicht eine Frage der Schuld. Die Kriminalisierung und damit der Knast wird zunehmend zum Mittel der Abschreckung. Sie tritt neben die Drohung mit Berufsverboten etc. und ist Ausdruck für die Eskalierung der Repression.
Für die vier, die in Freiburg wegen § 129 im Knast saßen, ist die U-Haft Ende Mai außer Vollzug gesetzt worden, die Anklagen nach § 129 bestehen weiterhin, so daß es zu Prozessen kommen wird. Auch wenn in den Prozessen wider Erwarten Freisprüche gefällt werden, bleibt doch die U-Haft, die im längsten Fall drei Monate gedauert hat, nicht ohne Wirkung, auch nicht auf diejenigen, die nicht im Knast waren.

Bisher sind die Hausbesetzerbewegungen der jeweiligen Städte trotz verschiedener nationaler Kongresse, gerade in Bezug auf ihre Kriminalisierung, ziemlich sich selbst überlassen. Die ehemaligen Schwarzwaldhofbewohner haben auf der deutschen PEN-Club-Tagung in Freiburg im Mai in einer Resolution u.a. gefordert: „KEINE ANWENDUNG DER PARAGRAPHEN 129 UND 129 a AUF HAUSBESETZER". Diese Forderung ist von 35 Literaten unterschrieben worden, darunter Bernd Engelmann, Walter Jens, Ingeborg Drewitz und Peter Härtling. Damit sich alle Hausbesetzer die Unterstützung der Forderung zu eigen machen können, sollte sie hinreichend bekannt gemacht werden.

bsm

20. Jahrestag der rassistischen »Republik Südafrika«

Bonner Polizei nimmt Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung fest

Anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der rassistischen „Republik Südafrika" lud die südafrikanische Botschaft in Bonn zu einem Empfang am 1. Juni 1981, 12 Uhr, in die Residenz des Botschafters in die Rüdigerstr. 20-24, 5300 Bonn 2 ein, an dem u.a. Staatssekretär Lautenschlager aus dem Auswärtigen Amt teilnahm. Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) hatte ihre Mitglieder und Freunde zu einer Protestdemonstration gegen diesen Empfang aufgerufen und Schautafeln und Sprechchöre (u.a. „20 Jahre Republik – Hunger, Folter, Henkerstrick", „Hinrichtung von Solomon Mahlangu – Grund zum Feiern?", „Täglich 2000 Verhaftungen von Schwarzen in Südafrika – Grund zum Feiern?") und einen Galgen mit Schlinge vorbereitet, an dem die Hinrichtung des ANC-Freiheitskämpfers Solomon Mahlangu im April 1979 symbolisch dargestellt werden sollte. Gegen den Protest der AAB hatte die Bonner Polizei als Standort der Demonstration eine 50 m weit entfernt liegende Straßenecke bestimmt.
Als die ersten Demonstranten der AAB vor Ort auftauchten, verlangte Hauptkommissar Müller sofort eine Durchsicht der mitgeführten Schautafeln. Die AAB-Geschäftsführerin Ingeborg Wick wurde aufgefordert, ihr umgehängtes Schild mit der Aufschrift „Keine Zusammenarbeit mit den Mördern von Mahlangu" abzunehmen und auszuhändigen, da es beleidigenden Inhalts sei. Mit dem Hinweis, daß die Aufschrift leider den Tatsachen entspreche und es sich bei der „Republik Südafrika" anerkanntermaßen um ein verbrecherisches Regime handele, weigerte sie sich auch nach mehrmaligen Aufforderungen seitens der Polizei, ihr dieses Schild auszuhändigen. Daraufhin ging die Polizei gewaltsam gegen Frau Wick vor. Dem brutalen Vorgehen der ca. 4 – 5 Beamten leistete sie Widerstand.
Dabei kam es zu einem erheblichen Handgemenge, bei dem ihr Körper an verschiedenen Stellen verletzt, ihre Bluse aufgerissen, ihre Tasche fortgeschleudert und ihr linker Schuh beschädigt wurden. Sie wurde gewaltsam in ein Polizeiauto gezerrt und zur Polizeihauptwache nach Bonn – Bad Godesberg gebracht, wo ihre Personalien festgestellt und sie durchsucht, wo der Film aus ihrem Fotoapparat sowie Flugblätter der AAB und der südafrikanischen Befreiungsbewegung „African National Congress" zum 20. Jahrestag der „Republik Südafrika" beschlagnahmt wurden. Ihr wurde ein Verfahren wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und wegen „Körperverletzung" angedroht. Der Grund für die Anordnung von Hauptkommissar Müller, das Plakat „Keine Zusammenarbeit mit den Mördern von Mahlangu" zu beschlagnahmen, wurde nochmals mit der Feststellung, dies sei eine Beleidigung, angegeben.
Der von der AAB angefertigte Galgen wurde ebenso von der Polizei beschlagnahmt.
Dieser Vorfall ist nicht der erste seiner Art. Bereits zum Sowetotag 1979, am 16. Juni, hatte selbiger Hauptkommissar Müller der Bonner Polizei Schilder mit der Aufschrift „Mörder von Soweto – Verbündete der NATO" gewaltsam konfisziert und z.T. zerstört. Das Verfahren gegen die Verantwortliche der Demonstration der AAB war damals nach vier Monaten wegen „Geringer Schuld und fehlendem öffentlichen Interesse an einer Verfolgung" eingestellt worden, nachdem eine wirksame Kampagne in der in- und ausländischen Öffentlichkeit durchgeführt worden war.
Auch heute ruft die AAB wieder die demokratische Öffentlichkeit zu Protesten gegen dieses apartheidfreundliche Vorgehen der Bonner Polizei auf.

Anti-Apartheid-Bewegung
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1



LESERBRIEF

Leserbrief zum Hungerstreik-Artikel

Betr.: Blätter des iz3w, Nr. 92, März 1981, S. 62 ff. Hungerstreik RAF mit Aufruf

Liebe Redaktion,
es braucht lange, bis ich mir die (leider knappe) Zeit nehme, einmal einen Leserbrief zu schreiben. Aber mein Ärger hat sich stark angestaut.

1. Mit Eurem Artikel über den „Hungerstreik" bin ich nicht einverstanden. Ich meine, die Durchsetzung der Ziele der RAF haben genau das bewirkt, was sie eigentlich wollten, nämlich beweisen, wie der Staat reagiert. Wenn man dies provoziert, dann soll man hinterher nicht den Märtyrer spielen (Ich möchte weiter nicht näher darauf eingehen.)
2. Ich kann nicht verstehen, daß Ihr diese Sache in den „Blättern" aufgreift. Die Begründung, weil die BRD-Presse dies nicht tue, ist doch Schwachsinn. Da muß ich Euch fragen, warum greift Ihr nicht auf: Atomenergie, Atombomben, Rüstung, Giftgas-Lagerung in Mannheim, Nato, Warschauer Pakt usw. Wenn ich etwas über die RAF erfahren will, dann wende ich mich doch anderen Publikationen zu.

Ich will aber etwas über den Bereich Dritte Welt und Umfeld erfahren, Dinge, die ich in dieser Art sonst kaum erhalte. Aus diesem Grunde habe ich auch die „Blätter" abonniert. Ich sehe die Problematik 3. Welt bestimmt nicht, wie Ihr vielleicht vermutet, isoliert, aber ich will nicht eine Zeitschrift, die sich für alles und nichts engagiert. Nochmals: Ich finde die „Blätter" sehr gut, aber die zunehmende Verlagerung der Inhalte auf nur BRD-betreffende Themen halte ich für falsch.
Da mein Abo von ein paar Freunden noch gelesen wird und diese meine Kritik unterstützen, bitte ich Euch ernsthaft, Euch wieder auf die eigentlichen Schwerpunkte zu besinnen. Denkt mal darüber nach, was Ihr eigentlich erreichen wollt. Die vielen Massen von Spontis haben jedenfalls bisher kaum etwas bewirkt, schon garnicht Denk- oder Lernprozesse größer angeregt. – Auf deutsch: mir stinkt das Sponti-hafte!

Gruß,
Bernhard Östringer, Mannheim

Nicht (unbedingt) zur Veröffentlichung bestimmt, aber zum Lesen für die Redaktion.

Lieber Bernhard Östringer,
vielen Dank für Deinen Leserbrief. Wir wollen ihn – trotz Deiner Schlußbemerkung – abdrucken und darauf antworten. Wir vermuten nämlich, daß Du mit Deinen Kritikpunkten nicht allein stehts (Du verweist ja schon auf Deinen mitlesenden Freundeskreis), sondern daß viele Leser ähnlich denken. Vermutlich haben wir in den von Dir kritisierten Beiträgen zu wenig deutlich gemacht, warum wir sie und warum wir sie SO abgedruckt haben.
Nun zu Deiner Kritik: Du wirfst uns zunächst vor, wir hätten mit dem Artikel zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen die politischen Ziele der RAF unterstützt.
Das haben wir aber keinesfalls: Im Vorspann zu dem Artikel bereits haben wir die Taten der RAF als „in der Konsequenz menschenverachtende Aktionen des individuellen Terrors" gekennzeichnet. Und wir haben im gleichen Atemzug vor der Gleichsetzung der Unterstützung der Hungerstreikforderungen und der Unterstützung der RAF-Politik gewarnt. Denn es hat mit der Unterstützung der RAF-Politik überhaupt nichts zu tun, wenn man für (politische) Gefangene in der Bundesrepublik Haftbedingungen fordert, die ihre Identität nicht zerstören. Das scheint uns wichtig für ALLE, die mal mit Inhaftierung rechnen müssen – und das sind schon ziemlich viele Menschen heutzutage: Haus- und

betr.: PHARMA – KAMPAGNE

Im Oktober 1980 beschloß der 4. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Hamburg, sich im Jahr 1981 schwerpunktmäßig mit dem Thema „Pharma-Konzerne in der Dritten Welt" zu beschäftigen. Hieran soll beispielhaft das Verhalten multinationaler Unternehmen aufgezeigt werden – dort und hier bei uns.
Zur Vorbereitung dieser Kampagne wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet. Alle Aktionsgruppen, die Interesse daran haben, melden sich bitte bei: Pharma-Aktion, c/o Dritte Welt Haus, August-Bebel-Straße 62, 4800 Bielefeld 1, Tel: 0521/62802 (Jörg Schaaber).
Seit April erscheint monatlich ein „Pharma-Brief" mit inhaltlichen Artikeln, Aktionshinweisen und Material-Besprechungen. Er wird dem Rundbrief des Bundeskongresses beigeheftet. Ein Probeexemplar ist kostenlos, ein Jahresabonnement kostet 36,– DM. Bestellungen bitte an:

„FORUM"
c/o Magazin-Verlag
Königsweg 7
2300 Kiel 1

An alle Entwicklungshelfer:

Für ein Heft über Pharmakonzerne in der 3. Welt suchen wir dringend

Originalmaterial zur Pharmawerbung

(Fotos, Annoncen, Plakate, Waschzettel usw.)

Anschrift:
Bernhard Biermaier
Zasiusstraße 59 · 7800 Freiburg

Platz-Besetzer (AKW z.B.), Antimilitaristen ... In Isolationshaft sind nicht nur RAF-Häftlinge gesessen in den letzten Jahren. Dein Argument: die hätten das ja provoziert, finde ich ziemlich gefährlich: Es könnte doch eines Tages jemand sagen, Du hättest den Staat provoziert, als Du anti-imperialistische Literatur gelesen hast, die sich mit der Rolle des deutschen Staates in den 3. Welt-Ländern auseinandergesetzt hat.

Und da sind wir auch schon bei Deinem zweiten Kritikpunkt: Unserer Beschäftigung mit innenpolitischen Vorgängen in der Bundesrepublik. Zunächst mal: Keine Angst, wir bleiben eine Dritte Welt-Zeitschrift, auch wenn in einigen Nummern der letzten Zeit mehr innenpolitische Themen aufgegriffen wurden als früher.

Der Bezug der Situation in den Dritte Welt-Ländern zur Situation in der Bundesrepublik war schon immer ein Schwerpunkt unserer Berichte – noch mehr: Ein politischer Schlüssel". Die Lernprozesse in unserer Gruppe hatten ja schon seit langem dazu geführt, daß wir uns gefragt haben: Hat unsere Beschäftigung mit den Dritte Welt-Problemen etwas mit unserer eigenen Situation zu tun? Oder geschieht sie nur aus rein moralischen Gesichtspunkten, angesichts des unerträglichen Elends in Afrika, Asien und Lateinamerika? Wir glauben inzwischen, daß Dritte Welt-Arbeit auch ein Beitrag zu unserer eigenen Befreiung sein kann: Wenn man sie begreift als Auseinandersetzung mit unserem eigenen gesellschaftlichen System, das nicht nur in den Ländern der Dritten Welt eine Situation mitverursacht, in der die meisten Menschen noch nicht einmal ihre elementarsten Grundbedürfnisse befriedigen können, sondern auch bei uns Selbstentfaltung und Glück verhindert und die Grundlagen des menschlichen Lebens zerstört. Wir begreifen uns deshalb auch als Teil der „Bewegung", die sich in verschiedenen Bereichen gegen die Auswirkungen unserer Wirtschaftsordnung wendet (Ökologie, Antimilitarismus, Gewerkschaft, Häuserkampf) und die in den letzten Jahren erfreulicherweise gelegentlich ihre Gemeinsamkeiten entdeckt, ohne dabei die Arbeitsschwerpunkte zu verwischen, die die einzelnen Gruppen haben.

Ein „übergreifendes" Thema aller kritischen Gruppen, die „staatliche Repression", hat schon ziemliche Tradition in den „blättern". In diesem Zusammenhang sehen wir auch den von Dir kritisierten Hungerstreik-Artikel: Wenn wir über Berufs-, Sammlungs-, Informationsverbote u.ä. berichte(te)n, so drück(t)en wir damit nicht unsere völlige politische Identität mit den jeweils Betroffenen aus, sondern nur unsere Betroffenheit und Angst, daß uns eines Tages dieselben Maßnahmen treffen können. Daß in letzter Zeit, vor allem durch die Freiburger Häuserkämpfe, der übliche Rahmen (=Seitenzahl) der Inlandsberichte überschritten wurde, liegt an unserer speziellen Betroffenheit von diesen Ereignissen als Freiburger Gruppe: Viele von uns waren an den Auseinandersetzungen beteiligt, wir haben sogar als Gruppe eine größere Veranstaltung (über die Haltung der Lokalpresse) dazu gemacht.

Aber nochmal: das soll und wird nicht zu einer schleichenden Umwandlung der „blätter" in eine allgemeinpolitische Zeitschrift führen.

Zum Schluß noch eine kurze Antwort zu Deiner „Sponti-Kritik": Wenn z.B. die Häuseraktionen in Freiburg, über die wir geschrieben haben, nach Deiner Auffassung „Sponti"-Aktionen waren, so haben sie doch eine Unmenge bewirkt: Die größte Demonstration seit Menschengedenken in Freiburg mit 20.000, mehrere weitere Demonstrationen mit 10.000 und mehr Teilnehmern und schließlich eine nicht endenwollende Auseinandersetzung über Häuserpolitik, Stadtplanung und alle damit zusammenhängenden Fragen!

Redaktion

Dank Völkerrecht für nur 2,20 DM vom nächsten Krieg verschont

Martin Höfflin, ein junger Obstbauer aus Denzlingen bei Freiburg, wunderte sich beim Lesen der Broschüre „Zivilschutz heute" (zu beziehen beim Bundesinnenminister, Graurheindorfer Str. 198, 5300 Bonn 1), dort ist nämlich von einem internationalen Abkommen, der Haager Konvention von 54, die Rede, das den Schutz von Kulturgütern im Kriegsfall garantieren soll. Er fragt sich: „Warum sollte man den Begriff Kulturgut auch einschränken? Eigentlich ist ja jeder Mensch ein Kulturgut. Ein schützenswertes obendrein. Wie dankbar können wir nach dieser Erkenntnis unseren Politikern gegenüber sein, daß sie uns somit die Möglichkeit geben, uns vor zukünftigen Kriegen zu schützen. Wir brauchen uns ja nur ein Kulturschutzabzeichen anzustecken und einen Brief an die UNESCO mit der Bitte um Registrierung zu schreiben."
(UNESCO-Büro Bonn Dr. Dyroff, Comantstr. 15, 5300 Bonn 1; etwa „. . . Haager Konvention von 1954 . . . durch Abzeichen möglich schützenswertes Kulturgut aus Kriegshandlungen herauszuhalten ... ich halte mich auch für solches, frage deshalb das Kulturschutzabzeichen ... bitte, meine Adresse an die anderen Vertragsparteien weiterzugeben, damit diese wissen, wo ich mich vorwiegend aufhalte ...").



Die Antwort der UNESCO an Martin und gleichgesonnene Schreiber eines solchen Briefes beinhaltet, daß unter Kulturgut Dinge wie archäologische Stätten, historische Denkmäler und größere Bibliotheken oder mit dem Schutz derselben beauftragte Menschen zu verstehen seien und daß den Schutz der Menschen verschiedene Menschenrechtsvereinbarungen gewährleisten sollten, zu denen es eine Reihe von internationalen Dokumenten gebe, deren Zusammenfassung man für 10,– DM erhalten könne. Wegen weitergehender Schutzbedürfnisse solle man sich an das Bundesamt für Zivilschutz wenden ...

Martin und andere suchten weiter danach, wer denn für den Schutz von Menschen zuständig sei, und sie betonten in Antwortschreiben die Ernsthaftigkeit des Ersuchens, da die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den „hohen Vertragsparteien" ständig steige; sie verwiesen darauf, daß unter den Begriff „Gut" (z.B. im dtv-Lexikon) nicht ... nur schnöde Materielles zu fassen, und das menschliche Leben als „bewegliches ... Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist" (Art. 1 der Haager Konvention) anzusehen sei, zudem sei der Mensch nicht nur schutzwürdiges Kulturgut, sondern auch als „das kulturschaffende Wesen überhaupt" in ganz besonderem Maß des Schutzes wert.
Diese und weitere Antworten – auch nicht die Aufforderung, für eine weitere Verbreitung der Bestimmungen zu sorgen, nicht die Bitte um Mitteilung, wer dem Vertrag beigetreten bzw. an ihm interessiert ist (man muß ja wissen, mit wem man's zu tun hat) – und nicht einmal das Angebot, im Falle einer Registrierung alle Verwaltungskosten zu übernehmen, konnten Dr. Richter bisher zu einer weiteren dringend notwendigen Erklärung bewegen.
Im bundesdeutschen Wirrwarr behördlicher Zuständigkeit (Innenminister verweist an UNESCO, diese an das Bundesamt für Zivilschutz) wandte sich Martin mit seinem „weitergehenden Schutzbedürfnis" an letzteres mit der erneuten Bitte, die Zuständigkeit zu klären. Bisher vergebens. Offen ist auch noch der Ausgang des Versuchs eines anderen Bewerbers, die deutschen Kultusminister im Streit um die Definition von „Kulturgut" zu einer Erklärung zu veranlassen. Eine günstige Äußerung von dieser kompetenten Seite müßte einen wiederholten Vorstoß bei der UNESCO positiv beeinflussen.
Die Aktion ist inzwischen dem „Internationalen Versöhnungsbund" bekanntgegeben worden. Vielleicht kann zwischenstaatliche Zusammenarbeit etwas ändern. Die konsequente Auslegung des Haager Abkommens brachte Martin dazu, der Bundesregierung über den für den Zivil(isten)schutz zuständigen Innenminister einen weitreichenden politischen Vorschlag zu machen, ca. 40 Milliarden DM könnten jährlich eingespart werden!
„Jeder Bundesbürger müßte in das internationale Register bei der UNESCO eingetragen werden, und das Kulturschutzabzeichen sichtbar an seinem Körper tragen. Und schon könnte das ganze Geld, das jährlich in die Rüstung gesteckt wird, für sinnvolle Aufgaben verwendet werden."
Zum Preis von nur 132 Millionen DM (1 DM für Herstellung des Zeichens plus 2 mal 60 Pfg. Porto ergibt 2,20 DM pro Person; s. Überschrift) könnte jeder der 60 Millionen Bundesbürger ein solches Zeichen tragen. Und das wäre ein einmaliger (!) Aufwand, um die Bürger der Bundesrepublik vor möglichen Kriegen zu verschonen. Martin schrieb weiter:
„Da wir selbst nicht warten wollten, bis die Bundesregierung diesen neuen Weg der Sicherheit wählt, und uns auch nicht sicher sind, ob es vielleicht trotz Bundeswehr zu einem Krieg kommt, haben wir beschlossen, mit der Produktion der Schutzabzeichen schon mal anzufangen, und auch die gesetzlichen Grundlagen des Kulturschutzes zu publizieren."
Letzteres ist auch die erklärte Absicht de Bundesregierung und so beantragte Martin gleich einen Zuschuß für den

Vertrieb eines entsprechenden Flugblattes; ebenso zur bereits begonnenen Herstellung des Abzeichens. – Außenpolitische Bemühungen um die Durchsetzung des neuen Begriffs von Kulturgut können die internationalen Beziehungen grundlegend verändern. Immerhin sind bereits 68 Staaten der Konvention beigetreten.

Ein zweiter Brief an Minister Baum sieben Wochen später unterstrich die Notwendigkeit „zu einer neuen Sicher heitspolitik": Die Nachfrage nach dem Abzeichen sei ständig gestiegen, so daß die Produzenten ihr nur mit großer Mühe nachkommen könnten. *„Wir erleben sehr direkt, daß das Sicherheitsbedürfnis der Bundesbürger trotz Abschreckung und overkill-Kapazitäten bei weitem nicht gedeckt ist ... ja, im Gegenteil, müssen wir sagen!"*

Dieser Wunsch der Menschen nach Sicherheit müsse nun endlich auch vom Parlament und Ministerien erfüllt werden. Das Angebot auf Zusammenarbeit mit dem Minister wurde erneuert.

Obwohl der Zeitpunkt dieses Vorstoßes während der Haushaltsdebatte in Regierung und Parlament günstig gewählt war, ist er im Haushalt 81 auch vom Tornado-gebeutelten Verteidigungsminister nicht aufgegriffen worden. Leider. Noch nicht.

Auch der Bericht der „Frankfurter Allgemeinen" vom 5.9.1980 „UNESCO benennt neue Kulturgüter" erwähnt neben dem Aachener Dom, den Ruinen von Theben, dem Mount Everest noch nicht die genannten Antragsteller. Ebenso wird an beweglichen Kulturgütern der Bundesrepublik, die allesamt atombombensicher 400 m tief in einem stillgelegten Silberbergwerkstollen des Schwarzwalds nahe Freiburg gelagert werden sollen laut „Südkurier" vom 1.10.1980 in der Dringlichkeitsstufe I nur „besonders wertvolles Archivmaterial aus Aktenbeständen" aufgeführt. Nachdem durch die neuen Antragsteller eine andere Lage entstanden ist, muß jetzt auch bezüglich Lagerungsweise und Prioritätensetzung unbedingt ein Umdenken einsetzen. Daß der Ort des „Kulturbunkers" offiziell geheimgehalten wird, erscheint auch nicht mehr zeitgemäß.

Martins Idee ist nicht einfach eine scherzhafte Einlage zum Antimilitarismus: Ihr Witz zeigt immer sofort den Ernst der deprimierenden Realität: So stellt sie auf selbstverständliche Weise klar, daß die Menschen im Mittelpunkt stehen müssen, sollen Bemühungen überhaupt einen Sinn haben. Der Scherz könnte etwa auch ernstes Erstaunen auslösen, wenn sehr viele Menschen das Abzeichen trügen oder nur bestellten. Das wäre eine politische Äußerung, und dies zu einem Thema, bei dem auf übliche Weise Gesagtes längst nicht mehr wahrgenommen wird, bei dem viele sich auch nichts mehr zu sagen trauen, ja schon aufgehört haben, logisch zu denken.

Die Sache mit dem Abzeichen ist nicht nur lustig, sie ist auch listig: Der/die Träger/in muß nicht mühsam ein Gespräch in Gang bringen; das Zeichen macht neugierig; es steht ja nicht darauf, was es bedeutet, wofür, wogegen ... Die Leute müssen fragen (und sie fragen!).

Die Fragenden bringen das Gespräch – noch ohne es zu wissen – selbst auf ein wichtiges Thema.

Viele, fast zuviele Gespräche kommen dabei an einem Tag zustande, im Zug, bei der Arbeit ... Die Kollegen danach etwa noch auf eine Abrüstungsveranstaltung hinzuweisen oder sie für eine Friedenswoche zu interessieren, ist nicht mehr so schwierig. Und Neugier ist eine gute Motivation, eine bessere als Angst.

Wer sich in solche Gespräche verwickeln lassen will, kann für 1 DM plus Porto bei

Martin Höfflin,
Südhof, 7809 Denzlingen

solche Abzeichen bestellen (in Sperrholz oder Filz). Sammelbestellungen sind billiger. Ihr könnt sie natürlich auch selbst herstellen: ultramarineblaues Dreieck auf ultramarineblauem Quadrat, der Rest bleibt weiß (s.o.); nur Uniformierte verwechseln das Zeichen mit dem bayerischen Blau-Weiß; Größe beliebig: an Häusern und Wohnungseingängen etwas größer als am Jackett.

Nebenbei: Die Abzeichen bieten auch ein wenig Schutz; meine Nachfragen haben ergeben, daß sowohl stinknormale Maßband-W 15er, die übrigens auch zu meinen Abnehmern gehören, wie auch Berufssoldaten die Bedeutung kennen. Überhaupt: Es gibt vielseitige Verwendungsmöglichkeiten des Zeichens, z.B. als didaktisches Einstiegsmaterial für Religions- und sonstige Lehrer, usw. usf. ... – Ihr könnt natürlich auch einen Brief an eine der o.g. oder eine andere Stelle loslassen; schickt dann vielleicht Martin eine Kopie.

Ihr wißt jedenfalls jetzt erst mal, wie Ihr an die Zeichen kommt. Auch wenn wir für 2,20 DM den nächsten Weltkrieg verhindern, so können sie doch eine Grundinvestition sein – die uns eine Menge notwendiger Arbeit auflädt.

Liebe Kulturgüter,

herzliche Grüße
Conny, Christen für Sozialismus/Freiburg

ZUR REZENSION EINGETROFFENE BÜCHER

Amilcar-Cabral-Gesellschaft, Der Putsch in Guinea-Bissau und seine ersten Folgen — Dokumente, Amilcar-Carbral-Gesellschaft Nr. 11, Mai 1981.

Evang. Missionwerk (Hrsg.), Der lange Marsch durchs Nadelöhr, Vandenhoeck und Ruprecht Göttingen 1981, 83 S., 9,80 DM.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Global 2000 — Dokumentation, Bonn 1981, 10,– DM.

Gemeinschaftswerk Evang. Publizistik e.V. (Hrsg.), Medienhandbuch Dritte Welt — Filme, Tonbildreihen, Jugenddienst-Verlag Wuppertal 1981, 282 S., 9,80 DM.

Barbara Haeger, Mein schwarzer Bruder — Gedichte für Afrika, Schriften für die Anti-Apartheid-Bewegung 1, Neuer Verlag Bernhard Bruscha, Tübingen 1980, 127 S., 6,80 DM

P. Jüngst, J. Küchlern (Hrsg.), Brüche im Chinabild — Aufarbeitung von Erfahrungen einer Exkursion, Urbs et Regio, Kassel 1979.

Mary Kaldor, Rüstungsbarock — Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Techno-Logik, Rotbuch-Verlag, Berlin 1981.

Hakki Keskin, Die Türkei — Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat, Verlag Olle & Wolter, Berlin 1981, 345 S.

Henning Melber, Namibia — Kolonialismus und Widerstand, edition südliches afrika 8, Bonn 1981.

SIPRI (Stockhom International Peace Research Institute), World Armaments and Disarmament — SIPRI Yearbook 1981, Tailor & Francis Ltd., London 1981, 518 S., 19,50 £.

Sozialistisches Büro (Hrsg.), Strategien des Imperialismus in Zentralamerika — Analysen, Informationen, Dokumente, kommentiert und zusammengestellt von H. Dieterich, Reihe: Sozialistische Internationalismus, Verlag 2000, Offenbach 1981, 128 S., 10,– DM.

P. F. de Villemarest, Strategen der Angst — Zwanzig Jahre Revolutionskrieg in Argentinien, Editions Voxmundi, Genf 1981, 238 S.



Christiansen, Posborg, Wedell-Wedellsborg
Die demokratische Bewegung in China - Revolution im Sozialismus ?
243 Seiten, Bilddokumente, Preis: 19.40 DM
ISBN 3-88676-001-4

•

Hans U. Luther (Vorwort: Dieter Senghaas)
SÜDKOREA - (k)ein Modell für die Dritte Welt ?
Wachstumsdiktatur und abhängige Entwicklung
240 Seiten, bebildert, Preis: 19.80 DM
ISBN 3-88676-002-2

•

Gerd Simon
BANYA aus Thailand schreibt Briefe an die Kinder in Deutschland
Ein Buch zum Lesen und Vorlesen
33 kartonierte Seiten, farbig unterlegt, zahlreiche Zeichnungen und Fotos, Preis: 9.60 DM
(Empfohlen vom Arbeitskreis Jugendliteratur e.V.)
ISBN 3-88676-000-6

•

Löhrke, Multhaup, Pränger
DIE STILLE KRAFT DES BAMBUS
Marginalisierung, Slumbildung in der Dritten Welt und Ansätze zur Selbstorganisation: Das Beispiel MANILA
ca.180 Seiten (2/3 Din A 3-Großformat), ca.400 Illustrationen
ISBN 3-88676-005-7

•

Franz R. Herres
ASEAN - Ein Weg aus der Unterentwicklung ?
Grenzen und Möglichkeiten regionaler Wirtschaftszusammenarbeit
ca.160 Seiten, bebildert, Preis: ca.14.80 DM
ISBN 3-88676-004-9

•

Summers, Detobel, Kößler
KAMPUCHEA - Ende des linken Traums oder Beginn einer neuen Sozialismus-Debatte ?
Versuch
-zu einer realistischen Einschätzung der Ereignisse in Kampuchea unter Pol Pot
-zu Nationalcharakter und Revolution an den Beispielen Vietnam und Kampuchea
-zu Bahro und der Theorie der Revolution in der Dritten Welt
ca.130 Seiten, Bilddokumente, Preis: ca.9.80 DM
ISBN 3-88676-003-0

Den Interessenten an unserem Programm senden wir auf Anforderung gerne regelmäßig Informationen zu

Bestellungen bitte an den Buchhandel
Verlagsauslieferung: **CON-Vertrieb**, D-2800 Bremen Westerdeich 38

Gabi Meier

Eschhotzstr. 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

umweltmagazin

Zeitschrift des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)

EIN BRIEF VON VIELEN, DIE GRUND GENUG FÜR'S UMWELTMAGAZIN SIND:

Liebe BBUler!

Ich schreibe Euch, weil ich unbedingt in einer Bürgerinitiative mitarbeiten möchte,weil ich der Meinung bin, daß noch viel zu wenig für den Umweltschutz getan wird, vor allem hier bei uns in der Provinz.

Ich fühle mich echt bedroht, wenn ich sehe, wie die Nord- und Ostsee verseucht wird. Ich habe einen Ekel davor, noch irgendeinen Fisch zu essen. Ich habe eine 9 Monate alte Tochter, die ich ab und zu auch mit Hipp-Kalbfleisch-Menüs ernährt habe. Ich habe eine solche Wut, wenn ich daran denke, daß mein Kind vielleicht auch künstliche Östrogene geschluckt hat. Wenn ich Lebensmittel einkaufe, denke ich daran, was für welche Schadstoffe wohlmöglich drin enthalten sind.

Ich meine, das geht nicht so weiter. Ich möchte mithelfen, gegen diese Art von Bedrohung was zu tun. Schickt mir bitte die Adresse der nächstliegenden Bürgerinitiative!

Mit solidarischen Grüßen, Doris W.

Im UMWELTMAGAZIN steht, wer was tut gegen die Umweltzerstörung durch Chemie, Atom, Beton und Rüstung; für umweltfreundliche Alternativen: Projekte, Produkte, Lebensformen, sanfte Energie- und Verkehrspolitik etc.

Im UMWELTMAGAZIN berichten Bürgerinitiativen über ihre Aktivitäten, tauschen ihre Erfahrungen aus und geben Tips und Anregungen für neue Initiativen.

UMWELTMAGAZIN–
Die Zeitschrift von denen, die was tun für's Leben.

Bitte einsenden an: Umweltmagazin, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

☐ Ich unterstütze UMWELTMAGAZIN, die Zeitschrift des BBU, mit einem Förderabonnement von ......DM (ab 25,-DM aufwärts) für 1 Jahr (=6 Hefte).

☐ Ich unterstütze UMWELTMAGAZIN, die Zeitschrift des BBU, mit einem Abo zum „Tarif für kleine Brieftaschen" (18,- DM) für 1 Jahr (=6 Hefte).

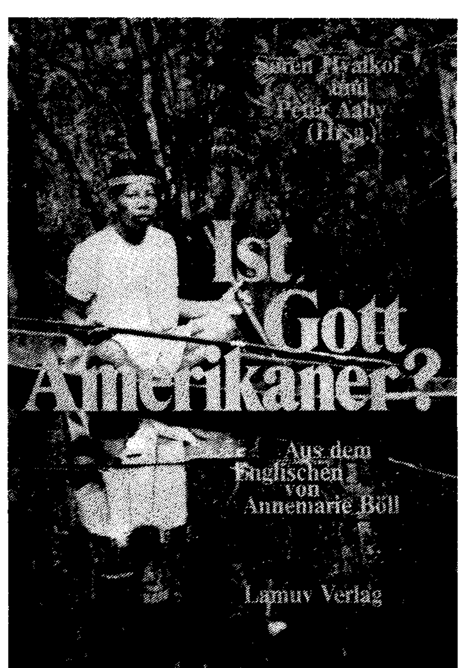
☐ Ich möchte mir Euer Blättchen erst mal anschauen. Bitte schickt mir 1 Probeheft. Anbei 3,- DM in Briefmarken.

NAME

STRASSE

PLZ ,ORT

UNTERSCHRIFT



In Südamerika wird der Lebensraum der Indios durch ökonomische Nutzung und durch Landenteignung zerstört. Die indianische Gesellschaft zerbricht durch kulturellen Druck unterschiedlicher Art. Die Folge: In Brasilien wurden z.B. von 1900 bis 1975 87 von 270 indianischen Stammesgruppen ausgerottet.

In »Ist Gott Amerikaner?« nehmen 13 Ethnologen in 13 Kapiteln die Arbeit mit Indios der größten protestantischen Missionsgesellschaft der Welt, des Summer Institute of Linguistics« aus den USA, kritisch unter die Lupe. Dieses Institut sieht es als seine vorrangige Aufgabe an, die Bibel in alle Sprachen der Welt zu übersetzen: Sie will den Bibellosen das Wort bringen, bevor es zu spät ist. Notwendigerweise bedeutet dies auch den Kampf gegen Satan. Für die Missionare des Instituts ist der Satan nicht etwa eine abstrakte Vorstellung, die schlechte menschliche Neigungen umfaßt. Er ist statt dessen eine reale soziale Inkarnation, die sich am deutlichsten im Kommunismus manifestiert. Es findet also eine Gleichstellung des Satans mit dem Kommunismus statt. So scheint es für das »Summer Institute of Linguistics« auch logisch zu sein, daß Gott Amerikaner ist. Und mit diesem Weltbild läßt sich jede Opposition als ein Werk des Satans hinstellen.

»Satan hat seit Jahrhunderten freie Hand unter den Macunas gehabt. Er ist gar nicht entzückt darüber, daß wir gekommen sind. Schon haben wir viel Widerstand erfahren. Betet, daß wir uns nicht zu schnell entmutigen lassen, und daß wir denen die Liebe Christi beweisen, die Satan benutzen möchten, um unsere Arbeit zu vereiteln. 'Gebet verändert die Dinge.'«

(Aus einem Brief von Missionaren des Institutes)

Søren Hvalkof/Peter Aaby (Hg.)
Ist Gott Amerikaner? – Eine ethnologische Untersuchung der missionarischen Arbeit des »Summer Institute of Linguistics«
Aus dem Englischen von Annemarie Böll
1980, 420 Seiten, 20 Abbildungen, Broschur, Format 14,8×21 cm, DM 29,80
ISBN 3-921521-14-9

Lamuv Verlag GmbH
Martinstraße 7, 5303 Bornheim 3
Telefon (0 22 27) 21 11